

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements - Preis: halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
Einzeln: Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Volla-
bonnement: 1.10 M. pro Monat.
Eingetragen in die Volla-
bonnements-Liste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2.50 M., für das übrige Ausland
4 M. pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Dänemark, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteilung täglich.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
jeile über deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
30 Pf. (zweifache 2-fache gedruckte
Zeile), jedes weitere Wort 10 Pf.
Stellenangebote und Stellenanzeigen
zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97.

Sonnabend, den 28. August 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97.

Die Festung Olita von den Russen geräumt.

Richtigstellung englischer Meldungen.

Amtlich. Berlin, 27. August. (B. L. S.) Am 16. August hat ein unserer Unterseeboote die bei Harrington an der Irischen See liegende Benzolfabrik einschließlich des Benzollagers und der zugehörigen Kesselöfen durch Geschützfeuer vernichtet. Die Werke sind mit hoher Stichflamme in die Luft gesunken. Die feinerzeit in der englischen Presse aufgestellte Behauptung, daß das Unterseeboot die offenen Städte Harrington, Barton und Whitehaven beschossen habe, ist unzutreffend. Dasselbe U-Boot wurde am 15. August in der Irischen See von einem großen Passagierdampfer, anscheinend der Royal Mail Steam Packet Comp. auf weite Entfernung beschossen, obwohl es ihn nicht angegriffen hatte. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß der Handelsdampfer von seinem Geschütz, also zum Angriff, nicht etwa zu seiner Verteidigung Gebrauch gemacht hat. Die englische Admiralität hat am 27. August bekanntgegeben, daß ein deutsches Unterseeboot vor Ostende durch ein englisches Marineschiff vollständig zerstört und zum Sinken gebracht worden sei. Diese Nachricht ist unzutreffend. Das Unterseeboot ist von dem Flugzeug zwar angegriffen, aber nicht getroffen worden. Es ist unverfehrt in den Hafen zurückgekehrt.

Der stellvertretende Chef des Admiralsstabes der Marine.
gez. Behndt.

Anmerkung des B. L. S.: Die zerstörte Benzolfabrik ist eine der größten Englands und für die englische Sprengstoffherstellung von um so höherem Werte, als es nur wenige derartige Werke in England gibt.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 27. August. (B. L. S.) Mitteilung des Großen Generalstabes vom 26. August. In Gegend Riga keine Veränderung. Südwestlich Friedrichstadt in Gegend Schönberg und Radvilivskij nahm der Feind, der Verstärkungen erhalten hatte, am 24. und 25. August den Angriff wieder auf. Ein hartnäckiger Kampf dauert an. In Richtung Düna in Gegend Dniskait am Fluß Swenta haben wir die Deutschen zurückgeworfen. In Richtung Wilna hielten unsere Truppen den Feind am 24. und 25. August an den Stellungen vor. Der Feind zogen sich nun nach und nach längs der beiden Ufer des Flusses Wilja zurück. Am mittleren Njemen und an der Front zwischen dem Oberlauf des Bobr und des Pripet ziehen sich unsere Armeen gemäß dem empfangenen Befehl nach Osten zurück. Der Feind bedrängt unsere Truppen nur in gewissen Richtungen und hat am 25. August seine Hauptanstrengungen auf Bialystok gesammelt und auf die Straßen, die in östlicher Richtung aus der Front Bielsk-Kleschtscheli führen. An den anderen Abschnitten unserer Front im allgemeinen keine bemerkenswerte Veränderung.

Die kritische Lage Rußlands.

London, 27. August. (T. U.) Die „Times“ schreibt über die kritische Lage, in der sich Rußland befindet: Die Nachrichten über die Gefechte zwischen der russischen und der deutschen Seemacht im Golf von Riga stellen den zunehmenden Ernst der Lage im Osten in ein grelles Licht. Die deutsche Bedrohung der baltischen Provinzen scheint die gefährlichste aller Operationen zu sein. Der Besitz Rigas ist eine unumgängliche Notwendigkeit für den Versuch, die russische Macht aus der Dünafont zu vertreiben, und deshalb machen die Deutschen zu Land und zur See die größten Anstrengungen, recht bald in den großen Seehafen einzuziehen zu können. Die Bewegungen, sagt das Blatt weiter, welche Riga und die Dünafont zum Ziele haben, bilden nur einen Teil des riesigen Planes, die nördliche und die zentrale Armee gefangen zu nehmen oder zu vernichten, ein Plan, der, wenn er glückt, die gewaltigste militärische Tat der Geschichte sein würde. Das Blatt weist nicht, ob die Deutschen ihren Plan erreichen werden, aber so heißt es weiter, sie bringen doch große Opfer, welche als ein Maßstab ihrer eigenen Ueberzeugung hinsichtlich des Endzieles angesehen werden dürfen.

Das Blatt weist dann auf den hohen Ernst der Lage hin und erinnert dabei die Alliierten daran, daß sie den Ereignissen der nächsten Tage mit Spannung entgegensehen müssen, obwohl der beruhigende Bericht des Petersburger Korrespondenten die Unruhe etwas vermindern würde. Nach dem Falle von Brest-Litowsk dürfte sich diese Ansicht ändern. Das Blatt konstatiert mit Befriedigung, daß die russische Regierung durch ihre Presse der Legende, als würden die westlichen Alliierten nicht ihren vollen Anteil an der Kriegslage tragen, widerspricht. Es versteht, sagt das

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. August 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne und auf den Maashöhen wurden französische Schanzanlagen durch Sprengung zerstört.

In den Vogesen wurde ein schwacher französischer Vorstoß leicht abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Die Gefechte bei Bausk, Schönborg (südöstlich von Wita) und in der Gegend östlich von Rowno dauern an. 2450 Russen sind gefangen, 4 Geschütze und 3 Maschinengewehre erbeutet.

Südöstlich von Rowno wurde der Feind geworfen.

Die Festung Olita ist von den Russen geräumt und von uns besetzt.

Weiter südlich sind die deutschen Truppen gegen den Njemen im Vorgehen.

Der Uebergang über den Berezowka-Abchnitt (östlich von Osowiec) ist erlumpft; die Verfolgung ist auf der ganzen Front zwischen Suchowola (an der Berezowka) und dem Bialowieska-Fort im Gange.

Am 25. und 26. August brachte die Armee des Generals von Gallwitz 3500 Gefangene und fünf Maschinengewehre ein.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Heeresgruppe verfolgt; ihr rechter Flügel kämpft um den Uebergang über den Abschnitt der Lesna-Pratwa (nordöstlich von Kamieniec-Pitowsk).

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Nordöstlich von Brest-Litowsk nähern sich unsere Truppen der Straße Kamieniec-Pitowsk-Myszyce.

Südöstlich von Brest-Litowsk wurde der Feind über den Njta-Abchnitt zurückgeworfen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. August. (B. L. S.) Amtlich wird veröffentlicht: 27. August 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die bei Brest-Litowsk geschlagenen russischen Armeen sind in vollem Rückzuge beiderseits der nach Minsk führenden Bahn. Die Truppen des Erzherzogs Joseph Ferdinand rückten gestern mittag durch die brennende Stadt Kamieniec-Pitowsk an der Lesna. Deutsche Streitkräfte verfolgen von West und Süd in der Richtung auf Kobrin. Bei Kowel, bei Wladimir Wolynskij und in Ostgalizien nichts neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz fanden gestern nur bei Flitsch Kämpfe von einiger Bedeutung statt. Hier wiesen unsere Truppen einen feindlichen Angriff auf ihre Stellungen zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Höfer, Feldmarschallsleutnant.

Blatt weiter, daß in einer Zeit, wo Rußland so tapfer schmerzliche Schläge erträgt, schlimme Insinuationen in Petersburg und sonst Gehör finden. Aber wenn alle Tatsachen bekannt werden, wenn das Dunkel, das nun über vielen Phasen des Krieges liegt, verschwunden ist, dann hat Rußland keinen Grund, sich über die Hilfe zu beklagen, die es von seinen Alliierten empfangen hat und noch empfangen wird. Die Dardanellenaktion, die von Frankreich und England so große Opfer forderte, widerspricht schon der Legende; denn diese Aktion wurde hauptsächlich unternommen, um den Druck auf Rußland zu vermindern. England und Frankreich haben die letzten Ereignisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz mit inniger Teilnahme und warmer Sympathie verfolgt, aber auch mit dem Vertrauen, daß die unverzagte Ausdauer der Alliierten am Schluß triumphieren wird.

Die fünfte Kriegstagung des Reichstages.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr tritt neben das Interesse für die Waffentaten draußen, an denen nur ein Teil der Bevölkerung unmittelbar beteiligt ist, das Interesse für die politischen Fragen, an denen die ganze erwachsene Bevölkerung — wenigstens theoretisch — selbst teilnehmen kann. Bei Kriegsausbruch schienen die rein militärischen Vorgänge allein für die Lage Deutschlands entscheidend zu sein. Mit jedem weiteren Kriegsmontat wächst aber die Einsicht, daß die Regelung der verschiedensten innerpolitischen Beziehungen einen starken Einfluß auf die Lage der Bevölkerung auch in Kriegszeiten ausübt. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Parlamente die einzigen Stellen sind, wo alle Fragen eine durch keinerlei äußere Hemmungen eingezwängte Erörterung erfahren können, ist die Erwartung, die an die Kriegstagungen des Reichstages geknüpft werden, jedesmal eine recht große. Es wäre für die gesamte Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland äußerst gefährlich, wenn die Parlamente dieser Erwartung weitestens nicht voll entsprechen würden. Erst im letzten Heft der „Neuen Zeit“ hat Genosse Adolf Braun sich veranlaßt gefühlt, darauf hinzuweisen, daß die Gefahr des Spukfaktismus, Anarchismus und des Antiparlamentarismus für die Arbeiterschaft nur überwunden werden kann, wenn die politische Vertretung der Arbeiterschaft möglichst energisch und konsequent die ihr zukommenden Aufgaben löst.

Bei der vergangenen fünften Kriegstagung des Reichstages stand die Bewilligung neuer 10 Milliarden Kriegskredite im Vordergrund. Gerade weil von der anderen Seite die Einmütigkeit und Geschlossenheit bei der Abstimmung unterstrichen wird, ist es notwendig, zu wiederholen, daß diesmal die Zahl derjenigen Abgeordneten, die sich abstimmen fernhielten, ständig gewachsen ist. Wir glauben nicht irre zu gehen, wenn wir diese Tatsache darauf zurückführen, daß die vom Kanzler gegebenen Aufklärungen über das Kriegsziel der Regierung nicht der in weiten Kreisen gewünschten Klarheit entsprechen, zumal die Vertreter der bürgerlichen Parteien den betreffenden Sätzen der Kanzlerrede ohne Widerspruch des Kanzlers eine sehr weite Auslegung gegeben haben. Wir haben schon im Anschluß an die Rede des Genossen David betont, daß wir es als einen Mangel empfinden, daß nicht wenigstens die sozialdemokratische Fraktion eine auch für den politisch wenig Gebildeten un-
zweideutige Erklärung der Regierung über die Kriegsziele veranlaßt hat. Eine möglichst scharf umrissene Charakterisierung der spezifisch sozialistischen Friedensziele hätte sicherlich eine unmißverständliche Antwort der Regierung hervorgerufen.

Nachdem die Kriegskredite — zum vierten Male — bewilligt worden waren, begann der Reichstag die Erörterung der größten Mißstände, die sich während des Krieges herausgebildet haben. Gegenüber dem breiten Raum, den die Diskussion der Lebensmittelversorgung einnahm, trat nach unserem Empfinden die Debatte über die politische Lage zu sehr zurück. Erst am gestrigen letzten Sitzungstage, und an ihm allein, wurde die wichtige Frage des Belagerungszustandes, speziell der Pressezensur, behandelt. Genosse Richard Fischer wies an einer Fülle von Beispielen nach, wie sehr gegenwärtig das gesamte politische Leben eingezwängt wird. Speziell bei der Presse liegen die Verhältnisse heute so, daß Genosse Fischer mit Recht ausführt, man könne nicht mehr von einzelnen Uebergriffen und Mißbräuchen sprechen, sondern die ganze Handhabung sei derartig, daß die Pressezensur in weiten Kreisen als eine Art Erbschmerz des Sozialistengesetzes empfunden werden müsse. Uebrigens leidet nicht nur die Presse unter den Maßnahmen der völlig souveränen Generalkommandos, auch das gesamte Vereins- und Versammlungsleben wird unterbunden, und selbst die persönliche Freiheit einzelner durch starke Eingriffe — genannt „militärische Schutzhafte“ — aufgehoben. Der Vertreter der Zivilregierung, Staatssekretär Dr. Delbrück, jagte zwar einige freundliche Worte für die Presse und gab auch Mißgriffe der in Betracht kommenden militärischen Behörden zu. Aber gegen den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Belagerungszustand wieder aufzuheben, wandte er sich, ebenso wie die bürgerlichen Parteien ihn für unnötig hielten. Das einzige Zugeständnis Delbrücks, um die Ungleichgültigkeit in der Behandlung durch die Zensurbehörden zu befeitigen, nämlich die Schaffung einer Zentralzensurstelle, kann erst dann wirklich als Verbesserung begrüßt werden, wenn durch diese

Zentralstelle nicht eine allgemeine Verschärfung der Zensurvorkehrungen eintritt.

Recht eigenartig wird auch das Verhalten der Regierung gegenüber der gestern verhandelten Novelle zum Reichsvereinsgesetz berührt. Trotzdem die Genossen Landsberg und seine die Notwendigkeit der Reform ausführlich begründeten, einer Reform, die übrigens teilweise nur das wiederherstellen soll, was vor 50 bis 60 Jahren von der preussischen Regierung selbst aufgekündigt worden ist, erklärte die Regierung durch den Mund Delbrücks, daß sie den Wünschen der Reichstagsmehrheit nicht nachkommen werde. Sie verwarf wiederum Verbesserungen für die Zukunft nach dem Kriege, aber verpflichtete sich zu nichts als zu lokaler Handhabung des jetzigen Gesetzes, das ja aber durch die Handhabung des Belagerungszustandes nach dem Geständnis Delbrücks selbst jetzt gar nicht drastisch in Wirksamkeit treten kann.

Ebenso sehr als das Verhalten der Regierung wird das der bürgerlichen Parteien Enttäuschung berührt. Beim Reichsvereinsgesetz erklärten sich die Konservativen überhaupt grundsätzlich gegen jede Reform. Die Fortschrittler und National-liberalen stimmten gegen die Aufhebung des Paragrafen, der den nicht schulpflichtigen Jugendlichen die politische Betätigung in Vereinen und Versammlungen gestattet soll, und die National-liberalen wandten sich auch gegen die Aufhebung des Sprachenparagrafen. Bei der Erörterung des Belagerungszustandes und der Presszensur verlagte neben den Fortschrittler auch das Zentrum, das zusammen mit den National-liberalen und den Konservativen nicht nur gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes stimmte, sondern durch einen Schlußantrag auch sogar die weitere Erörterung der ganzen Frage unmöglich machte. Die Annahme dieses Schlußantrages war um so weniger loyal, als schon in der Haushaltskommission durch einen Schlußantrag die ausführliche Behandlung gehindert worden war. Wie empfindlich die bürgerlichen Parteien gegenüber jeder Darstellung bestehender Mißstände sind, zeigte deutlich die Entrüstung gegen den Genossen Bauer, als er am Donnerstag die Notlage der Kriegerfrauen schilderte. Der so oft bis zum Ueberdruß wiederholte Hinweis, daß eine Kritik uns im Auslande Schaden bereiten könne, überfließt völlig, daß es nicht die Kritik, sondern die kritisierten Verhältnisse sind, die im Auslande unser Ansehen schmälern können und die im Inlande eine gefährliche Stimmung hervorrufen müssen, wenn die Mißstände nicht schnellstens abgeändert werden.

Schon nach wenigen Beratungen hat sich der Reichstag für lange Zeit (bis zum 30. November) wieder vertagt, trotzdem die „Neuorientierung“ der inneren Politik in erster Linie eine ständige Kontrolle der Regierung erfordern würde.

Wilhelm II. an Hindenburg.

Großes Hauptquartier, den 27. August. (W. L. V.) E. M. der Kaiser hat aus Anlaß der Wiederkehr des Tages von Tannenberg folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg gerichtet: Mein lieber Feldmarschall! Ich lerne die Wiederkehr des Tages der Schlacht von Tannenberg, in der es Ihrer zielbewußten und energiegelassen Führung gelang, die im Preußen eingedrungenen Russen vernichtend zu schlagen und dem weiteren Vormarsch der feindlichen Massen ein jähnelles Ziel zu setzen, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihrer hohen Verdienste zu gedenken. Sie haben damals eine Waffentat vollbracht, wie sie einzig in der Geschichte da steht, und die Grundzüge gelegt für die mächtig ausfallenden, weiteren Schlagen der Ihnen unterstellten Streitkräfte im Osten. Mit Stolz blickt Deutschland auf die Siege Ihrer Armeen in der Winterschlacht in Masuren, bei Lodz und Lwow, und die herrlichen Taten, die Ihre kampferprobten Truppen in bewundernswürdiger Schneid und zäher Ausdauer bis in die jüngst vergangenen Tage vollbracht haben. Die Kämpfe in Polen werden für immer ein leuchtendes Ruhmesblatt in den Annalen dieses Krieges bilden. Wie die Herzen aller Deutschen Ihnen zujubeln und des Vaterlandes heißer Dank Ihnen gesichert bleibt, so ist es auch mir erneut an dem heutigen Gedenktage ein tief empfundenes Bedürfnis, Ihnen aus vollem Herzen meine hohe

Verpflichtung und meinen nie erlöschenden Dank auszusprechen. Ich will, daß Ihr Name, den Sie selbst mit ehernen Lettern in die Tafel der Geschichte eingetragen haben, fortan auch von dem tapferen opferbereiten Truppenteile geführt wird, zu dessen Chef ich Sie unwidrig ernannt habe, und habe bestimmt, daß das 2. Infanterie-Regiment Nr. 147 die Bezeichnung „Infanterie-Regiment Generalfeldmarschall v. Hindenburg (2. Infanterie-Regiment Nr. 147)“ zu führen hat.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 26. August. (W. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht von heute nachmittag. Im Artois um Souchez und Neuville Kanonade und Kämpfe mit Petarden und Handgranaten während eines Teiles der Nacht. Im Gebiet von Noye andauernd scharfe Tätigkeit beider Artillerien. Im Argonnen-Abschnitt von La Bille Morte ziemlich lebhafter Kampf mit Bomben und Handgranaten. Auf der übrigen Front nichts Wichtiges zu melden. Am 21. August bombardierte eines unserer Flugzeuge die wichtige Verzweigungsstelle auf dem Bahnhof Offenbourg im Großherzogtum Baden. Am 25. August überflog ein Geschwader von vier Gruppen, zusammen zweiundsechzig Flugzeuge, die Hochöfen von Dillingen (Geschloß- und Panzerplattenfabrik) nördlich von Saarlouis, auf welche sie mit Genauigkeit über hundertfünfzig Granaten, darunter etwa dreißig großkalibrige, warfen.

Paris, 27. August. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom Donnerstag abend. Im Abschnitt nördlich Arras ziemlich heftige Kanonade, besonders um Souchez, südlich Neuville, und in der Nähe der Straße nach Lille. Artilleriekämpfe werden auch aus dem Gebiete von Noye und dem Tal der Aisne gemeldet, wo wir die deutschen Anlagen nördlich Soissons beschossen. Der Feind bombardierte die Stadt Reims ziemlich lebhaft. Wir unterhielten unsererseits wirksame Feuer gegen die deutschen Schützengräben vor Cernay-le-Reims. In den Argonnen andauernd sehr lebhafter Kampf mit Petarden und Handgranaten auf die Gesamtheit der Front mit nützlichem Eingreifen unserer Artillerie. In Woëvre nördlich Vitrey, in den Vogesen, in La Fontanelle, im Gebiet von Ruffe sowie im Elsaß im Doller-tal einige Artilleriekämpfe.

Im Laufe des 25. August bombardierten unsere Flugzeuge im Woëvre die deutschen Lager von Pannes und Vauffant, wo sie Brände in Bahnhöfen und in den deutschen Vinards bei Grandpré, Chatel, Cernay und Fléville verursachten. Sie bombardierten in den Argonnen den Bahnhof Tergnier. Der Flugpark von Vitry-en-Artois und der Bahnhof von Boisjeux wurden von unseren Flugzeugen gleichfalls bombardiert. Ein Bombardement wurde gemeinsam von Flugzeugen des französischen, des englischen und des belgischen Heeres sowie der französischen und englischen Marine, insgesamt von 60 Flugzeugen, gegen den Wald von Southoulet gerichtet, wo mehrere Brandherde entstanden. Alle unsere Flugzeuge kehrten zurück. In der Nacht vom 25. zum 26. besetzte eines unserer Geschwader den Bahnhof Rohon mit 127 Granaten.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 26. August. (W. L. V.) Amtlicher Heeresbericht. Im Suganotale schoben unsere Truppen ihre Stellungen auf der Linie vom Monte Civaron zum Flusse Mase gegen Westen auf beiden Seiten des Flusses bis zum Monte Armontera und Monte Salubio vor. Der Feind vermochte unser Vorrücken nicht zu hindern, er ließ auch eine Anzahl Gefangener in unseren Händen. Im See-

bachiale eröffnete unsere Artillerie das Feuer auf ein verborgenes Lager in einem kleinen Tale am linken Ufer des Vergaches. Die feindlichen Truppen mußten in Unordnung fliehen und wurden durch wirksames Schrapnellfeuer verfolgt. Am oberen Tongo nahmen unsere Alpinabteilungen einige stark hergerichtete feindliche Schützengräben an den Felsen der Südhänge des Monte Ransion. Wir machten etwa 30 Gefangene, darunter einen Offizier und erbeuteten 2 Maschinengewehre, Gewehre und eine große Menge Munition. Auf dem Karst brachte der Feind zahlreiche neue Geschütze in Stellung, mit denen er anhaltendes Feuer an der ganzen Front eröffnete. Immerhin dauern unsere Annäherungsarbeiten ohne Unterbrechung fort. Gestern besetzten wir am linken Flügel unserer Linien weitere Schützengräben, was uns 60 Gewehre, einen Scheinwerfer und verschiedenes Material einbrachte. Geg. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 27. August. (W. L. V.) Das Große Hauptquartier meldet von der Dardanellenfront vom gestrigen Tage: Bei Anafarta hat sich außer von Zeit zu Zeit ausgedehntem Geschütz- und Geschützfeuer nichts ereignet. Bei Sedd al Bahr zerstörte die Artillerie unseres linken Flügels einen Teil der feindlichen Schützengräben. An den übrigen Fronten hat sich nichts verändert.

Vom U-Bootkrieg.

London, 27. August. (W. L. V.) Nach einer Lloyd-Meldung ist der schwedische Dampfer „Difi“ versenkt worden, die Besatzung aber gerettet.

London, 27. August. (W. L. V.) Ähnlich verlautet, daß in der am 25. August endigenden Woche 19 Handelsschiffe in Grund gebahrt worden, dagegen 1899 in englischen Häfen ein- und ausgelassen sind.

London, 27. August. (W. L. V.) „Lloyd“ meldet: Der englische Dampfer „Palmgrove“ ist versenkt worden.

Zum deutsch-amerikanischen Konflikt.

London, 27. August. (W. L. V.) Die Blätter melden übereinstimmend aus Amerika, daß Graf Bernstorffs Schritt in Washington sehr freundlich aufgenommen wurde und die Spannung verringerte.

„Daily Telegraph“ erfährt aus New York: Der Ton der deutschen Note wird als verständlich aufgefaßt und sticht die Auffassung, daß Deutschland keinen Bruch mit den Vereinigten Staaten wünscht. — „Morning Post“ meldet aus Washington: In Regierungskreisen hofft man, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und des Handelsverkehrs vermieden wird. Die Beamten lehnen es ab, eine Meinung auszusprechen, geben aber zu verstehen, daß der bloße Ausdruck des Bedauerns nicht genügt, wenn nicht die Versicherung gegeben werde, daß keine weiteren Schiffe ohne Warnung und Durchsicherung angegriffen würden. Falls diese Versicherung nicht gegeben würde, würde die Versenkung des nächsten Schiffes, auf dem sich Amerikaner befänden, wieder dieselbe Krise hervorrufen.

Kardinal Gibbons sagte zu einem Berichterstatter, es sei beklagenswert, daß Amerikaner auf britischen Schiffen reisen. Amerikaner, die das täten, begäben sich mutwillig in Gefahr. Der Kardinal erklärte sich energisch dagegen, daß das Land wegen einer persönlichen Laune weniger Amerikaner in einen Krieg hinein-gezogen würde.

Die „Times“ melden aus Washington: Die Mehrzahl der Washingtoner Korrespondenten stimmt darin überein, daß Washington erfreut, sogar ziemlich hoffnungsvoll ist, daß ein Bruch vermieden wird.

„Sun“, „New York Times“, „Tribune“ und andere Blätter sagen, daß die Atmosphäre sich aufbelle. Die übrigen

Die Eroberung von Lubartow.

Von Hugo Schulz-Wien.

16. August 1915.

Am Abend des 6. August fuhren wir nach Lublin zurück, waren aber am nächsten Morgen wieder auf dem Schlachtfeld. Zunächst sprachen wir beim Korpskommando in Riemze vor, wo uns der Generalstabschef des Feldmarschallleutnants Roth die Lage erklärte. Daß sie sich zum Westen gewendet hatte, war auch ohne diesen Vortrag leicht zu erkennen, nicht nur aus der Stimmung des Stabes, sondern auch aus den einlaufenden Meldungen und aus den Dispositionen, deren wir einige erlauschen konnten. Der Sieg lodert das Geheimnis und einer gewinnenden Partie darf man schon ein wenig in die Karten blicken. Ein Blick auf den Garten des Gutschhofes und auf die umliegenden Wiesen gab greifbare Gewissheit des Erfolges, denn dort lagerten bereits mehr als tausend Gefangene in malerischen Gruppen. Hätte ich sie übrigens nicht gesehen, so wären sie meinem Verstand nicht entgangen, denn der charakteristische moderne Zuchtstief, den jede russische Marschkolonne ausstrahlt, ist mir schon so vertraut, daß ich vorübergehende Russen mit geschlossenen Augen aus anderen Truppenkolonnen herausknappern würde. In knappen Worten gab uns der Generalstabschef eine Skizze der Ereignisse seit gestern abend, in Worten, die die Tatsachen aneinanderreihen, ohne die heroische Größe, die vernichtende Gewalt und die tragische Bewegtheit dieses Geschehens erkennen zu lassen. Das ist nicht Sache der nächsten Berechnung im blutigen Kräftefeld, sondern Sache der die graufigen Abbilder der Vorgänge lebhaft erscheinenden Einbildungskraft. Wir hörten zunächst, daß das geistige Wirkungsfeld der Artillerie den Erfolg zwar entscheidend vorbereitet habe, aber noch lange nicht hinreichte, um den hohen Widerstand völlig zu zermürben. Der Angriff der Deutschen rechts vom Wieprz kam nachmittags zum Stehen, der Angriff auf Seite 183 gelang bis in unmittelbare Nähe der Drahtverbände und die Truppen konnten sich schließlich in einer günstigen Sturmstellung mit dem Spaten einnisten. Da die russischen der Bahn und der Fluktuierung vorrückenden Abteilungen aus der Richtung der Russa Wola Planzenfeuer erhielten, konnte man sich mit dem nicht begnügen und mußte trachten, ohne neuerliche Artillerievorbereitung noch an demselben Abend die Entscheidung zu erzwingen. Bei Einbruch der Dunkelheit erhoben sich die Landwehrregimenter des Korps aus ihren Deckungen und übernahmen, ungeachtet des höllischen Schnellfeuers, das sie empfing, in einem Anlauf die Drahthindernisse. Ein neuer Bajonettkampf, bei dem es mörderisch zuging, brachte den starken russischen Stützpunkt völlig in ihren Besitz. Zumal das 21. russische Infanterieregiment erlitt schreckliche Verluste, ehe es seinen Widerstand aufgab und als seine Widerstandskraft gebrochen war, ließ es fast 1000 Gefangene in den Händen der Sieger. Dem Beispiel der Landwehrregimenter schloß sich das im benachbarten Abschnitt vordringende Salzburger Regiment an, vielleicht das Regiment der nervenstärksten Todesverächter, die es in der österreichischen Armee gibt. Trotz der eingebrochenen Finsternis arbeitete die Artillerie ein wenig vor, dann schlichen die Patrouillen mit dem Sprengsätzen bis an die Drahthindernisse und rissen, kaltsblütig im Feuerregen ausharrend, breite Gassen in das Stachelgeflecht, durch die

dann die Salzburger unter Hurraegebrüll eindringen und die Russen über den Haufen rannten. 400 Mann blieben als Gefangene in ihren Händen, vier Salzburger stürzten sich mit hoch erhobenem Kolben auf die Bedienungselemente eines Maschinengewehres, erschlugen oder trieben sie in die Flucht und nahmen das mörderische Instrument, das bis zuletzt sein tobendes Klappern hatte vernahmen lassen, in Besitz.

Die Nacht verging dann ruhig, aber früh morgens hatte der Kampf wieder begonnen, denn die Russen hielten noch eine Aufnahmestellung über dem Bahnhof von Lubartow und behaupteten sich auch noch trotz der Gefahr, abgeschnitten zu werden, an der Russa Wola. Gegen die nun mit verdoppelter Kraft andrängenden Deutschen.

Wir fuhren nun nach Targiniec, das gestern noch vor der österreichischen Front lag, um von dort zu Fuß möglichst weit nach vorn zu gelangen. Hinter einer langen Reihe von Geschützen, für die eben Dedungen ausgehoben wurden, was sie aber nicht hinderte, eifrig zu schießen, gelangten wir über einige Hirtensiedel hinwegstreichend und zeitweilig über eben gelegte Telephondrähte stolpernd, an den Bahndamm, diesem folgend hatten wir alsbald die ersten Schützengräben der gestrigen Angriffsstellung erreicht. Es folgte dann eine Grabenreihe der anderen, und nur kurze Entfernungen lagen dazwischen. Recht mühselig mußte sich das der Angriff vorgearbeitet haben. Die Gräben waren auch jetzt besetzt, Landsturmbataillone, die wie römische Triarier-Manipeln im Hintergrund der Schlacht barrierten, lagerten dort ruhig hinter den Brustwehren. Über ihren Köpfen brüllte es manchmal verächtlich, aber seine Bewegung ging durch ihre Reihen und keine Bestimmung gab sich in den Mienen kund. Die Bahn geht nur eine Strecke im Einschnitt und dort schritten wir im Flugland bis an die Ärmel verknüpfend, den Geleisen entlang weiter. Neben uns ein Reservebataillon, das bald nach rechts abbog und sich in Schwaarmlinie auflöste. Verwundet wurden von Sanitätskolonnen vorübergetragen, die von Zeit zu Zeit leuchtend und schweigend die Bahre oblierten. Der Bahneinschnitt hebt sich allmählich auf das Niveau der Umgebung und dann senkt sich die Straße im sanften Gefälle zur Station Lubartow nieder. Wo sie auf der Kammlinie einer links und rechts weit hinreichenden Bodenwelle den höchsten Punkt erreicht, dort befand sich gestern noch ein dichter Stacheldrahtverhau — das verzerrte Tor der russischen Stellung. Ueber zerrissene Drähte hinweggehend, befanden wir uns bald auf der Brustwehr eines eroberten russischen Grabens und hatten nun weiten Ausblick. Der Schlusssatz der allmählich erlöschenden Schlacht vollzog sich vor unseren Blicken und wir standen eigentlich mitten drin. Weiterseits der Bahn gingen über die Stoppelfelder in aufgelösten Linien die Reserven vor, langsam und bedächtig, aber ohne Störung und so regelrecht wie auf dem Exerzierplatz. Etwa zwei Kilometer von uns entfernt, unmittelbar neben dem Bahngelände, schoß noch eine Flammenfäule auf und senkrecht schwebte ihre schwarze Rauchfahne zum Himmel. So weit das Auge in die Runde blickte, brennende Gräben! Die meisten lagen außerhalb des Zielbereiches unserer Geschütze und wurden nie beschossen. Sie mußten also von den Russen angezündet worden sein. Schon tags vorher hatte ich beobachtet, wie Brände plötzlich aufflammten, ohne daß ihnen ein Granateneinschlag vorausging.

Nachdem wir eine Weile imdau gehalten hatten, beschloßen wir, noch eine Strecke weiterzugehen und uns vom Strom der vorrückenden Reserven wenigstens bis zur Bahnstation Lubartow

tragen zu lassen, der letzten Aufnahmestellung der weidenden Russen, die eben errichtet worden war. Ein geschlossener Wasser-turm, der sich bedenklich zur Seite neigte, war unser Direktionsobjekt. Noch einen halben Kilometer weit war es bis dahin. Nach wenigen Minuten hatten wir unser Ziel erreicht. Das geräuschvolle Bahnhofsgebäude, in dessen öden Fensterrahmen das Grauen wohnt, beachtete ich kaum. Derlei traurigen Anblick bin ich zu sehr gewöhnt. Aber draußen lagen im Schmutz unter Trümmern und Scherben Leichen gefallener Russen. . . . Weg die trüben Reflexionen — vorwärts! Wenigstens noch bis zum Kanale des Wäldchens zwischen der Station und der Stadt Lubartow. In diesem Wäldchen herrscht reges Leben. Es ist voll von Lebendigen und Toten. Allenfalls lauern dortige Salzburger herum und ruhen nach getaner Mäharbeit. Dazwischen werden Gräber geschaufelt, aber keiner beachtet es. Ein alter Reservekorporal, dessen Brust die silberne Tapferkeitsmedaille schmückt und der schon lange nicht mehr wie ein Salzburger, sondern bereits wie ein Montenegroiner ausieht, verzehrt in Seelenruhe einen Mettisch und bietet mir auch eine Scheibe davon an. Am Rande des Wäldchens gewahrt uns ein mit grünem Rasen überwachsender Gebäudefußblick. Vor kaum einer halben Stunde noch bot er kämpfenden Soldaten willkommene Schützendeckung, denn dort herum liegen noch im Graße die Hülsen ausgehofferter Patronen.

Ueber ein Ackerfeld glitt unser Blick hinüber zu den hochhohen bebängten Häusern der Stadt Lubartow; kaum 200 Schritt von uns entfernt stand die weitgeschüttelte russische Artilleriekaserne. Unsere eindringenden Truppen verschwanden alsbald in den Gassen der eroberten Stadt, und die langen Kolonnen, die eben aus dem Ortseingang herausstürmten, um die Richtung süd-wärts einzuschlagen, waren nicht Oesterreicher, sondern Russen. Lauter Gefangene! Solcher Kolonnen gab es da noch mehrere, und als wir etwa um 3 Uhr nachmittags zur Rückkehr aufbrachen, hatte sich — es war inzwischen auch von den Deutschen die Russa Wola genommen — die Zahl der Gefangenen bereits auf 6000 erhöht. Auch uns hatten die beiden blutigen Tage Opfer gekostet und traurig erzählte mir ein Salzburger, daß neben ihm zwei Kameraden gefallen seien, die bis zum heutigen Tage jedes Gebecht des Regiments von Anbeginn mitgemacht hatten und schon den Ruf besaßen, mit einem Joubert gefest zu sein gegen feindliche Geschosse.

Als wir zurückgingen, war das Geschützfeuer bereits verstummt und nur noch die Artillerie ließ zeitweilig über unseren Häusern ihre laute Musik ertönen. In den Hintergründen des Schlachtfeldes hatte bei den dort lagernden Reserven das Leben einen Zug ins Abbläuen gewonnen. Mit klappernden Geschäften drängten sich die Landsturmmänner zu den Feldküchen. Fast schon in Targiniec angelangt, fanden wir im Graße erschöpft liegenden einen Verwundeten mit Ansehens, der sich mühselig bis hierher geschleppt hatte. Wir luden ihn auf unser Auto und brachten ihn ins Feldspital beim Korpskommando. Dann fuhren wir nach Lublin zurück, immer vorbei an Kolonnen russischer Gefangener und an langen Hügen von Landesschußwerk, die mit Verwundeten beladen waren. Ganz Lublin war auf der Straße, um die russischen Gefangenen, die Herren und Unterdrücker von gestern, einmarschieren zu sehen. Es war ein Schauspiel, das den Lublinern zum erstenmal vorgeführt wurde, und ihr Verhalten ließ keinen Zweifel aufkommen, daß dieses Schauspiel ihren Beifall findet.

Presse, namentlich des Südens und Westens, äußert sich ganz ähnlich.

Dem „Daily Chronicle“ wird aus New York telegraphiert: „Alle verantwortlichen Leute betrachten die deutsche Note als einen Vorgang, der die Atmosphäre erheblich klärt. Sie befürchten die Gefahr eines diplomatischen Bruchs und sichern die Fortsetzung der Verhandlungen über Versicherungen betreffs der Zukunft.“

Washington, 27. August. (W. L. B.) Der Kriegssekretär hat an den General Wood ein Telegramm gerichtet, in dem er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß in dem Militärlager von Plattsburg Gelegenheit zu der Aufrechterhaltung der Anspannung Roosevelt gegeben wurde, in welcher dieser gestern den Präsidenten Wilson tabelte und heftige Anklagen gegen Deutschland erhob. Der Kriegssekretär erklärt an, daß derartige in seinem anderen Lager gestattet werden soll.

Eine Ansprache Vivianis.

Paris, 27. August. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas. Da in den letzten Tagen in den Parlamenten der Gedanke aufgetaucht war, die Kammer als Geheimrat zu lassen, um Fragen der Landesverteidigung zu prüfen, hielt Ministerpräsident Viviani am Donnerstag in der Kammer eine heftige Ansprache über diesen Gegenstand, die den begeisterten Beifall des Hauses erweckte. Der öffentliche Anschlag der Ansprache wurde einstimmig beschlossen.

Viviani erinnerte daran, daß die Regierung kein Mittel vernachlässigt habe, um den Parlamenten Einsichten in, welchen alle Parteien vertreten seien, immer die weitestgehende Prüfung zu gestatten. Er stellte sich dann der Kammer zur Abhaltung einer Geheimratung zur Verfügung, obwohl die Regierung ihr nichts Neues mitzuteilen habe, und fuhr fort: 45 Jahre lang ertrug die Republik die Last ihrer furchtbaren Wunden. Aber die Behauptung, daß sie nicht für ihre militärische Verteidigung Sorge, ist falsch. Ich muß folgende Worte Joffres, die in der letzten Sitzung heftig aufgenommen wurden, in Erinnerung bringen: „Die Republik kann auf ihre Armeen stolz sein, die sie gemäß den modernen Anschauungen in Verehrung der Gerechtigkeit und in Liebe zum Recht aufgebaut hat. Am Tage des Krieges scharten sich die Kinder Frankreichs um dies hohe Ideal, ohne welches nur eine Armee von Soldaten bestehen kann.“ (Einstimmiger Beifall.) Die deutsche Presse versucht zu sagen, in Frankreich herrsche ein Zwiespalt. Solange wir das heldenmütige Belgien nicht wiederhergestellt und Elend-Verhörungen nicht wiederhergestellt haben, wird es keinen Zwiespalt bei uns geben. Sei es drum, daß unsere Feinde sich noch durch einen schweren psychologischen Irrtum irreführen lassen; wir tun das nicht, die wir Arbeiter und Arbeitgeber, reich und arm, Bürger aller Parteien und Bekenntnisse in derselben Aufwallung die gleiche militärische und menschliche Pflicht erfüllen haben, als sie den Feinden der Welt verteilen. Diese Gewissheit kommt uns vom Parlament, das dem Lande ein wunderbares Schauspiel bot, als es am 4. August 1914 seine Seele zu den Höhen der Zukunft erhob. Die Gewissheit kommt uns von der schrankenlosen Bewunderung für das Heer und seine Führer, die alle in stürmischer Erfüllung ihrer heldenhaften Arbeit kämpfen und nur den einen Wunsch haben, über der Politik zu bleiben. Das Parlament schöpft aus der Herrschaft der Nation das Recht zur Kontrolle, aber die Macht, die der Regierung vom Parlament verliehen ist, muß desto stärker sein, je größer die Verantwortung der Regierung ist. Um das große Werk der Gegenwart zu einem guten Ende zu führen, brauchen wir den notwendigen Gleichmut und die stillschweigende ständige Zustimmung jedes Willens. Das war niemals notwendiger. In demselben Gefühl denken wir auch weiterhin nur an die Wohlfahrt des Landes. (Langer einstimmiger Beifall.)

Die italienische Sozialdemokratie gegen den Krieg mit der Türkei.

Hgm. Rom, 27. August. Die letzte vom sozialdemokratischen Parteivorstand angenommene Resolution gegen die Kriegserklärung an die Türkei betont, daß die sozialdemokratische Partei mit allen Mitteln bestrebt, den Eintritt Italiens in den Krieg gegen die Türkei zu verhindern. Der neue Krieg sei eine Folge der Vorgänge in Libyen, die damals allein von der Partei bekämpft wurden, während die Regierung das Volk belog und betrog. Die Folgen dieser Politik kämen nun zum Vorschein und sie würden dem Volke Blut und dem Lande Opfer kosten. Der Parteivorstand weist ferner darauf hin, daß dieser neue Krieg ohne Zustimmung der Volksoberkeitung begonnen wurde und ohne irgendwelche Beratung mit Männern aus dem Volke, das man von den Ereignissen ganz fernhalte. Der türkische Krieg sei daher als ein Mißbrauch von Machtbefugnissen zu betrachten, als ein absolutistischer Akt, durch den die Regierung verstoße die Stimmen der sozialdemokratischen Partei und der organisierten Arbeiter zu unterdrücken versucht habe. Am Schlusse seines Aufrufs, dessen Veröffentlichung und Weiterverbreitung die italienische Zensur verbot, fordert der Vorstand alle Parteisektionen im Lande zu weiterer Tätigkeit gegen den Krieg und zum Festhalten an dem Beschlusse auf, keinerlei Solidarität mit der kriegsfreundlichen Politik der italienischen Bourgeoisie zu pflegen.

Die Reaktion in Italien.

Lugano, 28. August. (Sig. Ver.)

Die Sekretäre der Parteisektion und der Jugendorganisation Turins sind aus Polizeiamt geladen worden, um die Mitteilung entgegenzunehmen, daß auch nichtöffentliche Zusammenkünfte bzw. Sitzungen mit mehr als 20 Teilnehmern verboten sind. Das Komitee der Turiner Parteisektion ist einberufen worden, um zu dieser reaktionären Maßnahme Stellung zu nehmen. Daß zu solchen Maßregeln überhaupt gegriffen wird, beweist zur Genüge, wie scharf und unversöhnlich der Kampf zwischen der Regierung und der sozialistischen Partei ist. Vom friedlichen Zusammenleben und Zusammenwirken ist nichts zu merken, trotz der Schönmalerei der Presse. Welche Wut die kriegsfreundlichen Elemente gegen die „nationale Einheit“ führenden Sozialisten empfinden, beweist u. a. auch die ungemessene scharfe Kampagne, die gegen unsere Partei gerade in den allerletzten Tagen in Turin geführt wurde.

Am 22. sollten die Neuwahlen des Verwaltungsrats der großen Genossenschaft „Alleanza Cooperativa Torinese“ stattfinden. Alle reaktionären Kräfte legten sich ins Zeug, um die wahlberechtigten Arbeiter zu veranlassen, einen „apostolischen“, d. h. antisozialistischen Verwaltungsrat zu wählen. Außer den „theoretischen“ Gründen, die zur Ausschaltung der sozialistischen Elemente führen sollten, wurden auch, wie gewöhnlich, Verdächtigungen und Verleumdungen aufgetischt, wobei selbstverständlich die Gewerksmänner des verräterischen Ruffolinhayblatts die erste Reihe spielten.

Das Resultat der antisozialistischen Kampagne war eine außerordentlich rege Beteiligung der Genossenschaftler an den Wahlen, was zum Sieg der sozialistischen Kandidaten führte, und zwar erhielt die sozialdemokratische Liste 800 Stimmen, die gegenwärtige — 140.

Auch aus dem Ergebnisse dieser Wahlen kann auf die echte Stimmung des Volkes bzw. des industriellen Proletariats dem Kriege und der Politik der herrschenden Klassen gegenüber geschlossen werden. Die Verurteilung der Wahlergebnisse wurde durch das Singen der Arbeitermarx-Liede bekräftigt.

Im Leitartikel des „Avanti“ vom 28. August beklagt sich der Parteileitende Cugnolli über die Nichteröffnung des italienischen Parlaments. Nach der Aufzählung aller Länder ein-

schließlich Serbiens, wo das Parlament entweder bereits einberufen ist oder vor der Einberufung steht und der Aufzählung der proklamierten Vorteile, die die Beratung mit den Volksvertretern zur Folge haben würde, geht Cugnolli zu der moralischen Notwendigkeit der Kammereröffnung über, — an dieser interessanten Stelle wird ein dem Titel „Das unmündige Volk“ tragender Artikel von der Zensur unterbrochen.

Von der italienischen Zensur.

Lugano, 28. August. (Sig. Ver.)

Im Anschluß an die vom Genossen Morgari im „Avanti“ gemachte Äußerung, daß bei der Wiederherstellung der internationalen auch in Oesterreich, trotz des von dem Parteivorstand erlassenen Auftrags, auf die Opposition zu rechnen sei und nicht auf die Gesamtpartei, gab Genosse Ellenbogen bei seiner Durchreise in Zürich dem Korrespondenten des „Avanti“ eine Erklärung ab, in der er betonte, daß der letzte von der österreichischen Partei erlassene Auftrag den entschiedenen Willen der Partei ausdrückte, die Wiederaufnahme der internationalen sozialistischen Beziehungen zu fördern, und wenn Meinungsverschiedenheiten unter den Parteigenossen in anderen Fragen auch vorhanden sein mögen, über die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen vollständige Einstimmigkeit besteht. Die Partei ist nach wie vor bereit, alles zu tun, um die Internationale zu fördern. Genosse Ellenbogen fügte hinzu, daß eine Konferenz, die nur aus Vertretern der Opposition bestünde, dem gemeinsamen Ziele, das heißt der Friedensaktion, eher schaden könne als nützen. Zum Schluß seiner kurzen Erklärung sagte Genosse Ellenbogen, daß die italienischen Genossen, die sozialist. Räte im Kampf gegen die Kriegshetze beneiden haben, auch den nötigen Mut haben sollten, sich vom Gisse des Mißtrauens fernzuhalten, das die bürgerliche Presse mit teuflischem Geschick zwischen den Sozialisten Italiens und den Genossen Deutschlands und Oesterreichs streut. Bezeichnenderweise hat die Zensur diesen Passus gestrichen, ebenso den Schluß mit der nochmaligen Betonung, daß der österreichische Parteivorstand sich an einer jeden Zusammenkunft beteiligen würde, die dazu dienen könnte, die sozialistischen Parteien einander näher zu bringen. Das und der Hinweis auf das pflichttreue Benehmen des Genossen Vittoni, der trotz aller Gefahr Trieste nicht verlassen will, ist von der Zensur unterschlagen worden. Die Korrespondenz, die die obenangeführte Erklärung enthielt, ist neunzehn Tage unterwegs geblieben, wobei zu bemerken ist, daß in normalen Zeiten ein Brief aus Zürich nach Mailand noch am selben Tage gelangt. ... Um die Zensur auf eine noch härtere Probe zu stellen, bringt der „Avanti“ in seiner letzten Nummer an Stelle des Leitartikels einen Auszug aus den Schriften S. Franciscus von Assisi. Seine Unterschrift hat der Zensur die Einverständlichkeit des Inhalts garantiert, so daß der Text unverändert in den „Avanti“ kam!

Was die Stellungnahme der österreichischen Partei zur Internationale betrifft, so erklärt der „Avanti“ im Anschluß an das Angeführte, er sei mit Morgari und nicht mit Ellenbogen einverstanden, es sei mit „selbstverständlich“, daß der Wiederaufbau der Internationale nicht von denjenigen vollbracht sein wird, die nach Kriegsausbruch den Burgfrieden mit der einheimischen Bourgeoisie angenommen haben, sondern von denjenigen, die dem Klassenkampf treugeblieben sind. Vorbedingung zum Wiederaufbau der Internationale ist die Loslösung von einer jeglichen bürgerlichen Ideologie. ...

Englische Ermahnungen zu nüchterner Betrachtung der Lage.

Scrutator schließt im „Truth“ vom 11. August seine Betrachtungen über die durch die Eroberung Polens geschaffene Lage, nachdem er die Anschauungen der Pessimisten und der Optimisten entwickelt hat, mit Bemerkungen darüber ab, was sich vernünftigerweise erwarten lasse.

So wenig ein deutscher Durchbruch durch die englisch-französische Linie in Frankreich und Flandern zu erwarten ist, so wenig vernünftigerweise auch umgekehrt ein englisch-französischer Durchbruch durch die deutsche Linie. Die Erfahrung der letzten zwölf Monate berechtigt nicht zu der Erwartung, daß die eine oder andere Seite einen entscheidenden Sieg davontragen kann. Sie zwingt vielmehr zu der Annahme, daß der sachverständiger Führung und ziemlicher Gleichheit in Mannschaften und Material entscheidende Siege unter den Verhältnissen moderner Kriegsführung nahezu ausgeschlossen sind. Der Ausgang dieses Krieges wird nicht durch die Kraft der Waffen entschieden werden, sondern durch die Fähigkeit, am längsten den enormen Verlusten an Fleisch und Blut und Geld standzuhalten. Ob ein entscheidender Erfolg sich auch nur durch eine Ueberlegenheit in dieser Hinsicht erzielen läßt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls besteht noch keine Sicherheit für eine solche Ueberlegenheit an Widerstandskraft dieser Art auf Seiten der Verbündeten, daß sie ihnen das „Diktieren“ der ihnen auferlegenden Friedensbedingungen ermöglichen könnte. Wer weiß es, wird die Dinge aus diesem Gesichtswinkel ansehen und seine Erwartungen danach einrichten, wie unangenehm ihm das auch sein möge. Um gewisser Endzwecke willen sind wir in den Krieg gezogen und, was unser Land betrifft, so wäre es besser, es ginge zugrunde, als daß wir Frieden schließen, ohne sie erreicht zu haben. Aber darunter war nicht ein triumphaler Einzug in Berlin und eine persönliche Krönung Kaiser Wilhelms und seiner Bundesgenossen. Wir müssen wie im Jahre 1878 einen Frieden in Ehren erlangen. Bis jetzt ist kein Grund, daran zu zweifeln, daß wir das tun werden; aber es ist ziemlich klar, daß wir es nur durch einen langen und uns erschöpfenden Kampf erreichen werden, und daß wir leicht dahin gebracht werden könnten, weniger als das anzunehmen, wenn wir versuchen, mehr zu erreichen oder ungeduldige Anstrengungen machen, um das Ende zu beschleunigen.

Der Kampf um die Wehrpflicht.

Glasgow, 27. August. (W. L. B.) Der Londoner Berichterstatter des „Glasgow Herald“ meldet: Die letzten beiden Sitzungen des Kabinetts galten hauptsächlich der Wehrpflicht. Unionisten und Liberale bildeten keine getrennten Lager. Ein oder zwei Liberale traten für die Wehrpflicht ein, ein Unionist gegen Veränderung des herrschenden Systems. Drei Gruppen bestanden im Kabinet. Eine kleine Anzahl Minister befürwortet die sofortige Einführung der Wehrpflicht, eine zweite Gruppe ist sehr entschieden dagegen, eine dritte, die so stark ist wie die beiden anderen zusammen, will jede Politik unterstützen, die die militärischen Ratgeber der Krone für notwendig halten. Asquith gab Auftrag, aus dem Nationalregister festzustellen, wieviel Männer für die von der Regierung ausgearbeiteten Arbeiten verfügbar sind. Diese Statistik wird hoffentlich vor Zusammentritt des Parlaments fertig sein. Die Regierung wird dann die politische Entscheidung lediglich nach militärischen Rücksichten treffen und dem Parlament vorsehen schon am 14. September eine Erklärung darüber abgeben.

Die Lebensmittelfrage in England.

London, 27. August. (W. L. B.) Der Vorsitzende der britischen Landwirtschaftskammer Bathurst liegt in einer Fußnote an die „Morning Post“, daß die Berichte der beiden von der Regierung eingesetzten Ausschüsse zur Prüfung der heimischen Erzeugung von Lebensmitteln nicht veröffentlicht und anscheinend verworfen wurden, weil beide eine Ausdehnung der Anbaufläche für Weizen, Hafer und Kartoffeln

befürworteten und Mindestpreise für Landwirte forderten. Bathurst weist auf die Unterdrückung von 1905 über die Lebensmittelversorgung zur Kriegszeit hin, deren Minderheitsbericht betont, daß es unmöglich sei, einen langen Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu führen, wenn die Bevölkerung Hunger leiden müsse. Bathurst fährt fort: Die übertriebene Zufuhr von Lebensmitteln hängt teilweise von der Öffnung der Dardanellen, hauptsächlich aber von der Ausdehnung der Tätigkeit der U-Boote ab, die sich wahrheitsgemäß gegen die Zufuhr von Lebensmitteln richten wird, wenn die englischen Vorräte am meisten erschöpft sind. Man muß damit rechnen, daß der Brotpreis des armen Mannes 1916 und 1917 höher steigen wird als in diesem Frühjahr.

Neuer Bergarbeiterausstand.

London, 27. August. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Nach Blättermeldungen sind heute an 10 000 Bergarbeiter im Kohlenrevier von Südwales ausständig.

Ententeindliche Erhebung in Persien.

Teheran, 27. August. (W. L. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. In Kuristan haben am Orte selbst gebildete Räuberbanden unter Ausnutzung der von unseren Feinden hervorgerufenen allgemeinen Anarchie eine heftige Bewegung gegen die Gendarmerie begonnen und so für deren im letzten Jahre bewiesene Tatkraft bei der Unterdrückung von brecherischer Elemente in Kuristan Nahe gelegt. In Kuristan erlitten die Gendarmen eine noch nicht dagewesene Niederlage. Sie verloren zwei Kanonen, den Train und Munition. Der schwedische Ingenieur konnte kaum sein Leben retten. Die Ränke unserer Feinde, die während des ganzen Jahres unter Miskand der persischen Regierung andauerten, haben die anarchistischen Elemente des Landes geweckt.

Teheran, 28. August. (W. L. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der russische und der englische Konsul haben sich unter militärischer Bedeckung von Kengover in der Richtung auf Hamadan zurücksgezogen; ihre Begleittruppen haben Verluste erlitten.

Kriegsbekanntmachungen.

Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen und Metallfabrikaten.

Die Auffassung, daß durch die Verordnungen vom 20. Juli 1915 M. 1/7. 15 RMH. betreffend Bestandsmeldung und Verwertung von Kupfer in Fertigfabrikaten, und vom 31. Juli 1915 M. 325/7. 15 RMH. betreffend Beschlagnahme und Verwertung von fertigen, gebrauchten und ungebrauchten Gegenständen aus Kupfer, Messing und Neimittel, die ältere Verordnung M. 1/4. 15 RMH. betreffend Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen, aufgehoben oder abgeändert sei, ist unzutreffend.

Die drei Verordnungen bestehen nebeneinander. Jede ist in vollem Umfange gültig und muß daher, wenn man sich den angeordneten Strafen nicht aussetzen will, befolgt werden.

Durch die älteste Verordnung M. 1/4. 15 RMH. sind eine Reihe von Metallen in unverbesserter und vorgearbeiteter Zustand — bei Nickel auch Fertigfabrikate, das sind fertige Gegenstände, welche zum Verkauf bestimmt sind — Beschlagnahme. Die Gegenstände müssen außerdem bei der Metallmeldestelle der Kriegserstoffabteilung des Kriegsministeriums, Berlin W 9, Potsdamer Str. 10/11, gemeldet werden, an die auch diesbezügliche Anfragen zu richten sind. Die nächste Meldung hat nach den bestehenden Verfügungen am 1. September 1915 zu erfolgen.

Die Verordnung vom 31. Juli 1915 M. 325/7. 15 RMH. verfügt eine Beschlagnahme fertiger Gegenstände aus Kupfer, Messing und Neimittel, die in Röhren und Wadstücken usw. gebräuchlich sind, und außerdem die Beschlagnahme einiger namentlich aufgefärbten Gegenstände, die vornehmlich im Haushalt vorkommen. Unter dem Ausdruck „Messing“ wird auch Stugu, Bronze und Tombak verstanden.

Die hiernach beschlagnahmten Gegenstände können an den von den Kommunalverbänden eingerichteten Sammelstellen bis zum 25. September 1915 gegen die einheitlich festgesetzten Uebnahmepreise freiwillig abgeliefert werden. Die Meldung der beschlagnahmten, aber nicht abgelieferten Gegenstände hat erst nach dem 25. September an die betreffenden Kommunalverbände zu erfolgen. Das Nähere über die Meldung werden die Kommunalverbände seinerzeit festlegen. Anfragen über diese Verfügung wolle man an die zuständigen Kommunalverbände richten.

Fertigfabrikate aus Neimittel, wie Koch-, Einlagekessel, Marmeladen-, Speisekessel, Handflöcher, Serbierplatten, Pfannen, Mäher, Kafferoßen, Schüsseln usw., die in Geschäften zum Verkauf stehen, sind sowohl durch die Verordnung M. 1/4. 15 RMH. als auch durch die Verordnung M. 325/7. 15 RMH. gleichmäßig beschlagnahmt. Ihre Verwendung ist nach näherer Vorschrift des § 6 der ersten Verordnung im weitestlichen nur für Kriegslieferungen gestattet, während im Scheidemann Widerspruch hierzu durch die Verordnung M. 325/7. 15 RMH. die Ablieferung an die Kommunalverbände angeordnet wird. Da jedoch die Sammlung der Kommunalverbände für Zwecke der Seeresverwaltung erfolgt, so dient sie dem gleichen Ziele wie die Verordnung M. 1/4. 15 RMH. Deshalb ist durch eine Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“ angeordnet worden, daß, wenn diese Gegenstände an die von den Kommunalverbänden eingerichteten Sammelstellen abgeliefert werden, damit die Beschlagnahme erlischt. Die Abnehmer haben Anspruch auf eine Quittung über die abgelieferten Gegenstände, mit der sie bei Revisionen die ordnungsmäßige Verwendung nachweisen können.

Die Verordnung vom 20. Juli 1915 M. 1/7. 15 RMH. betreffend Bestandsmeldung und Verwertung von Kupfer in Fertigfabrikaten sieht keine Beschlagnahme, sondern nur eine Bestandsmeldung vor und bezieht sich nur auf Fertigfabrikate (Apparate und dergleichen) aus unlegiertem Kupfer. Gegenstände aus Messing und dergleichen werden von ihr nicht betroffen. Gegenstände aus unlegiertem Kupfer, gleichgültig, ob sie im Betriebe, außer Betrieb oder auf Lager sind, müssen unter Vernichtung der Meldestelle für Kupfer in Fertigfabrikaten bis zum 20. August 1915 an die Metallmobilisierungsstelle der Kriegserstoffabteilung des Kriegsministeriums, Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11 gemeldet werden. Anfragen betr. diese Verordnung sind ausschließlich an diese Stelle zu richten. Diese Fertigfabrikate aus unlegiertem Kupfer können weiter benutzt und verkauft werden.

Letzte Nachrichten.

Meldung der englischen Admiralität.

London, 27. August. (W. L. B.) Die Admiralität meldet: Ein Marineflieger hat auf der Höhe von Ostende eine Bombe auf ein deutsches Unterseeboot geworfen, welches, soweit man hat wahrnehmen können, vollständig zerstört wurde und gesunken ist. Die Admiralität fügt hinzu, sie sei nicht gewohnt, Mitteilungen über den Verlust von deutschen Unterseebooten zu machen, da der Feind in gewissen Fällen keine andere Nachrichtenquelle betreffend Zeit und Ort des Verlustes habe. In diesem Falle aber sei das Unterseeboot nahe der belgischen Küste verloren gegangen und seine Lage durch einen deutschen Torpedobootzerstörer festgestellt worden. — Nach einem anderen Telegramm ist der Flieger, der das Unterseeboot vernichtet hat, der Kommandant eines Flugzeugmachers, Wiesworth.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Verhältnisse im Klempnerberuf.

Die Klempner haben vergebens versucht, Feuerungszulagen zu erhalten. Die Unternehmer berufen sich auf den bestehenden Tarif und lehnen die Gewährung von Zulagen ab. Die Gasmeßfabriken haben zum größten Teil ihren Arbeitern Kriegszulagen bewilligt. In anderen Fabrikationszweigen, wo Klempnerarbeiten ausgeführt werden, beschäftigt man weibliche Arbeitskräfte in größerer Zahl, als es vor dem Kriege der Fall war. Es handelt sich dabei meistens um Arbeiterinnen, die erst neuerdings in den Beruf eingetreten und noch nicht organisiert sind. Die Arbeiter bemängeln sich — wie in der letzten Branchenversammlung der Klempner ausgeführt wurde — die Kollegen dem Metallarbeiterverbande zuzuführen, um der Gefahr einer Lohnrückbildung vorzubeugen. Lebhaftige Klagen wurden über Missetaten in den Klempnermeisterei geführt. Es wurde mitgeteilt, daß in diesem Betriebe elf Lehrlinge beschäftigt sind, die zum Teil an Exzenterscheiben arbeiten. Das ist eine für unerfahrene junge Leute sehr gefährliche Arbeit. Ueberdies handelt es sich hier um Kriegsarbeiten, die keine Klempnerarbeiten, also für die Ausbildung der Lehrlinge nicht förderlich sind. Die Lehrlinge müssen auch überstunden machen. Einer derselben hat in einer Woche 12 Überstunden geleistet und dafür 60 Pf., also 5 Pf. pro Überstunde bekommen. Aus den Reihen der Arbeiter ist der Obermeister erwählt worden, diese Gelegenheit dem Ausschuss für das Lehrlingswesen zu unterbreiten, damit auf diesem Wege die Missetaten beseitigt werden. Infolge des Vorgehens der Arbeiter soll in letzter Zeit schon eine gewisse Besserung eingetreten sein und die Beschäftigung der Lehrlinge an den gefährlichen Maschinen nachgelassen haben. Es wird gewünscht, daß der Ausschuss für das Lehrlingswesen dennoch zusammentrete, um die Lehrlingsfrage im allgemeinen zu behandeln.

Die Stellmacher besprachen am Donnerstag die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Reich. Als Unterlage diente ein gesammeltes Umfrage-Material, das allerdings keine umfassende Statistik darstellt. Unter Berücksichtigung der jetzigen Zustände ist auch dieses Resultat anzuerkennen. Der Krieg hat für die Wagenbetriebe durch Gees-lieferungen vermehrte Arbeitsgelegenheit gebracht, wodurch der Stillstand in der Luxuswagenindustrie aufgewogen wurde. Die Berichte sagen indes, daß in den Betrieben jetzt wohl mehr Tischler und Zimmerer als Stellmacher beschäftigt sind. Abzüge und Lohn-differenzen sind vielfach zu verzeichnen. Das wesentlichste aus den Ortsberichten wurde in der Versammlung wiedergegeben. So wird aus einer Stadt berichtet, daß die Stellmacher um 25 Proz. schlechter gestellt sind als die Tischler. Es hat zum Teil eine Feuerungs-zulage gegeben, jedoch soll das auf Kosten der Akkordarbeit ge-fallen sein. Vielfach sind in den einzelnen Orten Feuerungszulagen abgelehnt worden, zuweilen mit der Begründung, daß Gelegenheit zu Überstunden gegeben sei, wodurch sich eine Feuerungszulage erübrigt. 70 Arbeitsstunden und darüber die Woche werden aus einzelnen Orten mitgeteilt. Die Löhne sind fast durchweg den jetzigen Lebensverhältnissen nicht angepaßt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichen sich nach allem so ziemlich in sämtlichen von der Umfrage erfassten Orten. Jedenfalls wird mit der Überstundenarbeit Raubbau getrieben.

Notwendig ist es, das, was in der Jetztzeit errungen worden ist, auch für später erhalten bleibt.

In der Disziplin wurde erklärt, daß das, was aus den Provinzen berichtet wird, auch reichlich auf Berlin zutrefte. Insbesondere wurden Feuerungszulagen für unumgänglich erklärt.

Deutsches Reich.

Der Deutsche Metallarbeiterverband nach einem Kriegsjahr.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat die bei Ausbruch des Krieges eingeführten Erhebungen über die Einwirkung des Krieges regelmäßig jede Woche fortgesetzt und jetzt auch den Stand der Organisation in der 52. Kriegswache veröffentlicht. Wohl keiner hatte bei Kriegsbeginn erwartet, daß sich dieses blutige Ringen solange hinziehen würde und daß demzufolge ein volles Jahr lang solche Zusammenstellungen gemacht werden mußten, um zu wissen, wie groß der Mitgliederverlust und wie umfangreich die militärischen Einberufungen sind. Dann ferner wie hoch die Zahl der arbeits-losen Mitglieder ist und welche Mittel notwendig sind zur Unter-stützung der Arbeitslosen. Nach der vorliegenden Statistik betrug die Zahl der

	vorhandenen	eingezogenen	Arbeitslosen
	am	Krieges	überhaupt in Proz.
1. August 1914	533 814	13 132	2,5
29. Oktober	377 756	143 843	73 895
31. Oktober	348 271	172 202	27 727
30. Januar 1915	316 822	199 700	8 818
1. Mai	291 526	228 594	4 593
31. Juli	264 677	259 529	3 414

Nach Verlauf des ersten Kriegsjahres waren demnach 259 529 Verbandsmitglieder zu militärischen Diensten ein-gezogen, das sind 51,1 Proz. der am 1. August 1914 vorhandenen männlichen Mitglieder. Die Gesamtmitgliedszahl ging aber bis zu Ende Juli auf 264 677 zurück, so daß unter den einberufenen Mitgliedern noch ein Mehrbetrag von 9 608 zu verzeichnen ist. Unter diesen gestrichenen Mitgliedern dürften aber zweifellos noch sehr viele sein, die in der Eile ihre Abmeldung nicht ordnungs-gemäß bewirken konnten.

Die Arbeitslosigkeit hat, wie die Uebersicht zeigt, rapid ab-genommen. Sie ist zu Ende Juli 1915 nur noch halb so groß als vor Ausbruch des Krieges. Von den 11 Agitationsbezirken stehen nur noch die beiden süddeutschen Bezirke mit 7,1 und 2,2 Proz. Arbeitslosen über dem Durchschnitt. Groß sind die Leistungen des Verbandes für die Arbeitslosen. Innerhalb des ersten Kriegs-jahres wurden insgesamt 5 367 636 M. als Arbeitslosenunter-stützung ausbezahlt. Davon entfielen allein 4 060 839 M. auf das erste Kriegsvierteljahr. Außerdem wurden noch bis Ende März 1 109 312 M. an bedürftige Familien ausmarschierter Mitglieder vorausbezahlt. Die gesamte bis Ende Juli zur Aus-zahlung gelangte Summe beträgt somit rund 6 477 Millionen M. Ungeheure Läden reißt der Krieg in die Mitgliederreihen. Diese auszufüllen, sollte das Bestreben aller noch nicht organisierten Metallarbeiter sein.

Der Tapeziererverband nach einem Kriegsjahr.

Der Tapeziererverband hatte vor Ausbruch des Krieges 10 262 Mitglieder. Von diesen waren bis zum 1. August d. J. 4800 Mit-glieder zum Militärdienst eingezogen, unberechnet die seit Kriegs-

beginn als dienstuntauglich wieder Entlassenen. Eingezogen sind zurzeit rund 47 Proz. der Mitglieder. Die Zahl der Verbandsmitglieder war Ende Juli auf 5870 gesunken. Außer den zum Militärdienst Eingezogenen ergibt sich ein weiterer Verlust von etwa 1500 Mitgliedern, also zirka 15 Prozent des Mitgliederbestandes vor Ausbruch des Krieges. Zu diesem recht großen Verlust mag beigetragen haben, daß seit Kriegsausbruch das Gros der Mitglieder in Betrieben arbeitet, die nicht zum Organi-sationsgebiet des Verbandes gehören. Da die Arbeit im Tapezierergewerbe völlig daniederliegt, war der weitaus größte Teil der Berufsangehörigen gezwungen, in den Rüstungsindustrien Arbeit zu suchen. Nach einer Feststellung im Januar d. J. waren nur etwa 35 Proz. der Ver-bandsmitglieder im Tapezierergewerbe beschäftigt, 65 Proz. ar-beiteten außerberuflich, vorwiegend in Betrieben der Leder-ausrüstungsindustrie. Auch bei der erneuten Feststellung am 1. August ergab sich, daß von den 5870 Verbandsmitgliedern nur 1062 im erlernten Beruf tätig waren. Fast 60 Proz. der Mitglieder waren in anderen Industrien, meist in der Rüstungsindustrie, be-schäftigt. Es ist auch nicht anzunehmen, daß sich die Arbeitsgelegen-heit im Tapezierergewerbe vor Ende des Krieges heben wird.

Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder ist verhältnis-mäßig gering. Nach den ersten beiden Kriegsmontaten, in denen 45 resp. 30 Proz. der Mitglieder außer Arbeit waren, gelang es die Arbeitslosen in der Rüstungsindustrie unterzubringen. In der Folge-zeit sank sogar die Arbeitslosenzahl beträchtlich unter die in nor-malen Zeiten im Tapezierergewerbe sehr hohe Arbeitslosenzahl. Zu den sonst so gefährdeten Wintermonaten verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen auf durchschnittlich 1 Proz. der Mitglieder. Erst in den letzten Monaten steigt die Arbeitslosigkeit wieder. Ende Juli waren schon wieder 3,8 Proz. der Mitglieder arbeitslos.

Die Abwanderung der Arbeitslosen in die Rüstungsindustrie wirkte, daß die Verbandskasse sehr stark entlastet wurde. Das Verbandsvermögen hatte nach einjähriger Kriegsdauer nur um knapp 12 500 M. abgenommen und bezifferte sich am 1. August auf 325 558 M., obwohl während des Krieges 188 788 M. für Unter-stützungszwecke aufgewandt wurden. Die Unterstützung der Arbeits-losen verlangte in den ersten beiden Kriegsmontaten über 60 000 M., in den nächsten zehn Monaten hingegen trotz einer neu eingeführten Aussteuerunterstützung nur 16 500 M. Für Unterstützung der Familien der Eingezogenen verausgabte die Hauptkasse während des Jahres 35 855 M. Für den gleichen Zweck, für Sendung von Liebesgaben und dergleichen, brachten die Lokalkassen weitere 61 421 M. auf, so daß für die eingezogenen Mitglieder insgesamt 97 276 M. vom Ver-band aufgebracht wurden. Die von den Lokalkassen aufgewendeten Summen wurden zum größten Teil durch freiwillige Sammlungen und Extrabeiträge aufgebracht.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 29. August, vormittags 9 Uhr, Vappel-Allee 15-17; Reutbahn, Idealpassage; Ziegel, Bahnhof-straße 15, und Ober-Schöneweide, Klarstr. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag des Herrn E. Däumig: „Religiöse Ideen bei Böh. Weiling“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Der Turnverein „Oberspre“. Oberschöneweide, veranstaltet morgen sein 12. Stiftungsfest im Vereinslokal, Restaurant Wilhelmshof. Nachmittags gemütliches Beisammensein im Garten, abends 7 1/2 Uhr im großen Saal Komers mit turnerischen Vorführungen.

Theater für Sonnabend, 28. August.

Berliner Theater

8 Uhr: **Extrablätter.**
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 1/2 Uhr: **Lehmans Kinder.**
Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Naria Stuart.**
Gebr. **Herrnfeld** Theater
8 Uhr: **Benjamin macht alles.**
Kleines Theater.
8 1/2 Uhr: **Ein kostbares Leben.**
Komische Oper.
8 1/2 Uhr: **Jung muß man sein.**
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: **Herrschafft. Diener gesucht**
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: **Der Sonnenvogel.**

Schiller-Theater O.

8 Uhr: **Der Rauh der Sabinerinnen.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Wohltäter der Menschheit.**
Thalia-Theater.
8 1/2 Uhr: **Eine verflixte Annonce.**
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 Uhr: **Immer feste druff!**
Theater des Westens
8 Uhr: **Andersen.**
Vorher: **Am Wörther See.**
Theater in der Königsgräzter Straße
8 Uhr: **Rausch.**
Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: **Mannemanns Nachfolger.**
Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Die Waise aus Lowood.**

Deutsches Theater.

Direktion: Max Reinhardt.
Mittw. 1. Sept. Eröff.-Vorst.: Faustl.
Donnerstag: Das Wintermärchen.
Kammerspiele.
Mittw. 1. Sept.: Eröff.-Vorst.: Der
Weibsteufel. Donnerstag: Weibsteufel.
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
Direktion Max Reinhardt.
Mittw. 1. Sept.: Eröff.-Vorst.: Die
Räuber. Donnerstag: Die Räuber.

Volgt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.
Täglich: 8 Uhr.
Arbeit schändet nicht.
Vollständ. mit Erfolg in 3 Aufzügen.
Erstklassiges Varieté
Kasseneröffnung 10 Uhr. Anf. 4 Uhr.

URANIA Taubenstr. 48/49.

4 Uhr (halbe Preise):
Der Kanal und die Ostküste Englands.
Zur Erinnerung an die
Schlacht bei Tannenberg.
8 Uhr: **Auf den Schlacht-feldern in Ostpreußen.**

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Die neue Berliner Volksbühne
Familie Schnase.
Ueberl. Handlung. Ueberl. Figuren.
Vorher der erstkl. Spezialitäten-Tell.
Vorher f. d. ganze Woche v. 11-2 Uhr.
Sonnt. 4 Uhr: **Die gute Mama.**



Dampfer-Extrafahrten

Von der Oberbaumbrücke, Goldsteinstr. 49
bis Sonntag, den 5. Septemb. täglich.
Morgen Sonntag:
Abf. 9 und 2 1/2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse 50 Pf. Kinder
9 und 2 1/2 Uhr nach Neu-Sieringdorf 30 „ 25 u. 20 Pf.
Wochentags 2 1/2 Uhr nach Neu-Sieringdorf.
Reederei Kleck, Goldsteinstr. 48, Telefon Wpl. 8197.



Reederei Kahnt & Hertzner

Morgen Sonntag:
Abf. Walsenbrücke:
7 1/2 Uhr nach Tempitz (Tarnow) hin und zurück 2 M.
9 u. 2 Uhr nach Krampitzburg hin u. zurück 1 M., einl. 50 Pf.
Abf. Reichstagsufer (Bahnhof Friedrichstr.)
8 1/2 Uhr nach Phöben und Werder hin und zurück 1.50 M.
Abf. Neukölln:
8 u. 2 Uhr nach Krampitzburg hin u. zurück 1 M., einl. 50 Pf.
Wichtig! Abf. Berlin-Reichstagsufer (Bahnhof Friedrichstr.) Sonnt.
tag, 5. Sept., letzte diesj. Fahrt durch d. Hohenzoellernkanal bis Schleuse
Niederflinow. Abf. 7 Uhr. Nur diesj. 3.10 M. Fahrpreis aus vorher
Reeder Stralauer Brücke 4/5.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Verantw. Redakt.: Alfred Dieckmann, Neutöln. Inzeratenteil verantw. Th. Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Diergu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Rose-Theater.

8 1/2 Uhr: **Die Tochter des Gefangenen.**
Gartenbühne: Mamas Liebling.

Walhalla-Theater.

8 Uhr: **Die Maschinenbauer von Berlin.**
Gartenbühne: Vorstellung, Apollon-Sänger.

Palast Theater am Zoo

Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Nur noch 4 Tage:
?Palm? u. das ges. Aug.-Progr.
Voranzelge! Mittw. 1. Sept.:
Beginn der Winter-Spielzeit.
Ein Rekord-Program. Alles neu!

Theater-Folies-Caprice

8 1/2 Uhr: **Onkel Mendelsohn**
Citrons geben sich die Ehre
mit Leonhard Haskel
und Siegfried Berisch.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Anf. 8 U.
Zum 207. Male:
Im Schützengraben
Militärisch. Zeit-
bild von Reisel.
Militärpersonen
u. deren Angehö-
rigen vollkommen
treuer Zutritt zu
d. Stett. Sängern.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 11-2 und 5-8

Preiswert

gibt gutes Obst (vorläufig: Äpfel,
apfel, frühe Birnen bei Anfuhr durch
Gutswagen nicht unter 1 Zentner in
einer Bestellung) und gutes Gemüse
ab, erlittes in Falkenberg und frei
Haus Berlin, sowie nähere Vorteile,
letzteres nur in Falkenberg. 70/11
Die hdt. Gutverwaltung
Falkenberg bei Berlin.

Zur Einsegnung



Schwarze und blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviot, Tuch-Kammgarn
Corkscrew, Melton-Cheviot, je nach Güte
M.15.-17.-21.-24.-27.-30.-36.-40.-42.-

Prüfungs-Anzüge

neueste Stoffe, große Farben- u. Musterauswahl
M.14.-18.-21.-26.-30.-33.-35.-38.-40.-

Sehr preiswert

Oberhemden, Kragen, Vorhemden
Manschetten, Handschuhe, Hüte,
Krawatten, Hosenträger u. s. w.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges
erhält reizende Beigaben.

Schwarze Kleidung

für Herren

Abend- und Theater-Anzüge
Rock-, Genrock-, Frack-Anzüge

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes
für Herren- u. Knaben-Kleidung

Berlin — Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag nur von
8-10 geöffnet

Sonntag nur von
8-10 geöffnet

Greys Antwort.

London, 28. August. (W. T. N.) (Nachdruck des Reuterschen Bureau.) Sir Edward Grey hat folgenden Brief an die Zeitungen gerichtet: Sir! In der Rede des deutschen Reichsfanzlers sind einige Punkte, die meiner Meinung nach in einem Brief an die Presse behandelt werden können bis zu einer vollständigeren Uebersicht über die Lage, die besser auf eine andere Weise zu anderer Zeit gegeben werden sollte. Ich werde die Tatsachen und die Anmerkungen, zu denen sie Anlaß geben, so kurz und deutlich wie möglich summieren und bitte um die Veröffentlichung:

1. Der belgische Bericht über die Besprechung mit dem englischen Militärattaché wurde im letzten Herbst von deutscher Seite veröffentlicht, um zu beweisen, daß Belgien seine Neutralität an uns verkaufte und mit uns eine Verschwörung gegen Deutschland betriebe. Die Unterredung, aus der zu diesem Zweck das größte Kapital geschlagen wurde, wurde dem Ministerium des Aeußern nicht mitgeteilt, ebenso wenig dem Kriegsamt, wie aus den Archiven hervorgeht. Wir haben zuerst den Bericht über die Unterredung gesehen, als Deutschland sie veröffentlichte. Daraus geht deutlich hervor, daß sie nur auf den Fall Bezug nahm, daß Belgien angegriffen werden würde. Eine Landung englischer Truppen in Belgien sollte nur stattfinden, nachdem Deutschland in belgisches Gebiet eingedrungen sei. Die englische Regierung wurde zu nichts verpflichtet. Es bestand keine Abmachung und Uebereinkunft zwischen der britischen Regierung und Belgien. Warum erwähnt der deutsche Reichsfanzler diese informellen Besprechungen im Jahre 1906 und läßt er völlig beiseite, daß ich 1913 dem belgischen Gesandten sehr kategorisch sagte, daß wir hinsichtlich Belgiens und anderer neutraler Länder wünschten, daß ihre Neutralität beachtet werden sollte und daß wir, solange diese nicht durch eine andere Macht verletzt würde, keine Truppen nach ihrem Gebiete senden würden. Man muß sich erinnern, daß der erste Gebrauch, den Deutschland von dem belgischen Schriftstück machte, darin bestand, Belgien eine unaufrichtige Haltung gegenüber Deutschland vorzuwerfen. Was ist nun die Wahrheit? Am 29. Juli 1914 versuchte der deutsche Reichsfanzler uns durch das Versprechen zukünftiger belgischer Unabhängigkeit dazu zu bestechen, daß wir uns bei Ausbruch des Krieges an der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland beteiligen sollten. Er nannte den belgischen Vertrag einen heißen Papier. Der deutsche Staatssekretär des Aeußern erklärte, Deutschland müsse durch Belgien marschieren, um Frankreich anzugreifen. Es habe nicht die Zeit, um anders vorzugehen. Es ist notwendig, die Erklärung des Herrn v. Jagow nochmals anzuführen. Die kaiserliche Regierung mußte auf dem schnellsten und leichtesten Wege nach Frankreich einmarschieren, um mit den Operationen rasch vorwärts zu kommen und danach trachten, so schnell wie möglich zu einem entscheidenden Schlage auszuholen. Es bedeutete für die deutsche Sache Leben oder Tod, da die Deutschen, wenn sie den südlichen Weg eingeschlagen hätten, infolge Strahlenmangels und der Stärke der Festungen nicht ohne heftigen Widerstand, der mit großem Zeitverlust gleichbedeutend war, durchgekommen wären. Dieser Zeitverlust würde für die Russen ein Zeitgewinn gewesen sein, um Truppen nach der deutschen Grenze zu bringen. Die Schnelligkeit des Vorgehens war ein großer Gewinn für die Deutschen, während Frankreichs Vorteil in dem unerschöpflichen Vorrat an Truppen lag. Im Reichstag erklärte der deutsche Reichsfanzler am 4. August 1914 über die Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs: Das Unrecht, ich spreche es offen aus, das wir damit tun, werden wir wieder gut machen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Die Verletzung der belgischen Neutralität war also wohl erzwungen, obwohl Deutschland die Neutralität tatsächlich garantiert hatte, und es gibt sicher nichts Verächtlicheres und Niedrigeres, als den Versuch, sie ex post facto zu rechtfertigen, indem man der unglücklichen, harmlosen belgischen Regierung und dem belgischen Volke den gänzlich falschen Vorwurf machte, daß sie gegen Deutschland ein Komplott geschwieben hätten. Der Reichsfanzler legt in seiner letzten Rede nicht den Nachdruck auf diese Anklage, die gegen Belgien erhoben worden ist. Ist die Anklage zurückgezogen, und wenn ja, will Deutschland das grausame Unrecht, das es Belgien angetan hat, gut machen?

2. Die Verhandlungen über ein englisch-deutsches Abkommen, auf die der deutsche Reichsfanzler anspielte, gelangten zu einem Punkte, bei dem es klar war, daß sie einen Erfolg nur haben würden, wenn wir ein Versprechen abgaben, das darauf hinausgelaufen wäre, daß wir absolut neutral blieben, während Deutschland freie Hand behalten hätte, sich im Rahmen seiner Bündnisse an einem europäischen Kriege zu beteiligen. Dies kann und wird durch die Veröffentlichung des Verhandlungsberichtes, der den Aufzeichnungen des Foreign Office entnommen werden wird, aufgestellt werden.

3. Der Reichsfanzler zitiert einen einzelnen Satz aus meiner Rede vom 3. August 1914, um zu beweisen, daß wir zum Kriege bereit waren. Schon im nächsten Satze, den er hätte anführen können, aber nicht angeführt hat, sagte ich: Wir werden, fürchte ich, durch diesen Krieg furchtbar leiden, gleichgültig ob wir uns daran beteiligen oder davon fernhalten. — Ich überlasse es jedermann außerhalb Deutschlands, in jedem beliebigen neutralen Lande, zu urteilen, ob das Wort eines Mannes, der den europäischen Krieg wünschte und plante, oder eines Mannes, der sich bemüht hatte, ihn zu verhindern. Der Grad der falschen Auslegung eines vereinzelten Satzes durch den deutschen Reichsfanzler wird jedermann, der die ganze Rede liest, klar sein. Was die andere Erklärung, die mir zugeschrieben wird, betrifft, so sagte ich nicht einmal, als wir noch ganz freie Hand hatten und als Japan, das unser Verbündeter war, noch nicht am Kriege beteiligt war, und wir noch keine Verpflichtung gegenüber den anderen Verbündeten eingegangen waren, wie jetzt durch das Abkommen vom 6. September 1914, etwas so Lächerliches und Unrichtiges, wie, daß es im Interesse Deutschlands läge, daß wir uns am Kriege beteiligten, und daß wir es täten, um Rußland zurückzuhalten.

4. Der Krieg wäre vermieden worden, wenn dem Konferenzvorschlages zugestimmt worden wäre. Deutschland entschloß sich unter dem nächstgünstigsten Vorwande, zum Kriege. Ich wollte nichts an einer formellen Frage scheitern lassen und erklärte mich bereit, jeder Art von Vermittlung zuzustimmen, die Deutschland vorschlagen könnte; wenn mein Vorschlag nicht annehmbar sei, sagte ich, so könnte die Vermittlung auf jede Weise, die Deutschland für möglich erachtete, angebahnt werden, wenn Deutschland nur im Interesse des Friedens auf den Knopf drücken wolle. Der deutsche Reichsfanzler war nach seiner Rede nur für eine direkte Aussprache Wien—Petersburg. Aber was für Aussicht auf Erfolg hatte diese, wenn, wie wir nachher hörten, der deutsche Botschafter in Wien die Meinung äußerte, daß Rußland beiseite stehen würde, und wenn er von Anfang an den Krieg wünschte und wenn sein Auftreten dort wahrscheinlich durch sein starkes persönliches Vorurteil beeinflusst wurde. Eines Tages wird die Welt vielleicht erfahren, was sich zwischen Deutschland und Österreich in betreff des serbischen Ultimatus und dessen Folgen wirklich abgespielt hat. Es ist nur zu klar geworden, daß der Vorschlag einer Konferenz, den wir machten, und dem Rußland, Frankreich und Italien zustimmten, während Deutschland dagegen Einspruch erhob, die einzige Aussicht auf Frieden bot, und es bestand eine so begründete Hoffnung darauf. Serbien hatte beinahe das ganze österreichische Ultimatum angenommen, so hart und ungeheuer es war. Die unentschiedenen Punkte hätten in einer ehrenvollen und gerechten Weise in einer Konferenz, die eine Woche gedauert hätte, erledigt werden können. Deutschland hätte wissen können, ja mußte wissen, daß wir dabei eine ebenso ehrliche und ehrenhafte Rolle gespielt hätten, wie, nach Deutschlands eigener Anerkennung, bei der

Balkankonferenz, daß wir nicht auf einen diplomatischen Sieg einer Gruppe, sondern auf eine gerechte Lösung hingearbeitet hätten und bereit gewesen wären, uns gegen jeden Versuch, diese Konferenz unfair zum Nachteil Deutschlands und Österreich-Ungarns auszunutzen, gelehrt hätten. Die Weigerung Deutschlands, sich an der Konferenz zu beteiligen, hat nicht aber die britische Teilnahme an dem Kriege, wohl aber über die Frage, ob Europa Krieg oder Frieden haben würde, entschieden. Sie unterzeichnete das Todesurteil vieler Hunderttausende, die in diesem Kriege getötet wurden. Man muß auch nicht vergessen, daß der Vor von Rußland dem Deutschen Kaiser vorschlug, daß die österreichisch-serbische Streitfrage durch das Haager Schiedsgericht entschieden werden solle. Gibt es einen einzigen aufrichtigen Menschen in Deutschland und Österreich-Ungarn, der bei dem Rückblick auf das vergangene Jahr nicht bedauert, daß weder der britische noch der russische Vorschlag angenommen wurde?

5. Und was ist das deutsche Programm, wie wir es aus der Rede des Reichsfanzlers und den Äußerungen der Politiker in Deutschland entnehmen können: Daß Deutschland eine Kontrolle über das Schicksal aller anderen Nationen ausüben will, es will „der Schild des Friedens und der Freiheit der großen und kleinen Nationen“ sein. — Das sind die Worte des Reichsfanzlers. Das würde einen eisernen Frieden unter preußischem Schild und deutscher Oberherrschaft bedeuten. Deutschland allein würde die Freiheit genießen, die internationalen Verträge zu brechen und frei sein, sie zu vernichten, wenn es ihm gefalle und frei, jede Vermittlung auszuschlagen, frei, Krieg anzufangen, wenn es ihm paßt, frei, wenn es wieder in den Krieg zieht, frei wiederum, alle Regeln zivilisierter Kriegsführung und Menschlichkeit zu Lande und zur See zu brechen, und während es so handeln würde, würde sein ganzer Seehandel in Kriegszeit frei bleiben, wie es jeder Handel im Frieden sei. Es wäre sehr vernünftig, die Freiheit der Meere zum Gegenstande von Beratungen, Begriffsbestimmungen und Abkommen nach diesem Kriege zu machen, aber nicht als etwas Abgeschlossenes und nicht, solange kein Friede und keine Sicherheit gegen den Krieg und deutsche Methoden zu Wasser und zu Lande bestehen. Wenn es Garantien gegen einen zukünftigen Krieg geben sollte, so müßten sie allumfassend und wirksam sein und, Deutschland ebenso wie die anderen Nationen, England eingeschlossen, binden. Deutschland will an erster Stelle stehen, der Friede für die anderen Nationen würde der sein, den Deutschland gewährt. Das ist offenbar der Schluß, den man aus der Rede des deutschen Kanzlers ziehen kann. Der Reichsfanzler trägt dem hinzu, daß die schwere Bürde von tausend Millionen durch Deladen nicht von Deutschland getragen werden müsse, sondern durch die, welche er die Anführer des Krieges zu nennen beliebt. In anderen Worten: Auf Deladen hinaus beansprucht Deutschland, daß ganze Nationen, die ihm Widerstand geleistet haben, arbeiten sollen, um ihm in Form von Kriegsschadigungen einen Tribut zu zahlen. Der Friede kann nicht unter solchen Bedingungen geschlossen werden. Das Leben der anderen Nationen würde dann weder frei noch erträglich sein. Die Reden des deutschen Reichsfanzlers und des Reichsfanzlers zeigen, daß Deutschland um die Oberherrschaft und um einen Tribut kämpft. Wenn dem so ist, und solange es so ist, kämpfen unsere Verbündeten und wir und wir müssen kämpfen, um unser Recht zu leben, nicht unter Deutschlands Oberherrschaft, sondern in wirklicher Freiheit und Sicherheit.

Die offiziöse Erwiderung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu Greys Brief: Die Bornesausbrüche, mit denen die englische Presse die Reichstagsrede des Reichsfanzlers aufgenommen hat, sind der beste Beweis dafür, wie eindrucksvoll sie gewesen ist. Wir verzichten darauf, uns mit den Auslassungen der englischen Publizität zu beschäftigen, die durch ihre jahrelange verheerende Tätigkeit an dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges in so hohem Grade mitschuldig ist. Dagegen können wir uns einer Stellungnahme zu den Äußerungen nicht enthalten, zu denen die Darlegungen des Reichsfanzlers dem Staatssekretär des Foreign Office Sir Edward Grey veranlaßt haben. In seinem Brief an die englische Presse wendet sich der Minister zunächst der belgischen Frage zu. Der Reichsfanzler hatte dieselbe in seiner Rede nur flüchtig gestreift, indem er darauf hinwies, daß die Verträge der belgischen Regierung gegen ihre Neutralitätspflichten durch die Veröffentlichungen über die Besprechungen der englischen Militärattachés mit den belgischen Militärbehörden bereits verletzt seien, so daß es weiterer Beweise dafür, die die feindliche Presse in dem Berichte der belgischen Gesandten vernünftiger, nicht bedürfte. Sir Edward Grey übergeht die in diesen Berichten gegen seine Politik enthaltenen Anklagen mit Stillschweigen. Um so eingehender beschäftigt er sich mit der Frage der belgischen Neutralität und widerlegt dabei Behauptungen der kaiserlichen Regierung, die dieselbe niemals aufgestellt hat. Es ist deutscherseits niemals behauptet worden, daß Belgien seine Neutralität an England verkauft und mit ihm ein Komplott gegen Deutschland geschwieben habe. Deutscherseits ist behauptet und durch die aufgefundenen Dokumente bewiesen worden, daß die belgischen Militärbehörden mit Vorwissen der belgischen Regierung den militärischen Plänen Englands Vorlauf geleistet haben, und daß sich damit Belgien eines Verstoßes gegen seine Neutralitätspflichten schuldig gemacht hat. Am 23. April 1912 hat der englische Militärattaché Oberst Bridges dem General Jungbluth erklärt, daß die englische Regierung die Absicht gehabt habe, auf alle Fälle auch ohne Zustimmung der belgischen Regierung in Belgien Truppen zu landen. Das belgische Ministerium des Aeußern hat von dieser Unterredung Kenntnis erhalten. Wir richten hiermit an Sir Edward Grey die Frage: Hat die belgische Regierung durch ihren Gesandten in London bei der englischen Regierung gegen diese Erklärung des englischen Militärattachés Protest erhoben, oder hat sie wenigstens angekündigt, ob die Erklärung von der englischen Regierung gebilligt werde? Wir können die Antwort Sir Edward Greys vorausnehmen: Die belgische Regierung hat eine solche Demarche in London niemals getan. Damit ist bewiesen, daß sie dazu entschlossen war, einer Verletzung ihrer Neutralität durch England zum mindesten keinen Widerstand entgegenzusetzen. Man beachte den Unterschied: Auf die Vermutung hin, daß Deutschland eine Verletzung der belgischen Neutralität beabsichtigt, teilt Belgien alle Vorbereitungen für die Intervention eines englischen Hilfskorps. Auf die bestimmte Erklärung des englischen Militärattachés, daß England die belgische Neutralität habe verletzt, wolle, rührt die belgische Regierung keinen Finger. Ein Land, das so handelt, ist nicht neutral.

Was nun die Haltung Englands betrifft, so bemerkt Sir Edward Grey, daß weder dem Ministerium des Aeußern noch dem englischen Kriegsamt früher etwas über die behaupteten Unterredungen mitgeteilt worden sei, wie aus den Archiven hervorgehe. Selbst wenn diese Behauptung zuträfe, so würde dadurch die englische Regierung nicht von der Verantwortung für etwaige Mißgriffe oder Ueberrumpelungen ihrer Unterordnung entlastet werden. Wir stellen aber hiermit weiter fest, daß mehrere der aufgefundenen eingehenden Eingelassenen des Generals Ducarne über die Intervention eines englischen Hilfskorps in Belgien, die wir uns vorbehalten der Öffentlichkeit zu übergeben, den Vermerk tragen: Communiqué à Mr. Barnardiston (an Mars). Der Militärattaché dieser Schriftstücke nicht zu seinem Privatgebrauch in seinem Schreibtisch eingeschlossen hat, lehrt die Bemerkung in dem bekannten Bericht des Generals Ducarne, daß der Chef des englischen Generalstabes, General Grieron, den belgischen Kriegsplan gebilligt habe. Gabe aber erheißt Gegengabe, und so finden wir denn in der fatalen Mappe mit der Aufschrift „Intervention

anglaise en Belgique“ auf englischem Papier in englischer Redaktion mit dem Vermerk: „These figures are under revision“ eine Zusammenstellung dieses Hilfskorps, die nur aus dem englischen Kriegsministerium oder Generalstab stammen kann.

Wir unterbreiten hiermit der Öffentlichkeit dieses neue Beispiel für die Wahrheitsliebe englischer Minister.

Sir Edward Grey bezieht sich darauf, daß er im Jahre 1913 dem belgischen Gesandten sehr kategorisch erklärt habe, daß England keine Truppen nach Belgien senden werde, solange dessen Neutralität nicht durch eine andere Macht verletzt würde. Wir lassen es dahingestellt, ob diese Erklärung wirklich so kategorisch war. Auch haben wir eben wieder gesehen, welcher Wert solchen englischen Erklärungen innewohnt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß der englische Generalstab, wie das nicht nur durch die mehrfach erwähnten Dokumente, sondern auch die englischen Karten und Handbücher über den belgischen Kriegsschauplatz sowie die bei dem englischen Sekretär Grand-Ballon gefundenen Dokumente beweisen wird, den belgischen Generalstab zu einer so engen Zusammenarbeit und zu einer so weitgehenden Verursachung der militärischen Pläne Englands veranlaßt hat, daß dadurch eine einseitige militärische Parteinahme Belgiens zugunsten Englands herbeigeführt wurde.

Sir Edward Grey erklärt des weiteren, es gäbe nichts Verächtlicheres und Niedrigeres als den Versuch, die Verletzung der belgischen Neutralität, die Deutschland tatsächlich garantiert habe, ex post facto durch gänzlich falsche Vorwürfe gegen die harmlose belgische Regierung zu rechtfertigen. Mit der Harmlosigkeit der belgischen Regierung haben wir uns bereits beschäftigt. Zu übrigen stellen wir fest, daß deutscherseits ein Versuch, den deutschen Einmarsch in Belgien nachträglich mit dem schuldhaften Verhalten der belgischen Regierung zu rechtfertigen, niemals gemacht worden ist. Die Gründe für den deutschen Einmarsch in Belgien hat der Reichsfanzler in seiner Rede vom 4. August v. J. dargelegt, und er hat seitdem in seiner Rede vom 2. Dezember v. J. lediglich erklärt, daß, als die deutschen Truppen das belgische Gebiet betraten, sie sich auf dem Boden eines Staates befanden, der seine Neutralität selbst längst durchbrochen hatte. Wir können uns des weiteren die Bemerkung nicht verfallen, daß die Entziehung über die Nichtbeachtung eines Vertrages, der vor 75 Jahren zu ganz besonderen Zwecken und unter ganz anderen Bedingungen geschlossen wurde, als sie jetzt vorliegen, in dem Munde des Vertreters eines Landes sonderbar anmutet, das über ein vor 25 Jahren ganz Europa gegebenes feierliches Versprechen im Jahre 1904 zur Tagesordnung übergegangen ist und daß die dauernde Nichtachtung der vertraglichen Verpflichtungen, die Frankreich bezüglich Marokkos übernommen hatte, nicht auf das nachdrücklichste und selbst auf die Gefahr hin, wie im Jahre 1911, damit einen Krieg zu entfesseln, unterliegt hat.

Ueber die deutsch-englischen Verhandlungen des Jahres 1912 stellt Sir Edward Grey dem Gemein für die Zukunft in Aussicht, daß nur das Versprechen absoluter Neutralität durch England denselben einen Erfolg beschaffen hätte. Wir sehen dem zu erwartenden Ergebnis englischer Entfesselungskünste mit Interesse entgegen. In dem, was Sir Edward Grey über die unmittelbare Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges sagt, legt er dem Reichsfanzler Behauptungen unter, die er nicht getrennt hat. Der Reichsfanzler hat in seiner Rede nicht behauptet, daß Sir Edward Grey den Krieg geplant und geplant habe. Er hat lediglich angeführt die Behauptung unserer Feinde, daß sie nicht kriegsbereit gewesen seien, während Deutschland den Krieg seit langem heimlich vorbereitet habe, festgestellt, daß England ebenso wie seine Verbündeten mit dem vollen Bewußtsein seiner Kriegsbereitschaft in den Kampf gegangen ist.

Was die vom Reichsfanzler angeführte Bemerkung des Ministers zu dem Fürsten Radomsky betrifft, so stellt Sir Edward Grey sie in Abrede. Wir geben nachstehend den Wortlaut einer Aufzeichnung wieder, die der Reichsfanzler über den betreffenden Teil seiner Unterredung vorgelegt hat. Sie lautet:

„Sir Edward Grey ließ mich wissen, daß er mich gern vor meiner Abreise noch einmal in seiner Wohnung sprechen möchte, um von mir Abschied zu nehmen; auch habe er mir eine vertrauliche Mitteilung zu machen, die vielleicht für die Zukunft von Wert sein könne. Ich entgegnete, daß es mir überaus peinlich sei, angesichts der Wendung, die die Verhältnisse genommen hätten, ihm nochmals zu begegnen, daß ich aber, falls er es dringend wünsche, ihm keine Anregung nicht verfallen und ungern eine Gelegenheit verpassen würde, die vielleicht für die Zukunft beider Länder von Bedeutung sein könnte.“

Sir Edward Grey war sichtlich bewegt, als er mich empfing und sagte mir, daß der Entschluß, den er hätte fassen müssen, für ihn der schwerste gewesen sei in seinem bisherigen Leben. Die Erwägung wäre hierbei ausschlaggebend gewesen, daß der Schaden, den England durch den Krieg erleide, durch die Beteiligung nicht viel größer würde als durch Passivität, und daß England als beteiligte Macht noch mehr in der Lage sei, sein Wort in die Waagschale zu werfen, als wie durch Neutralität, schon weil es dadurch jederzeit seinen Rückzug aus dem Kampfe androgen könne. Die Verletzung anerkannter internationaler Verträge, die von England gewährleistet seien, habe es ihm unmöglich gemacht, länger beiseite zu stehen, auch habe er es nicht für tunlich gehalten, sich mit uns in einen Handel einzulassen, wie der vom Herrn Reichsfanzler vorgeschlagene, welcher die Bedingungen festlegen sollte für die britische Neutralität. Er würde eine derartige Abmachung vom britischen Standpunkt aus nicht für anständig gehalten haben, und es sei ihm unmöglich gewesen, mit einer Macht, die leichten Herzens eingegangene Verpflichtungen bräche, sich in Verträge einzulassen. Er legte das Hauptgewicht, wie auch in seiner Rede, auf die belgische Frage, ohne dabei hinzuzufügen, wie er es im House of Commons getan, daß England nicht zwischen dürfte, daß wir nicht nur Frankreich, sondern auch Belgien und Holland durch unser Vorgehen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen suchten.

Der Minister sagte ferner, er wünsche mit noch folgende vertrauliche Mitteilung zu machen, die vielleicht für die Zukunft von Bedeutung sein könnte. Sollten die Ereignisse nicht den Verlauf nehmen, wie unsere Militärpartei zu erhoffen schiene, oder sollten wir, wie er inständig wünsche, in nächster Zeit aus anderen Gründen dem für Europa so verhängnisvollen Kampfe ein baldiges Ende zu machen wünschen, so würde er stets bereit sein, falls er sich noch im Amt befände, die Vermittlung zu übernehmen und uns behilflich zu sein. Ihm liege jede Absicht fern, Deutschland zu erdrücken (to crush Germany), alles, was er wünsche, sei, den Frieden unter annehmbaren Bedingungen so bald wie möglich wieder herzustellen und das namenlose Unglück, das die gesamte zivilisierte Welt betroffen, nach Möglichkeit einzuschränken.

Auf meine Bemerkung, daß die Rolle des Schiedsrichters ihm bei der Neutralität viel eher zugefallen wäre, entgegnete der Minister, daß er im Gegenteil glaube, daß die Beteiligung Englands die Dauer des Krieges eher beschränken könne, wie das Gegenteil.

Wir überlassen es der Öffentlichkeit, darüber zu entscheiden, ob die Schlussfolgerungen, die der Reichsfanzler aus dieser Unterredung gezogen hat, zutreffend waren oder nicht. Was den sonstigen Inhalt der Unterredung betrifft, so sei erneut darauf hingewiesen, daß der Reichsfanzler der englischen Regierung bezüglich der Unabhängigkeit Frankreichs, Belgiens und Hollands die weitgehendsten Garantien abgeben hatte. Sir Edward Grey hat dieselben zurückgewiesen. Wenn er nachträglich sein Vorgehen mit dem Hinweis begründete, daß er vom britischen Standpunkte aus ein Eingehen auf die deutschen Anerbietungen nicht für anständig

gehalten habe, so haben wir bereits oben nachgewiesen, daß das englische Anstandsgefühl bezüglich der Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen nur so weit reicht, als sich daselbe mit dem englischen Interesse deckt.

Sir Edward Grey kommt erneut auf die Behauptung zurück, daß die Annahme seines Konferenzvorschlages den Frieden erhalten hätte. Man könnte versucht sein, es seiner Aktivität in militärischen Dingen zugute zu halten, wenn er wirklich angenommen hätte, daß die für die Sicherheit des Reiches verantwortlichen Stellen zusehen konnten, wie in wochenlangen Verhandlungen über die Einzelheiten des serbischen Problems verhandelt wurde, während sich gleichzeitig die Millionenheere Rußlands an der deutschen Ostgrenze sammelten. Wäre dies geschehen, so würde heute ganz Deutschland der Wüste gleichen, die die russischen Horden in Ostpreußen und wo sie sonst nach den Regeln zivilisierter Kriegsführung und Menschlichkeit gehaust haben, hinter sich zurückgelassen haben. Aber Sir E. Grey kannte die Folgen, die die russische Mobilmachung haben würde. In einem Bericht vom 25. Juli hat der englische Votschaster in Petersburg darauf hingewiesen, daß der russischen Mobilmachung die deutsche Mobilmachung und damit vorausichtlich die sofortige deutsche Kriegserklärung folgen werde. Hätte Sir E. Grey wie der Reichskanzler in Wien so in Petersburg zu verstehen gegeben, daß er nicht wünsche, sich in einen Weltbrand hineinzuziehen zu lassen, so wäre der Krieg vermieden worden. Statt dessen hat er den Entente-Genossen die militärische Unterstützung Englands in Aussicht gestellt. Dem folgte unmittelbar die russische Mobilmachung. Damit war der Weltkrieg entschieden.

Sir Edward Grey exemplifiziert die Londoner Balkan-Konferenz. Er verschweigt aber dabei, daß im Jahre 1912 Rußland nicht zur Mobilisierung seiner gesamten Streitkräfte zu Lande und zu Wasser geschritten war, und daß die militärische Überwacht Frankreichs und Rußlands sowie die chaubvinistischen Leidenschaften in beiden Ländern damals noch nicht den Höhepunkt erreicht hatten, wie als Folge der englischen Politik im Frühjahr vergangenen Jahres. Wir können Sir E. Grey, falls er sich darüber im unklaren sein sollte, nur das sorgfältige Studium der Berichte der belgischen Gesandten aus den Jahren 1912 bis 1914 angelegentlich empfehlen.

Was die Schlusssatzungen Sir Edward Greys mit ihren Entstellungen der deutschen Absichten betrifft, so sind sie kaum einer Erwiderung wert. Als die großen Ziele Deutschlands in diesem Kriege hat der Reichskanzler es bezeichnet, endgültig der gegen Deutschland gerichteten Einkreisungspolitik ein Ende zu bereiten und die Freiheit der Meere zu sichern, damit sie allen Völkern in gleicher Weise dienbar sein könnten. Nicht auf die Erringung der Vorherrschaft in Europa ist das Streben Deutschlands gerichtet, sondern auf die Befreiung Europas von der brutalen Gewalt Herrschaft, die England bisher mit Hilfe seiner übermächtigen Flotte und mit einer Politik ausgeübt hat, die darauf hinausging, die Mächte des Kontinents in zwei feindliche Lager zu spalten, sie sich zum Vorteil Englands gegenseitig zerfleischen zu lassen und sein Gewicht in die eine oder die andere Waagschale zu werfen, je nachdem seine egoistischen Bestrebungen dabei am besten ihre Rechnung fanden.

Wie ist die amerikanische Finanz am Kriege beteiligt?

New York, Anfang August. (Eig. Ber.)

Unter dem amerikanischen Völkchen herrschen die sonderbarsten Ansichten über die Rolle, die die großen Finanzleute der Vereinigten Staaten im Kriege spielen. Sehr verbreitet ist die Ansicht, daß sich die Morgan und Rockefeller auf die Seite Englands und seiner Verbündeten geschlagen und diesen ihre großen Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Deutschland kann somit unter keinen Umständen gewinnen; denn hat man jemals gehört, daß der Morgan und Rockefeller irgend eine Macht der Welt widerstehen könnte? Die Deutschamerikaner sind wegen der Geschäfte, die die Banken und Finanzinstitute mit den Gegnern des alten Vaterlandes treiben, sehr besorgt. Es verlautet, daß einige ihre Depositionen aus den Banken gezogen haben und es soll sogar eine große Bewegung im Gange sein, um die Kündigung deutschamerikanischer Depositionen systematisch zu betreiben. Doch diese letzte Nachricht ist wahrscheinlich nichts anderes als eine für die Sensationsmacherei erfundene Ente.

Der Amerikaner, dem man auf der Straße begegnet, ist überzeugt, daß das amerikanische Kapital den europäischen Krieg speist. Ist nicht die Firma Morgan Agent der englischen Regierung? Leitet nicht Rockefeller die russischen Geschäfte? Selbst der sozialistische „Call“ kommt immer wieder mit dunklen Andeutungen auf die Rolle zurück, die die amerikanischen Finanzmagnaten in diesem Kriege spielen, und sucht daraus die hoffnungslose Lage der europäischen Zentralmächte abzuleiten. Es verlohnt sich daher, einmal festzustellen, was es mit der Freundschaft der amerikanischen Finanz für den Vierverband auf sich hat.

Als die Engländer zu Anfang des Krieges große Bestellungen auf Kriegsbedarf in Amerika machten, entstand, wie es zu Anfang eines englischen Krieges üblich ist, ein großer Rummel. Agenten wurden herübergeschickt, die wenig oder nichts vom Geschäft verstanden. Sie wurden nach Noten geprellt. Es bildete sich ein Syndikat, das die Ausräuberung dieser Leute systematisch betrieb und große Summen verdient haben soll. Nachdem das Rind ins Wasser gefallen war, begann die englische Regierung den unergründlichen Drumen zuzudecken. Sie tat, was sie von Anfang hätte tun sollen. Sie wandte sich direkt an die Leute, die die amerikanische Industrie beherrschen und ernannte die Firma Morgan zu ihrem Agenten. Sie erzielte damit nicht nur eine Regelung der amerikanischen Kriegsbedarfsindustrie, sondern schloß sich auch gegen die Gefahr, daß ihre Feinde sich durch Aktienanlauf der ausschlaggebenden Rüstungsfabriken bemächtigen. Zweifellos enthielt der Vertrag mit der Firma Morgan Bestimmungen über den Verkauf der Aktien der großen Kongerne. Das zeigt sich heute, wo trotz der für England und seine Verbündeten so überaus ungünstigen Kriegsnachrichten die bis zur schwindelnden Höhe getriebenen Kurse der Kriegseffekten an der New Yorker Börse nicht sinken. Die Verlockung, hohe Differentialprostitute einzufahren, ist groß; aber die meisten der Aktien dürfen nicht verkauft werden.

Zudem war die Firma Morgan der geeignete Agent, um die Zahlungsmittelverlegenheiten der englischen und französischen Regierung zu überwinden. Die Wechselkurse des englischen und französischen Geldes sind stark gesunken, so daß der Wunsch entstand, anstatt in Pfund Sterling und Frank in amerikanischen Dollar zu zahlen. Zu diesem Zwecke sind in Amerika Bankkredite in Anspruch genommen worden. Die französische Regierung ist zum Beispiel dabei, eine Anleihe gegen Hinterlegung amerikanischer Eisenbahneffekten aufzunehmen. Auch kurzfristige Papiere, die in einem oder zwei Jahren fällig sind, sind verkauft worden. Alle diese Operationen ergeben sich aus dem Verkauf amerikanischer Waren.

Daß die amerikanische Finanz dem Vierverband mit Geldanleihen beispringt, indem sie zum Beispiel den Verkauf langfristiger europäischer Staatspapiere vermittelt, ist ein politisch-

licher Irrtum. Versucht haben die Europäer zwar, Gelder in Amerika aufzubringen, aber ihre Anfragen sind stets verneinend beantwortet worden. Einmal deshalb, weil sich in Anbetracht der Unsicherheit, die in Bezug auf die Entwicklung des Zinsfußes besteht, nur wenige bereit finden, ihr Geld in festverzinslichen langfristigen Papieren anzulegen. Diese Tendenz macht sich auch in den Kurven der amerikanischen Obligationen bemerkbar. Aber hauptsächlich, weil in den Vereinigten Staaten der Markt für solche Papiere fehlt. Ein investierendes Publikum gibt es kaum. Die Leute tragen ihre Gelder auf die Sparkassen oder Banken; äußerst beliebt ist die Anlage in Versicherungsgesellschaften als Sparanlage und Versicherungsprämie. Erst diese großen Institute investieren die Einlagen. Sie sind gefesselt in der Wahl ihrer Anlagen beschränkt und einige, wie die Sparkassen, können überhaupt keine ausländischen Regierungsschuldenscheine laufen. Es ist in Amerika nicht üblich, daß die Banken ihren Kunden Effekten als Anlage empfehlen. Es besteht mithin wenig Aussicht, daß eine der kriegsführenden Parteien von den Vereinigten Staaten Geld zur Fortsetzung des Krieges erhält.

Politische Uebersicht.

Die Inschrift.

Berlin, 27. August. (W. L. V.) In seiner Schlussansprache teilte Präsident Kaempff unter lebhaftem Beifall des Hauses heute im Reichstage mit, daß auf direkte Anregung des Reichskanzlers nunmehr dem Reichstagsgebäude die Inschrift „Dem deutschen Volke“ gegeben werde. Bei dem vom Präsidenten ausgebrachten dreimaligen Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland stimmten mit den bürgerlichen Parteien auch die beiden Sozialdemokraten Göhre und Cohen (Neuh.) mit ein.

Erhöhung der Zuckerpriese.

Der Bundesrat hat sich am Donnerstag unter anderem auch mit der Neuordnung des Verkehrs in Zucker für die kommende Kampagne beschäftigt. Der vom Bundesrat festgesetzte Normalpreis (zu dem die Rohzuckerfabriken ihr Produkt verkaufen müssen) von 12 M. pro 50 Kilogramm bedeutet gegenüber den bisherigen Preisen eine Erhöhung. Im vorigen Jahre wurde der Rohzuckerpreis zuerst auf 9,50 M. und dann am 28. Mai d. J. auf 11,25 M. hinaufgesetzt. Der Preis für Verbrauchs Zucker, d. h. der Preis, den die Mäkerinnen berechnen dürfen, hat gleichfalls nach dem neuen Beschluß des Bundesrates eine Erhöhung erfahren und zwar auf 22,80 M. (Normalpreis) pro 50 Kilogramm. Im Juni betrug dieser Preis 20,65 M., im Juli 21,05 M., im August 21,45 M. Die Regelung des Großhandelspreises ist so geblieben wie bisher, das heißt die Händler dürfen neben der Fracht noch einen Gewinn bis zu 5 Proz. auf den Raffinadehöchstpreis der frachtgünstig gelegenen Raffinerie hinzurechnen.

Zur Wirksamkeit der Wucherverordnung.

In Köln hatte die Behörde Wind bekommen, daß drei Eisenbahnwagen voll Bohnen nach Solingen abgerollt worden sollten, deren Preis höher war, als der Kölner Höchstpreis für Bohnen. Auf Grund der neuen Bundesratsbestimmungen erfolgte die Beschlagnahme und die Bohnen wurden in Köln zum Verkauf gebracht. Das hatte nun den Erfolg, daß die Grünframhändler und Bauern, die den Solinger Markt besuchten, von dem sechs hundert zentnerdruck der Kölner Bohnen befreit aufatmeten und sofort ihre Preise um ein Drittel erhöhten. Der Fall ist klassisch. Da bleibt nichts anderes übrig, als daß die Behörden fest zupacken und vor allem billige Höchstpreise festlegen.

Anweisung von Gnabengebührnissen.

Durch Verfügung des königlichen Kriegsministeriums sind die Kassenverwaltungen der Feldtruppenteile angewiesen, beim Eintritt des Todes eines Heeresangehörigen sofort den Hinterbliebenen eine Bescheinigung über die Höhe der zuzustehenden Gnabengebührnisse zuzustellen. Es ist die Erfahrung gemacht worden, daß die Angehörigen diese Bescheinigung im Besitz behalten in der Annahme, daß die Versorgungsgebühren ohne weiteres zur Zahlung angewiesen werden. Dieses ist aber nicht der Fall. Die Versorgungsgebühren werden nur auf Antrag der Hinterbliebenen gewährt. Zur Vermeidung von Verzögerungen in der Anweisung der Hinterbliebenengebührnisse empfiehlt es sich, daß die Hinterbliebenen von Heeresangehörigen die ihnen zugehenden Bescheinigungen umgehend mit dem Antrage auf Gewährung der Gnabengebührnisse dem zuständigen Bezirkskommando übersenden.

Was ist „Chaubinismus“?

Im Feuilleton — Vergehung! Unterhaltungsteil der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir:

„Man muß auf den Ursprung dieses Fremdworts zurückgehen, um zu erkennen, welche Annahme in seinem Gebrauche gegen die Volksschichten liegt, die sich ihres Deutschland bewußt, es auch nach außen hin stolz betonen. Ein Chaubinist ist nach dieser Quelle ein Mann von verblödeten und beschränktem Patriotismus mit übertriebenen und lächerlichen Ansichten über Vaterlandsliebe und Krieg. Diese Erklärung wollte man sich gegenwärtig halten, um die Unverschämtheit recht zu erweisen, wenn Deutschgesinnte mit dem Schandnamen Chaubinist belegt werden. Gibt es denn in diesen Schicksalstagen Deutschlands überhaupt ein Uebermaß von Vaterlandsliebe? Kann es einen Grad von Verblendung und Beschränktheit dieses Gefühls geben, der tadelnswert erscheint und läßt Dentende zu hochmütiger Zurückweisung veranlassen darf? Vermag heute jemand durch seinen Patriotismus zur lächerlichen Figur zu werden?“

Die Fragestellung ist nötig, um bei denen, die vom Chaubinismus sprechen, die wahren Beweggründe ihres Gebarens aufzudecken, denn es steht in dieser Verleugung der sogenannten Chaubinisten mehr als ein Wunsch des Burgfriedens; es ist für diese Intellektuellen mehr darin, nämlich der Versuch, sich für kommende Friedenszeiten ein Plätzchen für „antichaubinistisches“ Gebaren zu sichern. . . . Einer Abschiebung gegen das ausländische Gute wird kein Befürworter zustimmen, nur ist — wenn man nicht den Maßstab leichter Unterhaltungsliteratur anlegen will — herzlich wenig Gutes über die deutschen Grenzen von Hergen und Westen eingeführt worden. . . . Nichts hat dem deutschen Volke so geschadet wie die Leichtfertigkeit, mit der in den Vierteln jahrelang jahrelang ein unklimmerter Lebensgenuss gepredigt wurde. Der Offizier, der Junker, der Pöffe, der Beamte, alles was im besten Sinne staatsverhaltend sich betätigte, war Zielscheibe des zügellosen Wüdes geworden, und gewisse Blätter lebten geradezu von der Herabsetzung dieser Stände,

während von allen Seiten das Gewitter dunkler und drohender sich über Deutschland aufstürmte.“

Der nun noch nicht wissen sollte, was „Chaubinismus“ ist!

Rückgang der amerikanischen Einwanderung.

Die Zahl der Einwanderer in Amerika betrug für 1914/15 484 244 Personen gegen 1 403 084 Personen im Vorjahre. Die Zahl der Auswanderer betrug 384 174 Personen gegen 633 805 Personen im Vorjahre. Unter den Einwanderern befanden sich 47 000 Kanadier.

Aus Industrie und Handel.

Wirtschaftliches aus der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die Presse berichtet, daß die Metall- und Maschinenfabriken gegenwärtig mit Aufträgen überhäuft sind und überdies noch täglich weitere neue Aufträge einlaufen.

Nach Mitteilungen der schweizerischen Presse bemüht man sich in Rußland, noch während des Krieges den Handel mit der Schweiz zu heben. So hat die Kammer der schweizerischen Lihrenindustrie in Biel ein Zirkular der internationalen Handelskammer in Petersburg erhalten, in dem die Erwartung auf Erweiterung der russisch-schweizerischen Handelsbeziehungen ausgesprochen wird. Gegenwärtig ist freilich der schweizerische Export nach Rußland durch die hohen russischen Kriegsaufschläge stark gehemmt, so daß deswegen der schweizerische Gesandte in Petersburg schon vorstellig wurde. Bemerkenswert ist die Absicht der russisch-asiatischen Bank, in der Schweiz eine Filiale zu errichten, um nach dem Kriege die russisch-schweizerischen Handelsbeziehungen zu fördern.

In der schweizerischen Parteipresse wird neuerdings die Arbeiterfrage vor der Auswanderung nach Deutschland gewarnt, weil die Versprechungen von hohen Löhnen nicht gehalten werden und sich so nur als verwerfliche Lockmittel erweisen. Groß sei die Zahl der Enttäuschten, denen der Lohn, das Essen und die Behandlung das längere Verbleiben bald verleiden. In einer Stadt hätte selbst der dortige Schweizer Konsul erklären müssen, daß es besser wäre, die Arbeiter würden sich zuerst bei der Gesandtschaft informieren, bevor sie eine Stelle annehmen und die Auslandsreise riskieren. Aber auch als Spione werden in Deutschland schweizerische Arbeiter behandelt. Immerhin mag der Wahrheit gemäß konstatiert werden, daß schweizerische Arbeiter, die während des Krieges nach Deutschland ausgewandert, gute Erfahrungen machten, so z. B. Sattler und Schuhmacher.

R. G. und Mühlen.

Der neue Vertrag der Kriegsgetreidegesellschaft (R. G.) mit den Mühlen liegt jetzt vor. In der Hauptsache baut sich der Vertrag auf dem des Vorjahres auf, zeigt jedoch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Änderungen. Er zerfällt in die vier Abschnitte: Lagervertrag, Mählvertrag, Uebergangsvorschriften und Allgemeine Vorschriften, denen sich die Schiedsgerichtsordnung anschließt. Nach dem Lagervertrage erhalten die Mühlen für die Aufspeicherung, die Lagerung, die Bearbeitung, die Zahlung der Versicherungsprämien, die Tragung der vollen wirtschaftlichen Verantwortung für Beschaffenheit und Gewicht wie für die Aufspeicherung eine Vergütung von 1,50 M. für jede Tonne Getreide oder Wehl und jeden angefangenen Lagermonat. Die Vergütung wird gezahlt bei Getreide, während des am Empfangstage laufenden Kalender-Halbmonats und des hiernach folgenden Monats, bei Wehl während der ersten sechs Wochen. Nach dem Abschnitt II verpflichtet sich die R. G. der Mühle die Ausmahlung des von ihr gelagerten Getreides zu übertragen. Die Mühle gehört der Rühle zum Kaufpreise des jeweiligen Vorkaufspreises. Wird den Mühlen Getreide abgenommen, so erhalten sie eine Entschädigung für entgangenen Mähllohn und für Schwund des gelagerten Getreides. Der Mähllohn ist gestaffelt nach der Größe der Mühle und nach dem Beschäftigungsgrade, bei dem jedoch auch die anderweitigen, nicht von der R. G. ausgehenden Mählaufträge mitrechnen. Diese Mähllohne sind außerordentlich verschieden. Eine Mühle mit Tagesproduktion von über 250 Tonnen erhält bei 85 bis 100 Proz. Jahresbeschäftigung pro Tonne 11 M., eine solche bei 49 Tonnen Tagesleistung 10 M., jene größte Mühle bei Jahresbeschäftigung von nur 15 bis 25 Proz. 31 M., jene kleine 30 M. Zunächst wird der Mühle der niedrigste Mähllohn gutgeschrieben; die Abrechnung erfolgt nach Schluß des Geschäftsjahres. Zwischen Mähllohn und Schrotlohn ist fortan ein Unterschied von 2 M., um die die letzteren niedriger sind. Neu in den Schiedsgerichtsvorschriften ist auch die Einlegung einer Konditionsarbitrage. Alle eingehenden Proben beanspruchten Getreides werden mittels geeigneter Apparate auf Feuchtigkeitsgehalt und Naturalgewicht untersucht und hiernach ohne Zuziehung der Parteien entchieden. Die Vernehmungsinstanz bildet das ordentliche Schiedsgericht, das jedoch den Musterbefund als maßgebend anzusehen hat.

Kriegsgewinne.

Die Kaiserlichen Pulverfabriken St. Ingbert zahlten 8 gegen 6 Proz. Dividende.

Soziales.

Die Kriegsgetreidegesellschaft vor dem Kaufmannsgericht.

Vermeintlich nicht ums Geld, sondern ums Prinzip wurde vor der 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts sowohl von seiten des die Klage erhebenden Angestellten wie auch von seiten der beklagten Kriegsgetreidegesellschaft ein Rechtsstreit ausgetragen.

Der Kläger war bei der Beklagten gegen ein Monatsgehalt von 120 M. tätig, mußte aber plötzlich seine Tätigkeit wegen Einberufung zum Heere aufgeben. Auf Grund des § 63 des Handelsgesetzbuchs erhebt er noch Gehaltsansprüche für 6 Wochen nach Austritt, was die Gesellschaft verteidigt. In der Verhandlung hob die Beklagte hervor, es handle sich für sie nur um das Prinzip, sie wolle wissen, ob sie dazu verpflichtet sei, auch in solchen Fällen das Gehalt zu zahlen, wo offenbar kein wirtschaftliches Unglück vorliege. Der Kläger sei zwar als Angestellter bei der Kriegsgetreidegesellschaft tätig gewesen, aber er habe eine Unterstützung durchaus nicht nötig, denn er besitze selber Kapital. Zu diesen Behauptungen bemerkte der Kläger G. seinerseits, daß es ihm in der Tat auf das Geld nicht ankomme, auch ihm handle es sich nur darum, festzustellen, daß die Beklagte zur Zahlung des Sechswochengehalts an die Einberufenen verpflichtet sei.

Das Kaufmannsgericht wich auch in diesem Falle von seinem grundsätzlichen Standpunkt nicht ab und verurteilte demgemäß die Beklagte zur Zahlung von 175 M. Der Kläger gab zu Protokoll, daß 100 M. davon an die Wohlfahrtskasse für notleidende Handelsgesellen abgeführt werden sollen, während er sich in Bezug auf den Rest die Verfügung zu wohltätigem Zweck vorbehielt.

Aus Groß-Berlin.

Der Schlemmerabend im Gewerkschaftshause.

Im Januar veröffentlichte der Deconom des Gewerkschaftshauses im „Vorwärts“ ein Inserat, in dem er das Publikum zum „Vordier-anstich und Schlemmerabend“ einlud und eine Anzahl lukullischer Gerichte zu mäßigen Preisen anbot. Dieses Inserat hatte es einer Reihe arbeiterfeindlicher Blätter angetan. Sie wiesen darauf hin, daß aus dieser Ankündigung hervorgehe, daß die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter ein wahres Schlemmerleben führten, während die großen Massen in dieser Kriegszeit sich Einbräunungen und Entbehrungen auferlegen müßten. Für jeden verständigen Menschen waren diese Anpöbelungen zu dumm und einfältig, um ernsthaft darauf einzugehen.

Jetzt nach sieben Monaten bringt die „Vegetarische Warte“ einen Artikel, in welchem sie das genannte Inserat vom 24. Januar zum Anlaß niedriger Beschimpfungen der Partei- und Gewerkschaftsangehörigen nimmt. Da wird davon gesprochen, daß aus dem Inserat die Möglichkeit herzuweisen sei, daß die Herren Partei- und Gewerkschaftsangehörigen Fettleibe machen, einzelne durch die Kriegslieferungen in Anspruch genommene Industrien zahlte viele und hohe Löhne, wodurch die betreffenden Arbeiter instand gesetzt werden, im Auto zum Gewerkschaftshaus zu fahren und sich dort einen Schlemmerabend zu leisten. Die draußen im Schützengraben lägen, würden schon die richtige Antwort geben, wenn sie zurückkämen usw. Man sieht, was eine Reklame eines Gastwirts in manchen Köpfen anrichten kann. Ernstlich verdient das Geschreibsel des „Mäkel“ in der „Vegetarischen Warte“ keine Widerlegung. Wir wollen nur die Gelegenheit benutzen, folgenden Sachverhalt festzustellen:

Weder die Gewerkschaften, noch die Gewerkschaftskommission und die Verwaltung des Gewerkschaftshauses haben auf die Geschäftsleitung des Restaurants des Gewerkschaftshauses einen direkten Einfluß.

Das Restaurant ist von der Schulteisbäckerei gepachtet, sie setzt auch selbständig Deconomien ein.

Rur soweit bei etwaigen Differenzen die Verwaltung als Vermittler angerufen wird, kann sie unverbindliche Aussprachen herbeiführen.

Auf die Geschäftsreklame sowie auf Geschäfte selbst haben die Gewerkschaften und die Geschäftsleitung keinerlei Einfluß und stehen auch mit denselben in keinerlei Zusammenhang.

Die Gewerkschaften müssen deshalb jedwede Verächtlichkeit über Schlemmererei usw. zurückweisen, da sie diese Reklame weder veranlaßt, noch unterstützt haben, noch verhindern können.

Der Restaurationsbetrieb im Gewerkschaftshause ist ein reiner Geschäftsbetrieb und nur der Deconom trägt für den Betrieb allein die Verantwortung, auch für die Form der Reklame, die er in der Presse wählt. Der Verkehr im Restaurant ist für jedermann frei.

Die „Vegetarische Warte“ muß übrigens sehr an Stoffarmut leiden, wenn sie Mitte August auf ein im Januar enthaltenes Inserat zurückkommt.

Städtische Verkaufsstände für Heringe, Eier und Gemüse.

Aus dem Rathaus kommt folgende erfreuliche Nachricht: „Demnächst werden in den städtischen Markthallen öffentliche Verkaufsstände der Stadtgemeinde Berlin für Eier und Heringe eingerichtet und daselbst

Eier . . . das Stück für 18 Pf.
Heringe . . . 15

verkauft.

Diese Waren dürfen nur an Berliner Einwohner, und zwar gegen Vorlegung einer von der zuständigen Berliner Brotkommission ausgestellten Berechtigungsarte für den städtischen Lebensmittelverkauf abgegeben werden. Diejenigen Berechtigungsarten, welche feinerzeit für den Bezug von Kartoffeln, Geflügelfleisch und Getreide sowie für den Verkauf in der Freibank ausgestellt worden sind, behalten ihre Gültigkeit.

Der einzelne Käufer erhält höchstens 15 Eier und 10 Heringe. Außerdem werden in diesen Verkaufsstellen ohne Beschränkung an jedermann abgegeben:

Kartoffeln . . .	10 Pfund für 45 Pf.
Weißkohl . . .	1 „ „ 5 „
Rotkohl . . .	1 „ „ 7 „
Wirsingkohl . . .	1 „ „ 7 „
Moorkrüben . . .	1 „ „ 7 „

Es ist in Aussicht genommen, den Verkauf auch noch auf andere Lebensmittel, insbesondere auf Räucherwaren, auszudehnen.

Diese neue Maßnahme des Magistrats wird freudig begrüßt werden, ist sie doch geeignet, eine preisdrückende Tendenz auszuüben, wenn auf die Güte und den Preis der Ware Gewicht gelegt wird.

Den Liebhaber der Frau erstochen.

Das Haus Griebenowstr. 1 war in der Nacht zum Donnerstag der Schaulay eines Eiferjuchsdramas. Der dort mit seiner Frau und zwei Kindern wohnende Schuhmacher Otto Rosemann, der als Landwehrmann im Felde stand, hatte erfahren, daß ihn seine Frau mit dem bei ihr wohnenden Bäcker Fritz Gades hinterging. Rosemann teilte der Frau mit, daß er auf Urlaub nach Berlin kommen werde, worauf Gades sich ein Zimmer im ersten Stock des Hauses mietete. Nach Ablauf des Urlaubs begab sich Rosemann nach zum Bahnhof, kehrte aber nach einer Stunde nach der Wohnung zurück und überraschte hier seine Frau mit ihrem Liebhaber. Beide ergriffen die Flucht; die Frau versteckte sich bei Nachbarn, Gades suchte sein Zimmer zu erreichen. Ehe ihm das aber gelang, hatte ihn Rosemann erreicht und brachte ihm mit dem Seitengewehr drei tiefe Stiche in den Rücken und die Brust bei. Dann lief er nach der Eberwalder Straße in der Annahme, daß seine Frau zu ihrer dort wohnenden Mutter geflüchtet sei. Inzwischen war die Polizei von dem Vorfall benachrichtigt worden. Sie ließ Gades nach dem Krankenhaus bringen, wo er bald nachher seinen Verletzungen erlag, und nahm Rosemann fest, als er Einlaß in die Wohnung seiner Schwiegermutter begehrte.

Unbezahlte Ueberstunden?

In manchen Betrieben herrscht jetzt Ueberstundenwirtschaft, wie nie zuvor. Auch in den Siemens-Schuckert-Werken machen sie eifrig Ueberstunden, um alle Aufträge raschestens erledigen zu können. Uebel ist es im Dynamowerk einem Bureau-burichen ergangen, den man gleichfalls zur Leistung von Ueberstunden nötigen wollte. Da in dem betreffenden Bureau am Ende Juli einer der beiden bisher darin beschäftigten Burichen entlassen und kein Ersatz für ihn eingestellt worden war, so hatte der andere Buriche ohnedies reichlich zu tun. Liegen bleiben sollte von der Arbeit nichts — für diesen Fall wurde ihm die sofortige Entlassung angedroht. Er war bereit, auch die nach Mitte August noch hinzukommenden Ueberstunden zu leisten, doch wünschte er eine entsprechende Vergütung. Als er im Auftrage seines Vaters den Chef des Bureau fragte, ob man die Ueberstunden bezahlen werde, er-

hielt er eine verneinende Antwort. Dann könne er auch keine Ueberstunden machen, erklärte der Bureau-buriche, einer Anweisung seines Vaters folgend. Der Bureau-buriche stellte dem Burichen in Aussicht, daß er bei Verweigerung der Ueberstunden sich aus dem Hause zu ziehen habe. Aber der Vater blieb dabei, daß der Sohn unbezahlte Arbeit nicht leisten dürfe, und der Sohn machte dann keine Ueberstunden. Vom Bureau-buriche deswegen zur Rede gestellt, erklärte er aufs neue, daß er Ueberstunden nur gegen Vergütung machen könne. Danach verfügte der Bureau-buriche die sofortige Entlassung. Warum?

Tödliche Unfälle.

Vor dem Hause Frankfurter Allee 225 wollte am gestrigen Freitagnachmittag gegen 1/5 Uhr der 18-jährige Bruno Zeising auf den Weichen eines vorüberfahrenden Straßenbahnzuges der Linie 70 aufspringen. Er kam dabei zu Fall und erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster eine klaffende Kopfverletzung, an deren Folgen er auf dem Transport nach dem Väterberger Krankenhaus starb. — Ein Straßenunfall, der mit dem Tode einer Unbekannten geendet hat, ereignete sich am Donnerstagmorgen an der Ecke der Kopernikus- und Simon-Dach-Straße. Dort überschritt eine Unbekannte, etwa 65–70 Jahre alte Frau den Fußweg und wurde von einer entgegenkommenden Kraftdroschke zu Boden gestoßen und überfahren. Der Chauffeur brachte die Verunglückte nach dem Krankenhaus Friedrichshain, wo sie gestern an den Folgen eines erlittenen Schädelbruchs starb. Die Unbekannte ist etwa 1,80 Meter groß, hat graumeliertes Haar, trug schwarze Bluse, einen weiß-linierten Rock und weiße Unterbeinkleider.

Aus der Haft entlassen. Der Inhaber der „Berliner Kartoffelzentrale“, Siegfried Böwenthal, war, wie mitgeteilt, auf den Antrag der Staatsanwaltschaft von der Schöneberger Kriminalpolizei verhaftet worden. Er ist jetzt wieder aus der Haft entlassen worden.

Zu dem Fahrstuhlunfall in der Weithstraße, über das wir berichtet haben, werden wir gebeten mitzuteilen, daß der verunglückte Hausdiener bei der Firma Martin Philipsen, Weithstraße 19, beschäftigt war.

Männerchor Mosbit veranstaltet am Sonntag, den 29. August, in der Brauerei Pagenhofer, Turmstr. 25/26, ein Gartenkonzert unter Mitwirkung des Blumenschen Tonkünstler-Orchesters. Eintritt 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Anfang des Konzerts 5 Uhr.

Keine Nachrichten. Ein Schlägertwagen mit einer Fleischladung im Werte von 4000 M. ist am Freitagmorgen vor der Zentralmarkthalle gestohlen worden. Der Wagen gehörte der Firma Fritsch-Worlitz, Magdeburger Platz 3, und war bespannt mit einem dunkelbraunen, fast schwarzen Wallach. — Ein schwerer Unfall hat sich gestern vormittag gegen 8 Uhr in Tempelhof zugetragen. Dort wollte vor dem Hause Berliner Straße 128 der Arbeiter Böhmke unmittelbar vor einem nach Berlin fahrenden Leerkar der Straßenbahn das Gleis überschreiten. Er wurde jedoch von dem Leerkarwagen erfasst und umgestoßen. Böhmke erlitt einen Schädelbruch und fand im Meierbelazarett II Tempelhof Aufnahme. — Ein ähnlicher Unfall ereignete sich fast zur selben Zeit in der Weißbäckerstraße. Dort wurde der Arbeiter Dlagowski von einem Straßenbahnzug der Linie 17 umgestoßen. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und mußte nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden. — Beim Vesteigen eines fahrenden Straßenbahnwagens der Linie 91 verunglückte gestern vormittag gegen 1/11 Uhr in der Leipziger Straße ein Fräulein Heldich. Das junge Mädchen trug einen Bruch des rechten Armes davon. Die Verunglückte erhielt von einem in der Nähe wohnenden Arzt einen Notverband und wurde dann nach der Wohnung gebracht.

Aus den Gemeinden.

Preislisten im Regierungsbezirk Potsdam.

Der Landrat des Kreises Teltow veröffentlicht die nachfolgende Verfügung des Oberbefeehlshabers in den Marken:

Da auch in den anderen Städten des Regierungsbezirks Potsdam sich Mängel im Kleinhandelsverkehr, namentlich mit Fleischwaren, Butter, frischem Gemüse, frischem Obst und Kartoffeln gezeigt haben, bestimme ich hiermit:

Meine Bekanntmachung vom 16. Juli d. J. tritt in vollem Umfange auch für alle übrigen Städte im Regierungsbezirk Potsdam mit der Maßgabe in Kraft, daß der ordnungsmäßige Austausch der Preise spätestens am 6. September 1915 bewirkt sein muß.

Lebensmittelfürsorge in Potsdam.

Die Lebensmittelfürsorge des Potsdamer Magistrats für die Einwohner ist jetzt auf Schweinefleisch, Erbsen und Heringe ausgedehnt worden. Vorläufig hat der Magistrat von den beiden ersten Artikeln je 200 Zentner und von den Heringen 200 Kasser beschafft. Außerdem steht die Stadt in Unterhandlungen bezüglich der Beschaffung von Spätkartoffeln, von denen 16 000 Zentner eingekauft werden. Die Verkaufspreise sind im einzelnen noch nicht festgesetzt. Zur Veranschaulichung des Lebensmittelhandels ist eine Lebensmittelliste unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters gebildet worden, die die Tagespreise zu begutachten und zu prüfen und Ueberbesserungen in der Preisbildung festzustellen hat, um vorzukommende Mängel zu beseitigen. Nach und nach wird die Stadt, soweit sich ein Bedürfnis danach herausstellt, zum Einkauf auch anderer Lebensmittel übergehen.

Lichtenberg als Garnisonstadt.

In einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung unterbreitete der Magistrat eine von ihm als dringlich bezeichnete Vorlage, wonach der Berliner Garnisonverwaltung zwecks Unterbringung von Ersatztruppen eine Reihe Volksschulgebäude zur freien Verfügung überlassen werden sollen. Der Magistrat hat hierfür folgende Schulgebäude vorgezeichnet: das Schulhaus in der Möllendorfsstraße, in der Kronprinzenstraße, in der Appoldstraße, in der Siegfriedstraße, sowie das alte und neue Schulhaus in der Leopoldstraße, die Turnhalle und einige Kellerräume der neuen Schule in der Lüdstraße. Genosse Tempel wandte sich entschieden gegen die Abgabe von Volksschulgebäuden für diesen Zweck. Abgesehen davon, daß die vorhandenen Volksschulen jetzt schon kaum in einzelnen Stadtvierteln ausreichen, so müsse auch im gesundheitlichen Interesse der Kinder dagegen Einspruch erhoben werden. Eigenartig berührte es auch, daß nur die Volksschulen, nicht aber auch eine der höheren Schulen den Truppen zur Verfügung gestellt wird. Aus diesen Gründen konnten auch unsere Genossen nicht für die von der Stadtverordnetenversammlung angenommene Vorlage stimmen. Als Einquartierung während der Kriegszeit kommen vorläufig 2900 Mann Infanterie in Frage.

Ferner wurde noch einer Abänderung der Bestimmungen des städtischen Rietsamtes zugestimmt, wonach für die Mitglieder des Rietsamtes aus Stellvertreter gewählt werden können.

Nach der Verordnung vom 7. Juli 1915 ist es zulässig, zur Erhaltung des Kommunalwahlrechts der Kriegsteilnehmer von der Aufstellung neuer Wählerlisten Abstand zu nehmen. Da in diesem Jahre allgemeine Ergänzungswahlen nicht stattfinden, sondern bis jetzt nur für je ein erledigtes Mandat der ersten sowie dritten Abteilung eine Ergänzungswahl stattfinden hat, beschließt die Versammlung, von der Aufstellung neuer Listen Abstand zu nehmen und bei etwaigen Wahlen die letzte Liste zu benutzen.

Aus aller Welt.

Köln im Feldpostverkehr.

Die günstige Lage Kölns zum westlichen Kriegsschauplatz hat die alte rheinische Verkehrsmetropole, die in Friedenszeiten den größten Teil des Postverkehrs von Nord- und Ostdeutschland mit Westeuropa sowie den Ländern der westlichen Halbkugel unserer Erde vermittelt, auch zum Hauptstammelpunkt für den Feldpostverkehr nach und von der westlichen Front gemacht. Nach der rechtsrheinischen Postverladestelle Köln-Deutz werden die täglich mit 119 Schnell- und Personenzügen aus dem Norden, Osten und Süden Deutschlands in Köln ankommenden Feldpostfäde geleitet. 21000 Feldpostfäde strömen dergestalt aus Deutschland täglich in Köln-Deutz zusammen, um von hier aus den Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz unmittelbar zugeführt zu werden. Bei normalem Verkehr sind hierfür 55 Bahnpost- und Eisenbahn-Güterwagen täglich erforderlich. An verkehrsreichen Tagen laufen allein in den vier Postsonderzügen bis zu 76 Wagen.

Auf der linksrheinischen Postverladestelle in Köln werden täglich über 8000 Feldpostfäde aus- und umgeladen, die teils weiter nach dem Osten, teils nach der Westfront gehen. Außerdem gelangen durch Vermittlung beider Postverladestellen täglich 1800 Säcke mit Feldpostsendungen aus der Heimat zur Feldpostverladestelle in Köln, wo sie dann ohne Verzug bearbeitet werden.

Die dritte Feldpostumschlagstelle in Köln ist der Hauptbahnhof. Neben 1400 Feldpostbriefkäden gehen Tag für Tag Hunderttausende von Zeitungen aus Köln, Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M. usw. von Köln-Hauptbahnhof ab.

Alles in allem werden auf den drei Feldpostumschlagstellen in Köln gegen 33000 Feldpostfäde täglich im Gewicht von über 1 Million Kilo ein-, aus- und umgeladen. Neben diesem außerordentlich bedeutenden Feldpostverkehr haben die drei Umschlagstellen noch den sehr umfangreichen Kölner Briefpost- und Paketverkehr, der den Friedensstand fast wieder erreicht hat, zu bewältigen. Auch dies ist bisher in zufriedenstellender Weise gelungen, obwohl ein großer Teil des Betriebspersonals unter den Fahnen steht und die Postbetriebsstellen in entsprechendem Umfange mit ungeschulten Hilfskräften arbeiten müssen.

Frauenmord bei Stettin. Auf dem Wege von Remig nach Lindenhof bei Stettin wurde am Donnerstag die Leiche einer unbekannten weiblichen Person im Alter von 25 bis 28 Jahren aufgefunden. Der Kopf lag im Wühlgraben, am Gesicht und an den Händen zeigten sich zahlreiche Messerverletzungen. Der Tat muß ein heftiger Kampf vorgegangen sein. Ausgerissene Haare lagen bei der Leiche und weiter entfernt davon lag die leere Handtasche der Toten. Das Mädchen war vorher in Begleitung eines unbekannten Mannes in den Anlagen gesehen worden.

Parteiveranstaltungen.

Steglich. Die Genossen und Genossinnen beteiligten sich am dem Sommerfest der westlichen Vororte in Marienfelde bei Striehe, Grobbeerstraße. Eltern, Geschwister und Freunde der Arbeiterjugend sind willkommen.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 31. August, bei Schellhase statt.

Jugendveranstaltungen.

Die Arbeiterjugend der westlichen Vororte Berlins veranstaltet morgen Sonntag, den 29. August, ein Gartenfest im Restaurant Striehe, Marienfelde, Grobbeerstraße 79. Spiele im Freien, Gesang, Regitation und Wandolinenvorträge gelangen zur Vorführung. Die Eltern der Jugendlichen sind besonders dazu eingeladen.

Sorange. Für dieselbe Abteilung findet am Sonntag, den 5. September, nachmittags 3 Uhr, ein Bildervortrag in der Trepten-Platzhalle statt. Thema: „Mit dem Elgus nach Bremen — Mit dem Schnellboot über den Ozean nach New York“. Eintrittskarte für Jugendliche 15 Pf.

Charlottenburg. Die Arbeiterjugend trifft sich am Sonntag im Jugendheim, Rosinenstr. 4, und marschiert von dort um 1/10 Uhr ab, um am Sommerfest der westlichen Vororte teilzunehmen. Fahrgeld 50 Pf.

Pantow-Niederhöhenhausen. Sonntag, den 29. August: Radfest am Rache-See unweit Radeburg bei Bernau, in Gemeinschaft mit der Arbeiterjugend von Bernau, Jepernitz, Schöndalbe und Radeburg. Allgemeiner Treffpunkt 8 1/2 Uhr Bernau, Bahnhof; Treffpunkt für Pantow 7 1/2 Uhr.

Pantow. Morgen Sonntag: Teilnahme an dem Sommerfest des Bezirks West in Restaurant „Schweizergarten“ in Marienfelde, Grobbeerstraße (nahe Bahnhof Marienfelde). Abmarsch früh 7 Uhr vom Bahnhof Grobbeerstraße-Dt. Keine Kosten.

Lichtenrade. Sonntag, den 29. August: Beteiligung am Sommerfest in Marienfelde, Restaurant „Schweizergarten“, Grobbeerstraße. Treffpunkt Bahnhof Lichtenrade 1 1/2 Uhr, Abmarsch 2 Uhr. Wandolin und Niederbächer sind mitzubringen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten zwischen 3. IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Quittungs- und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 24. 28. 1. Sie müssen die Steuern noch zahlen. 2. Nein. 3. Die Adresse erheben Sie aus dem Adressbuch. 4. Nein. 5. A. 30. Das uneheliche Kind hat kein Erbrecht an den Nachlass des Vaters. Die Mutter des Gesalbten konnte somit mit Recht die Erbschaft antreten. — Moriturus. 1. Nein. 2. Wahrscheinlich nicht. 3. Wenn die Publikation durch die Militärbehörde erfolgt. 4. Nein. — G. Treptow. Ja, aber nicht rückwirkend. — W. 25. Sie sind ausgemerzt und wegen Herzkrankheit als dienstuntauglich befunden. — M. 3. 99. Ja. — R. 100. Herzkrank, dienstuntauglich. — R. 6. 65. Nein. — W. 7. 20. Sie können die Rente abheben. Ihr Mann kann doch auch nach wie vor die Quittungsformulare im Krankenhaus unterschreiben. — H. 49. 1. Die Einziehung könnte noch erfolgen. Ob Ihr Mann für dienstuntauglich erklärt wird, entscheidet der Militärarzt. 2. In das Ersatzbataillon desjenigen Regiments, zu dem der Edemann eingezogen wurde. 3. Vom Tage der Gefangennahme an. — M. 85. 1. Vom Todestage an. 2. Die Frage ist durch die erste Beantwortung erledigt. 3. In das Volksgewehr. — G. 3. 34. Die Zeichen stellen jedenfalls die Nummer der Vorkriegsliste dar. Sie sind ausgemerzt. — G. Will 99. Die Quittungsbezeichnung kennen wir nicht. Die Zahl bedeutet: Kampfabstand. Nachmützung kann noch erfolgen. — R. 2. 24. Zum Dienst mit der Waffe untauglich; herkrank. — Zb. 1. Rein. 2. 1200 Mark; es werden aber Verpfichtungen, die zur Zeit des Inkrafttretens der Versicherungspflicht das 40. Lebensjahr überschritten haben, für jedes volle Jahr, das sie an diesem Tage älter als 40 Jahre sind, 40 Wochen auf die Wartzeit angerechnet. Im Jähren Falle erscheint es ausnahmslos, in absehbarer Zeit Anspruch auf Altersrente erheben zu können. Es empfiehlt sich aber, Marken weiter zu fleben, da Unvollständigkeit bezogen werden kann. — H. 8. 72. Juristisch wegen Auswüchsen oder Geschwällen. — W. 8. 2377. Sie sind für arbeitsverwendungsfähig erklärt und können als Armierungssoldat einkommen werden. Die Unsaftigkeit wird weiter gezahlt. — C. N. Ja. — W. 8. 64. Dies geschieht nach den verschiedensten Methoden. Hauptbedingung ist, daß sie vor Zugmittlung geschützt sind. Das geschieht unter anderem dadurch, daß man sie mit Kolobium bestreicht. — P. 23. 100. Mehr mitzuteilen, als schon in unserem Blatt erschienen ist, vermögen wir leider nicht. — G. 3. 100. Meldung beim Bezirkskommando, wo auch die näheren Bedingungen zu erfahren sind. — C. J. 80. 2. Nur wie jetzt, mit einigen Ausnahmen der ersten Zeit. Sie können aber die Listen in unserer Expedition, Lindenstr. 3 (Radon) einsehen. — M. 2. 37. In den entsprechenden Teilungsabteilungen. Siehe Adressbuch 2. Band, Teil 4, Seite 492. — Rentall 2. Gesamtverlust der Deutschen 49 380 Tote, der Franzosen 138 900. — M. 2. 63. Wenn wir nicht irren, im Jahre 1868.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag. Im Binnenlande vorwiegend heiter und trocken, abends und morgens nass, neblig, am Tage überall warm; im Küstengebiet veränderliche Bewölkung und an vielen Orten etwas Regen.

Pfund **33** Pf

**Zusendung
ausgeschlossen**

Schmorfleisch mit Knochen	Pfund	1.10
Gulasch. Gehacktes	Pfd.	95 Pf.
Hammeldünnung	Pfund	1.25
Hammel dicke Rippe	Pfund	1.25
Hammelkeule oder -Rücken	Pfd.	1.35

Pfund **1.25** Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reutlingen. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Reichstag.

20. Sitzung vom Freitag, den 27. August 1915,
vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratspräsident: Dr. Delbrück, Lissca.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur

Änderung des Reichs-Vereinsgesetzes.

Abg. Müller-Meiningen (Vp.):

als Berichterstatter: Nach den jüngsten Ausführungen des Reichskanzlers sind die Polen als Bundesgenossen im Befreiungskampfe gegen Ausland anzusehen und daher kann der Sprachenparagraph nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Beschlüsse der Kommission zur Gewerkschaftsfrage bedeuten ein Vertrauensvotum für die deutschen Berufsorganisationen. Öffentlich wird die Praxis der Gerichte und Verwaltungsbeamten die Konsequenzen daraus ziehen. (Bravo.)

Abg. Dr. Jund (nat.):

Der Änderung des Gesetzes in Bezug auf die Definition der politischen Vereine stimmen wir gern zu, denn wir wollen gern denen die Hand reichen, die bereit dazu sind. Auch lag die Herausnahme der Gewerkschaften von vornherein im Willen des Gesetzgebers. Auch die Jugendlichen können dann in den Berufsvereinen in öffentlichen Versammlungen sich über die Arbeitsverhältnisse ihres Berufs unterrichten. Die Streichung des § 17 dagegen, die den Jugendlichen die politischen Vereine vollständig öffnet, machen meine Parteifreunde nicht mit. Ablehnen müssen wir auch die Streichung des Sprachenparagraphen. Welche Kreise des Volkes würden darin ein Nachlassen der nationalen Energie erblicken. (Widerspruch links.) Wir dürfen auch für die spätere Revision des Gesetzes nicht die besten Kräfte aus der Hand geben. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Nach den Ausführungen des Abg. Jund könnte man glauben, es gäbe politische Parteien, die schon die Säuglinge politisch infizieren wollen. Wir wollen uns auch kein Knebelkorps angliedern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Jugendparagraph des Vereinsgesetzes hindert aber die Jugendlichen gar nicht an politischer Betätigung, denn der Besuch von Versammlungen ist nicht die einzige politische Tätigkeit. Das Lesen einer Zeitung bestimmter Richtung ist ein nachhaltigerer Einfluss aus, als der gelegentliche Besuch einer Versammlung. Der Jugendparagraph hat aber dazu geführt, den Jugendlichen Dinge zu verweigern, die mit der Politik gar nichts zu tun haben. Die gewerblichen Arbeiter brauchen das Koalitionsrecht zum Schutz gegen die Ausbeutung, das ist der Standpunkt des Gesetzgebers, und wer braucht diesen Schutz dringender als die Jugend. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Jugendparagraph hat dazu geführt, daß den jungen Leuten die Teilnahme an den Gewerkschaften verweigert wurde und hat ihnen die Möglichkeit in Vereinen unmöglich gemacht, deren Zweck die körperliche Erhaltung ist. Wenn eine Gesetzesbestimmung derart mißbraucht worden ist, so muß sie beseitigt werden.

Herr Jund sagte, er habe das Bedürfnis, den Gewerkschaften für ihre nationale Tätigkeit die Hand zu reichen. Dann wundere ich mich, daß er nicht dasselbe Bedürfnis empfindet gegenüber den Dänen, den Polen, den französisch sprechenden Mitbürgern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Grundlage aller Kultur ist der uneingeschränkte Gebrauch der Muttersprache, und genau so heilig wie uns die deutsche Sprache ist, ist den Polen, Dänen, Franzosen ihre Muttersprache. Deshalb dürfte der Sprachenparagraph nie geschaffen werden (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), er ist kein Zeichen nationaler Energie, sondern ein Zeichen der Schwäche. Das Gerichtsverbot, das nicht verschieden sein, je nachdem man Hammer oder Amboss ist; was in der russischen Versammlung eine Schande ist, kann in der deutschen keine Niederlage sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade jetzt ist es Zeit, den Sprachenparagraphen zu beseitigen, denn für Ausnahmevorschriften ist jetzt weniger denn je Raum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von allen Seiten wird ein freier Ausbau der inneren politischen Gesetzgebung verkündet, von Leuten mit politisch so ganz entgegengesetzten Anschauungen wie der Reichskanzler und Herr Wassermann. (Große Heiterkeit.) Jetzt müssen den Worten die Taten folgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den verflochtenen dreizehn Monaten haben wir uns auf den Krieg eingerichtet, jetzt wollen wir an die Zeit nach dem Kriege, an den Frieden denken. Treten Sie den Beschlüssen der Kommission bei. Sie werden dadurch Hunderttausenden von Männern an der Front den Dank des Volkes aussprechen für die ungläublichen Strapazen, die sie gern ertragen, und Sie werden ihnen einen Ansporn geben zu neuen Heldentaten. (Lebhafte Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die hier vorgebrachten Forderungen gehören zu der großen Gruppe derjenigen, die nicht einzeln erledigt werden können, sondern erst nach dem Kriege der Neuorientierung unserer inneren Politik bedürfen. (Abg. Heine (Soz.): Das heißt: ad calendas graecas!) — Sehr richtig! Die Verbündeten Regierungen halten es deshalb nicht für angängig, jetzt dieses heiße Eisen in die Hand zu nehmen. Ich habe grundsätzlich den Wunsch, der Forderung einer Änderung des Gesetzes zu entsprechen. Wenn aber ausgesprochen wird, daß die von der Kommission geforderte Änderung schon im November erfolgen soll, so kann ich dem nicht zustimmen, weil ich nicht weiß, ob bis zum November schon der eigentliche Zeitpunkt dafür vorhanden ist. Dagegen ist der Reichskanzler bereit, den Wünschen hinsichtlich einer Herausnahme der Gewerkschaften von den Bestimmungen über die politischen Vereine zu entsprechen. Die Verbündeten Regierungen haben in ihrer Gesamtheit zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen. Soweit es irgend angeht, wird aber dem Reichstag rechtzeitig die Vorlage zugehen.

Abg. Becker-Arnberg (Z.):

Wir sind für den Kommissionsbeschluss. Meine Freunde sind von jeder Gegner des Sprachenparagraphen gewesen. Wenn Leute von 18 Jahren Offiziere werden können, dann sollte man auch den Jugendlichenparagraphen aufheben.

Abg. Frhr. v. Camp (Vp.):

Die jetzt von der Kommission gestellten Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes beruhen auf einem Kompromiß, an dem nicht gerüttelt werden sollte, ehe die nötigen Erfahrungen gesammelt worden sind.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

Wir werden mit Rücksicht auf die Erfahrungen der Lehrerschaft gegen die Aufhebung des Jugendlichenparagraphen stimmen. Dagegen werden wir dem Antrag auf Beseitigung des Sprachenparagraphen zustimmen. Bei der Gesamtstimmung werden wir jedoch für die drei Kommissionsanträge stimmen.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die gewünschte Änderung des Reichsvereinsgesetzes hat während der Kriegszeit nur rein akademischen Wert, denn jetzt ist das Versammlungsleben doch durch die Militärbehörde eingeschränkt. Im übrigen sollte doch die Erklärung genügen, daß eine entsprechende Vorlage in Vorbereitung ist.

Abg. Dr. Hertel (L.):

Wir sind grundsätzlich und aus Zweckmäßigkeitsgründen gegen die Kommissionsanträge. Es genügt doch, daß eine Vorlage in Aussicht

gestellt ist. Unter allen Umständen wollen wir die Jugend fernhalten vom politischen Leben und Treiben. Wir stimmen gegen das ganze Gesetz. (Beifall rechts.)

Abg. Kurzewski (Vole):

Wir begrüßen die Kommissionsanträge als eine Forderung der Gerechtigkeit.

Abg. Heine (Soz.):

Das Vereinsgesetz ist auf die Gewerkschaften so angewendet worden, wie es bei dem Erlass des Gesetzes auch beabsichtigt war. Wir haben diese Art der Anwendung vorausgesetzt. — Gegen die Änderung des Sprachenparagraphen sagt man, eine Neuordnung sei nicht nötig, weil jetzt ja doch die Kommandogewalt entscheidet. Warum will man denn dann die Regelung für die Zeit nach dem Kriege so ängstlich vermeiden, obwohl sie nicht den mindesten Schaden anrichten kann. Beim Jugendparagraphen wollen wir ja nur das, was 50 Jahre lang bestanden hat, und der preussische Staat ist darüber nicht zugrunde gegangen. Was in der Zeit der letzten Reaktion, im Jahre 1851, von der preussischen Regierung in ausgesprochen reaktionärem Sinne aufgetrieben worden ist, das gilt 60 Jahre später als zuviel. Gewiß kann ich mir denken, daß die Lehrer petitionieren, wir sollen keine Politik an die Jugendlichen bringen. Sie selbst treiben Politik in den Schulstunden und können nicht verhindern, daß im Laufe eines anderen Politik an sie herangebracht wird. Auch ich wünsche keine politische Verbeugung der Jugend. Hier handelt es sich aber wesentlich um die schulentlassene Jugend — denn für die Schulpflicht besteht das Vereinsgesetz überhaupt nicht. Der Staatssekretär meinte, unser Antrag habe nur akademischen Wert, denn unter dem Belagerungszustand bestimme doch der kommandierende General. Wir haben in der letzten Zeit allerdings scharfe Bemerkungen über kommandierende Generale machen müssen, aber die Art, wie sie die Polizeigewalt handhaben, mutet doch viel erfreulicher an, als die Schwerefälligkeit der Zivilbehörden, die sich zu einem Schritt vorwärts nicht entschließen können. (Abgeordneter Reith [L.]: Also lassen wir es dabei!) Unser Antrag hat eine eminent praktische Bedeutung, zunächst für den Fall des Friedensschlusses. Alle Schwierigkeiten für die Gewerkschaften und Arbeitervereine können nicht nur beim Friedensschluß wieder ausleben, sondern sie müssen wieder ausleben, denn es liegt ein Gesetz und Entscheidungen der obersten Gerichte und Verwaltungsbehörden vor. Daher müssen wir jetzt mit diesen Dingen aufräumen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Gewerkschaften leisten Ungeheures und das mit dem Bewußtsein, daß sie keinen Rechtsboden unter den Füßen haben und daß man ihnen diesen Rechtsboden nicht geben will. Sollen wir übrigens bei der Gesetzgebung nur von der praktischen Seite sprechen in einer Zeit, wo wir es auf allen Gebieten erleben, daß die moralischen Kräfte das Wichtigste und Wichtigste sind. Gerade in der Hinsicht muß ich die Wirkung, welche die Erklärung des Staatssekretärs haben kann und zum Teil haben muß, auf das Tiefste beklagen, und zwar von meinem Standpunkt als Deutscher, der seinen ganzen Willen und seine ganze Begeisterung einsetzt für die Sache unseres Vaterlandes. Der Staatssekretär hält uns vor, die Neuorientierung der inneren Politik werde in einem solchen Umfange erfolgen, daß man jetzt nicht das eine oder andere vorweg nehmen darf. Das heißt aber die Sache ad calendas graecas verlagern. (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Was soll dieses umfassende Gesetzeswerk nicht alles enthalten? Vom Wahlrecht und der Verfassung bis zu allen möglichen wirtschaftlichen Fragen, den Lebensmittelpreisen, der Kontrollierung gewisser Produktionszweige bis herab zu diesen kleinlichen Polizeimaßnahmen. Ein solches Gesetzeswerk kann nur in langer Zeit bewältigt werden.

Das deutsche Volk hat in dieser Zeit ein Gefühl der Einheit und Entschlossenheit bewiesen, das großartig war und das auch die Grundlage unserer Erfolge draußen im Felde war. (Sehr richtig!) Dieses Gefühl gilt der Aufgabe, das Vaterland zu retten. Und deshalb hat es alle Entzweiungen über alle kleinliche Entzweiungen hinter dieser Aufgabe zurücktreten lassen. Meine Freunde wollen auch künftig dafür sorgen, daß der Wille, das Vaterland zu verteidigen, nicht abgeschwächt wird trotz solcher Erklärungen, wie wir sie hier gehört haben. Aber das Gefühl der Empörung über das erlittene Unrecht, das vor dem Willen, das Vaterland zu retten, zurückgetreten ist, hat das erlittene Unrecht nicht vergessen gemacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und je mehr das Volk leidet, um so tiefer brennt

die Scham über das erlittene Unrecht.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir eintreten für die Rettung des Vaterlandes, so tun wir das für das deutsche Volk, dessen Sache unsere ist, nicht aber für die Politik einer Regierung, die sich heute noch nicht losmachen kann von ihren alten Formen. Man sagt, Erwägungen sind notwendig über den § 3. Dabei hat er eine 50jährige Praxis, denn er ist ja aus dem preussischen Vereinsgesetz entstanden. Was wir vorge schlagen haben und die Kommission angenommen hat, das genügt keineswegs unseren politischen Forderungen, wir haben uns auf das Notwendigste beschränkt. Wo hin sollen denn die ewigen Erwägungen führen? Man spricht immer von einer Neuorientierung der inneren Politik. Glauben Sie denn, daß es möglich ist, die Politik des Deutschen Reiches fortzuführen in den alten Formen, mit den alten Schlagworten, mit den alten Erwägungen und Jögern. Nur junge Menschen werden imstande sein, das Reich auf die Füße zu stellen, um neue Bahnen zu betreten, aber nicht Leute, die ängstlich fragen, ob sie das annehmen dürfen, was vor 60 Jahren schon gegolten hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Geheimnis der Siege liegt in dem Willen zum Siege, und in dem Willen zu Reformen liegt das Geheimnis der Möglichkeiten einer neuen Politik. Wir haben diesen Willen, haben auch Sie ihn! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Kerscheneimer (Vp.):

wendet sich gegen den Antrag auf Streichung des Jugendlichenparagraphen. Die politische Erziehung der Jugend kann man schließlich billigen, aber in öffentlichen politischen Versammlungen tritt die politische Leidenschaft in einer Weise zutage, die der Jugend wirklich nicht angemessen ist.

Damit ich Sie hier die Ausdrücke.

Die Anträge 1 und 2 der Kommission (Gewerkschaften und Aufhebung des Sprachenparagraphen) werden gegen die Stimmen der Rechten angenommen, Antrag 3 (Aufhebung des Jugendlichenparagraphen) gegen die Stimmen der Rechten, der Volkspartei und der Nationalliberalen.

In der dritten Lesung werden hierauf alle Kommissionsanträge angenommen. Dagegen stimmen nur die Konservativen, Reichsparteier und Nationalliberalen.

Pressezensur und Belagerungszustand.

Abg. Fischer (Soz.):

Als im vorigen Jahre der Belagerungszustand verhängt wurde, war mit dem Eindringen des Feindes in unser Land zu rechnen. Jetzt droht unseren Grenzen keine Gefahr mehr. Unser Volk in allen seinen Teilen und Parteien ist einig und geschlossen mit der Regierung in der Abwehr gegen den Feind. Keine Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ist irgendwo im Deutschen Reich vorgekommen, aber der gefahrvolle Zustand ist bestehen geblieben. Die von der Regierung ausgesprochenen Hoffnungen, daß sie den Belagerungszustand bald aufheben könnte, hat sich nicht erfüllt. Soll die Gewalt etwa in den Händen der Militärverwaltung bleiben, bis der letzte Soldat wieder aus dem Felde zurückgekehrt ist? Es gibt Bestimmungen, die sagen, die Regierung befindet sich in der Rolle des Schützen, der den Pfeil abgibt und nur keine Waffe mehr hat. (Sehr gut!) Das Vereins- und Versammlungsrecht ist heute nahezu völlig aufgehoben, und das schlimmste ist, daß dabei

mit zweierlei Maß

gemessen wird. Konservative und Nationalliberale dürfen die Kriegsziele in öffentlichen Versammlungen erörtern. Die Sozialdemokraten dürfen aber sogar in geschlossenen Mitgliederversammlungen nicht mehr über Kriegsziele oder die hohen Lebensmittelpreise sprechen. (Hört! hört!) Vom 19. Armeekorps ist eine Verfügung erlassen worden, die den letzten Rest des Versammlungsrechts beseitigt. Sogar die Manuskripte der Vorträge müssen spätestens sieben Tage vorher der Polizeibehörde eingereicht werden. (Hört! hört! links.) Darin sollten wir alle einig sein, daß dies ein unwürdiger Zustand für das Volk ist, das in niegekehrter Einigkeit mit Gut und Blut gegen die Feinde zusammensteht. (Beifall.) Ein weiterer Uebelstand, der mit dem Belagerungszustand verbunden ist, ist die Praxis der sogenannten Schughast. Leute, die gar keine krasse Handlung begangen haben, werden vielleicht für die ganze Dauer des Krieges eingesperrt, weil sie eine andere politische Auffassung haben als die hohe Behörde. Ohne weiteres werden Anarchisten in Schughast genommen und sogar eine Anzahl unserer eigenen Parteigenossen. Solche Verhaftungen sind auch wegen angeblichen Landesverrats erfolgt, gegangen in einem Flugblatt. Ich will nicht auf den Inhalt all dieser Flugblätter eingehen, aber ich darf in Übereinstimmung mit der ganzen Fraktion erklären: der Gedanke, im Interesse des feindlichen Auslandes die Interessen des eigenen Landes schädigen zu wollen, was der Begriff des Landesverrats voraussetzt, hat jedem dieser Verhafteten vollkommen ferngelegen. (Sehr richtig!) — Durch die Handhabung der Zensur sind ganz unerträgliche Zustände hervorgerufen worden, sie ist geradezu eine

Drangsalierung der politischen Presse.

und ganz besonders der sozialdemokratischen Presse. Der „Vorwärts“ wurde seinerzeit drei Tage verboten, weil ohne Absicht aus Versehen ein Stempel der Zensur nicht beachtet worden war. Dieser Tage brachte die „Deutsche Tageszeitung“ Veröffentlichungen, die für die gesamte Presse im Interesse des Vaterlandes verboten waren. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist aber deshalb nicht verboten worden. Der „Täglichen Rundschau“ wurde die Veröffentlichung eines Artikels verboten, der ihr vom auswärtigen Amt zugegangen war. Ein Artikel des Generalleutnants v. Stein durfte in dieser Zeitung zwar veröffentlicht werden, nicht aber der Name des Autors. Änderungen sind von der Zensur vorgenommen worden, die den Sinn geradezu entstellten. Artikel, die von der Oberzensur genehmigt waren, wurden vom Oberkommando verboten. Die Regierung hat anfangs versichert, eine politische Zensur solle nicht stattfinden, sondern nur eine militärische; heute haben wir aber fast ausschließlich eine politische Zensur. Man kann in Abänderung eines alten Spruches sagen: Was man sonst nicht kontrollieren kann, das sieht man als militärische Angelegenheit an! (Sehr gut!) In Rheinland-Westfalen ist von Anfang an mit ganz besonderer Schärfe gegen die sozialdemokratische Presse vorgegangen worden. Schulleute haben dort den ganzen Druck der Zeitung überwacht und aufgepaßt, ob das Blatt nicht mal ungeleitet aus der Maschine herauskommt. (Heiterkeit.)

Seit Monaten ist es dem „Vorwärts“ verboten, gewisse Notizen aus anderen Blättern selbst ohne Kommentar nachzudrucken.

(Hört! hört!) Der Berliner Presse ist seit wenigen Tagen generell verboten worden, irgend etwas über Präventivzensur, Verhaftungen usw. zu bringen. Auch dieses Verbot bestand schon seit Monaten gegen den „Vorwärts“. Seit Monaten war es dem „Vorwärts“ verboten, über Kriegsziele etwas zu schreiben, während die Herren Wassermann, Fuhrmann, Stresemann und v. Jolly ungehindert über Kriegsziele sprechen und schreiben dürfen. Der „Vorwärts“ ist wegen der Rundgebung unserer Fraktion, Sozialdemokratie und Frieden“ verboten worden. Die Stellung der national-liberalen Partei zu den Kriegsziele konnte aber an dem gleichen Tage in der Berliner Presse ruhig veröffentlicht werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Als die sozialdemokratischen Blätter in Rheinland-Westfalen unter Präventivzensur gestellt wurden, nahm der kommandierende General v. Geyl direkt Partei für die Annegationspolitik und die entsprechenden Artikel und Reden von nationalliberalen Blättern und Rednern. Auf eine Beschwerde des Reichsvereins der deutschen Presse wurde geantwortet, die Schwierigkeiten liegen an der Verschiedenartigkeit der mit der Zensur betrauten Personen. Ich bedaure diese Offiziere, die während draußen im Felde Weltgeschichte gemacht wird, in den Schreibstuben das Amt des politischen Richters ausüben müssen. Wenn sie sich auf das militärische Gebiet beschränken würden, ginge es an. Sie begeben sich aber direkt auf das politische Gebiet. So wurde dem „Vorwärts“ eine Polemik gegen die „Post“ verboten, die mit einem Ausnahmegebot droht und die Aufgabe der sozialdemokratischen Grundzüge gefordert hatte. Als die „Post“ einen Artikel niedriger Art gegen unsere französischen Genossen Jaurès brachte, der mit den Worten schloß: Jaurès schmiedete und ließ sich schmieden (Wui! bei den Sozialdemokraten). blieb sie unbehelligt. Bei der „Post“ ist diese Auffassung verständlich, denn es gibt kein anderes Blatt, das in gleicher Weise von den Scharfmachern ausgehalten würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß die Zensurbehörde den Nicht-Gelehrten von der politischen Polizei Bloß einräumt. Eine Pressefachmann wäre am Platze. Ein ganz besonderer Uebelstand ist, daß in Lothar das Amt des Zensors ein Verleger ist, der Herausgeber von Konkurrenzblättern anderer Blätter ist. (Hört! hört!) — Ein großer Uebelstand, ja geradezu ein Mißbrauch ist es, daß

Keine weißen Stellen in der Zeitung geduldet

werden, sondern daß die Redakteure gezwungen werden, an Stelle der gestrichenen Sätze Verbindungen herzustellen, durch die der Sinn geradezu ins Gegenteil verkehrt wird. Der Gölzler Zensor sagt, das gehehe, weil die weißen Stellen dem ästhetischen Empfinden widersprechen. (Heiterkeit.) Würde es wohl ein Offizier für ehrenhaft halten, mit dem Säbel in der Faust jemanden zur Lüge zu zwingen? Der Zensor aber läßt eine derartige Tätigkeit aus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unser Gölzler Partei-Blatt hat aus dem „Teglarbeiter“ eine Notiz übernommen, in der ein Fabrikant gebrandmarkt wird, der auf die Lohnlöhne gedruckt habe: „Jedes ersparte Stiefel Brot ist ein Schuh gegen England.“ Die Brandmarlung war sehr gerechtfertigt, denn die Sparbarkeit am Brot wurde Arbeiterinnen zugunsten, die für eine Arbeitszeit von 57½ Stunden einen Lohn von 9,90 M. erhielten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Zensor behauptete, es handle sich nur um Mädchen von 14—18 Jahren. Auch für eine 18-jährige Arbeiterin ist dies ein Lohn, bei dem von Sparen keine Rede sein kann; die Behauptung des Zensors stimmt aber nicht, es ist festgestellt, daß Frauen darunter waren, die schon 20 Jahre in der Fabrik beschäftigt waren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und keine hatte einen Lohn über 9,90 M. Trotzdem zwang der Zensor das Blatt zu einer Berichtigung, an deren Schluss stehen mußte: „Nach alledem muß zugegeben werden, daß der von uns übernommene Artikel des „Teglarbeiter“ von unzutreffenden Voraussetzungen ausgeht.“ (Abg. Stadthagen (Soz.): Im Interesse der öffentlichen Sicherheit!) Ein Stadtrat war der Zensor, der diese schändliche Zumutung an das Blatt gestellt hat. (Vizepräsident Döberitz den Ausdr.) Ich gebe zu, daß der Ausdruck formal unzulässig ist. Ich finde aber für das Verhalten dieses Zensors keinen anderen Ausdruck. Ein anderes Schicksal desselben Zensors ist das Verlangen, daß die Proklamation des Kaisers an der Spitze des Blattes, statt an der Spitze des Beiblattes stehen sollte. Das Generalkommando, an das die Redaktion sich wandte, war so vernünftig und so anständig, in

diesem Falle den Zensur zu zettifizieren. — Der kommandierende General v. Bietinghoff in Stettin schrieb unserem dortigen Parteiblatt, daß zwei Artikel sich über die Ziele der Sozialdemokratie ausgesprochen und dadurch eine Entgegnung anderer Parteien geradezu herausfordern, die diese nur aus patriotischem Empfinden in Rücksicht auf den Bürgerfrieden unterlassen hätten; er warne vor einer Wiederholung, sonst würde das Blatt verboten werden.

Es wird also verboten, die sozialdemokratischen Ziele in völlig gesetzmäßiger Weise zu erörtern.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gibt es ein Blatt irgend einer anderen Partei, dem es verwehrt wird, die Ziele seiner Partei zu erörtern? Nur die Art der Erörterung unterliegt der Zensur. Was sagt die Regierung zu dieser Verhöhnung ihrer feierlich gemachten Zusagen? Auch die Berliner Zensur, die doch an Intelligenz und Willkür weit über den Lokalzensuren der kleinen Orte steht, leistet sich genau dasselbe. Ein Bericht über einen Vortrag unseres Kollegen Mollenhuth über das Thema: „Was haben wir getan für den Frieden und die Volksernährung?“ liegt der Zensur im „Mitteilungsblatt“ nicht erscheinen. Das Blatt erscheint nicht öffentlich, sondern wird nur an die Parteifunktionäre verteilt. Kein anderes Mitteilungsblatt irgendeiner anderen Partei unterliegt in gleicher Weise der Zensur. In dem Vortrag selbst hat Mollenhuth seinen bekannten Standpunkt dargelegt, daß es Pflicht sei, rücksichtslos das Vaterland zu verteidigen und den Krieg abzuwehren. Aber natürlich tritt auch seine sozialdemokratische Weltanschauung gegenüber den Problemen, die der Krieg und seine Beendigung stellen werden, hervor, und lediglich wegen dieser sozialdemokratischen Weltanschauung wurde die Weitergabe des Vortrags verboten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am brutalsten tritt dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie im Rheinland in die Erscheinung. Dort wurde einem unserer Blätter der Satz gestrichen: „Den Arbeitern wird nichts geschenkt, und wenn sie sich selbst ausbilden, wiederholt sich die Geschichte von vor hundert Jahren, sie werden leer ausgehen.“ In der Zeitung stand infolgedessen: „Es handelt sich darum, den Arbeitern die bürgerliche Gleichberechtigung zu erringen. Das darf nicht sein.“ (Große Heiterkeit.) Ganz unabhängig hat der Zensur hier seine innerste Drogenmeinung in dem Blatt zum Ausdruck gebracht. Ein Brief aus dem Felde, das Vermächtnis eines Gefallenen, wurde gestrichen, lediglich weil die sozialdemokratische Weltanschauung darin zum Ausdruck gebracht ist. Einmal wurde bei der Besprechung der städtischen Verhältnisse das Wort „Dreiklassenparlament“ gestrichen. Ganz unglaubliche Uebergriffe gestattet sich dieser Zensur bei der Behandlung des Textes; selbst wenn er den gedanklichen Inhalt bestehen läßt, formt er den Ausdruck um, vermutlich weil er als Nationalliberaler eine Freude an politischer Kastration hat. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auch die Formen des Verfalls mit der Zensur sind unerhört. Auf die Bemerkung, daß eine verbotene Nachricht von einem hohen Reichsamt, dem Reichsmarineamt stamme, wird die Antwort erteilt: „Was das Reichsmarineamt tut, geht uns nichts an.“ Bei einer anderen Nachricht, sagt er: „Wo ist der Herr, der Ihnen das aufhängt hat; bringen Sie mir den Herr her.“ Auf die Antwort, daß die Nachricht vom Generalkommando kommt, macht er dem Redakteur den verblüfften Vorwurf des Schwindels. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein hoher Offizier sagte zu einem Chefredakteur: „Ich stehe überhaupt viel zu hoch, als daß ich mit Ihnen in einer Erörterung über Verhängnisse einlasse.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Gewiß ist das eine Ausnahme, denn gerade bei den höheren Offizieren ist im allgemeinen Verständnis und anständiger Ton zu finden. Aber je weiter es nach unten geht, um so mehr geht es auch mit dem Ton zurück. Auf das Verlangen, beauftragte Artikel dem Generalkommando vorzulegen, weil die Redaktion ganz sicher war, daß das Generalkommando die Beauftragung nicht billigen würde, erhielt die Redaktion die Antwort: „Sie haben gar nichts zu verlangen, sondern zu bitten.“ Der Zensur glaubt wohl, daß man bei ihm antworten muß. Bei diesen Gesinnungen kann man sich nicht wundern, wenn der Zensur vor allem die Stillschaltung, in denen davon die Rede ist, daß es noch eine Stelle im Deutschen Reich gibt, wo man unbehindert von der Zensur ein freies Wort sprechen kann. Aber wenn er das Drucken solcher Worte auch verbietet, die Tatsache selbst, daß wir hier im Reichstag sprechen, kann er nicht verbieten und aus der Welt schaffen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Minister des Innern hat einen recht verständigen Erlaß über die Handhabung der Zensur herausgegeben, worin er gerade auf die Platten-Zeitungen eingewirkt, denen man nicht unnötig Scherereien machen solle. Der Lokalzensur aber ordnet an, daß im Blatt kein Wort durch Fettdruck oder Sperndruck hervorgehoben werden darf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zensur ist gewiß eine undankbare Sache, und wenn ein Zensur auch mit dem besten Willen und der möglichst geringen Voreingenommenheit an die Prüfung eines Blattes herangeht, er wird doch oft daneben hauen. Der Berliner Zensur bringt es fertig, einen Artikel zu streichen, der die Freude und Zustimmung über die Friedens- und Umgebung des Papstes zum Ausdruck bringt. Er verbietet zu sagen, daß gerade bei den Proletariats diese Worte auf fruchtbaren Boden fallen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Arbeiterblatt in Antwerpen hatte geschrieben: „Die Unternehmer werden bestrebt sein, die Löhne zu drücken. Die Arbeiter werden sich mit ihrer ganzen Kraft dagegen wehren müssen.“ Die Zensur ließ zwar den ersten Satz von den Absichten der Unternehmer zu, strich aber den Satz, daß die Arbeiter sich dagegen wehren müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso wurde der Satz gestrichen: „Die Väter fühlen sich jetzt erst (nach Einführung des Nachtbrotverbots) gewissermaßen als Menschen.“ Die Verbreitung von Verbotensblättern der Gewerkschaften ist gleichfalls oft genug von der Zensur verboten worden.

Diese Handhabung weckt in Arbeiterkreisen selbstverständlich die Empfindung, daß die Zensur keinen anderen Zweck habe, als das Sozialistengefuge.

die Herrschaft der alten Polizeiwilfulir wieder aufzurichten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Reichsamt des Innern hat angeblich in einem Erlaß gesagt, wenn die Besprechung der Lebensmittelsteuerung einen allzu politischen Charakter annimmt, dann solle das als eine militärische Frage angesehen und der Zensur unterstellt werden. (Hört! hört! links.) Wie sieht das in Einklang mit den Erklärungen des Staatssekretärs? Die Folge des Erlasses war natürlich, daß die Zensuren förmliche Organe feierten und kurzerhand jede Besprechung der Lebensmittelsteuerung verhindert haben.

Ich habe nur einen verschwindend kleinen Bruchteil des Materials vorgebracht, das uns die Handhabung der Zensur geliefert hat. Aber dieser Bruchteil beweist schon, daß man heute nicht mehr von einzelnen Mißgriffen sprechen kann, sondern es handelt sich um eine Entscheidung, die geradezu das ganze Zensurwesen überwindet hat. Gewiß gibt es noch Zensuren, die ihres Amtes mit größter Objektivität walten, leider begegnet man ihnen aber sehr selten. Ein Volk, so einig, so opferbereit, mit einer Presse, die bestrebt ist, dem Vaterlande zu dienen und den feindlichen Angriffen entgegenzutreten, dieses Volk und diese Presse sollen sich nicht länger den unwürdigen Rausch der Polizeizensur gefallen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Darum beantragen wir die Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes. Die Regierung ist verantwortlich, weil sie diese Zustände duldet. Sie kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß die jetzige Handhabung des Belagerungszustandes in letzter Linie eine Fronde gegen die Regierung ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Glaubt man etwa, daß unsere heldenmütigen Krieger deshalb alle Anstrengungen so heldenhaft ertragen haben, um im Vaterlande die alte Polizeiwilfulir weiter zu ertragen? Sollen das die neuen Wägen sein, von denen der Kanzler sprach? Wir bedanken uns dafür, wenn das der Dank für die treue Hingabe an das Vaterland sein soll. Wir haben das Recht, mit allen anderen Parteien gleichgestellt und nicht unter ein Ausnahmegericht gestellt zu werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß die Arbeiterklasse während des Krieges anders behandelt wurde als andere Volkskreise. Alle Kreise in der Regierung und draußen im Lande stehen mit Freude und Anerkennung der Hingabe und den Leistungen der Arbeiterschaft gegenüber, und derjenige würde sich am Vaterland vergründen, der in der Handhabung der Zensur anders verfahren würde als auf dem Standpunkt einer absoluten Parität. Das möchte ich gegenüber den Ausführungen des Abg. Fischer mit aller Energie feststellen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber Fischer hat Recht!) Zu der sozialdemokratischen Resolution weise ich wiederholt darauf hin, daß, wenn man bei Beginn des Krieges der Auffassung gewesen ist, daß nach vollzogener Mobilisierung der Belagerungszustand aufgehoben oder auf einige Teile des Reiches beschränkt werden könne, so hatte man diese Auffassung mit Rücksicht auf die Ereignisse von 1870. Bei der langen Dauer des Krieges, bei der Zunahme der Spionage, bei den Angriffen auf unsere Eisenbahnen, bei den Fliegerangriffen über das ganze Reich, bei der Notwendigkeit, während der Dauer des Krieges dauernd Truppen von einer Front nach der anderen zu verschieben, muß aber der Ausdruck der öffentlichen Meinung und der Nachrichten dienst einer gewissen Beschränkung unterliegen. Aus diesen Gründen müssen wir den Belagerungszustand aufrechterhalten, aber nur in den nach der Natur der Dinge absolut notwendigen Schranken. Der Reichskanzler ist der Letzte, der einer Anhebelung der Meinung im deutschen Vaterlande das Wort redete. Militärische und politische Maßnahmen stehen miteinander in so engem Zusammenhang, daß man nicht lediglich militärische Mitteilungen unter Zensur stellen kann, sondern daß sie erstreckt werden muß auf alles, was über unsere wirtschaftliche und militärische Leistungsfähigkeit, über die Stimmung im Lande usw. unrichtige Vorstellungen im Ausland hervorrufen könnte. Auf die Fälle des vom Abg. Fischer vorgebrachten Materials kann ich hier nicht eingehen. Einmal trägt der Reichskanzler nur die Verantwortlichkeit dafür, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Verhängung des Belagerungszustandes vorliegen, nicht aber für die aus der Nachrichtenlosigkeit der kommandierenden Generale getroffenen Maßnahmen, die ihren Ursprung in der Allerhöchsten Kommandogewalt haben. Es ist aber auch unmöglich, auf eine solche Fülle von angeblichen Verstößen gegen die vom Reichskanzler und dem stellvertretenden Kriegsminister aufgestellten und hier von mir vertretenen Grundsätze einzugehen. Die individuellen Anschauungen der einzelnen Zensoren führen eben zu verschiedenenartigen Auffassungen. Die Maßnahmen der Zensur betreffen alle Parteien; gewiß, manche Maßnahme wäre vielleicht besser unterblieben. Ich möchte aber bitten, nicht die einzelnen kommandierenden Generale unter Nennung ihres Namens und unter Bezugnahme auf einzelne Vorgänge ihres dienstlichen und außerdienstlichen Lebens verantwortlich zu machen. Wenn diese Herren, während sie verabschiedet waren, politisch tätig gewesen sind, so war das das Staatsbürgerliche Recht. Das gestattet aber keineswegs zu behaupten, daß sie als kommandierende Generale irgend wie parteiisch und ungerecht vorgehen würden. Man darf auch nicht vergessen, daß diese Herren nach ihrem ganzen Werdegang zu anderen Aufgaben bestimmt sind als zur Regierung eines großen Landes. Wenn vereinzelt die Auswahl der Zensoren nicht glücklich war, so ist Abhilfe geschaffen worden. Die auf dem gesellschaftlichen Zustand beruhende Schwierigkeit der mangelnden Einheitlichkeit betrifft mich auch. Auch mir passiert es, daß von kommandierenden Generalen Anordnungen getroffen werden, die nach meiner Ansicht in mein Ressort übergreifen; ich hätte diese Angelegenheit vielleicht anders geordnet. Aber gerade von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) ist mir gegenüber wiederholt das warme sozialpolitische Verständnis der preussischen Generale ins Feld geführt worden. (Heiterkeit rechts.) In Verfolgung der Bestrebungen auf Vereinheitlichung der Zensur sind wir nun erheblich weiter gekommen. Durch allerhöchste Kabinettsorder ist ein Kriegspresseamt eingerichtet, das nicht nur oberste Zensurstelle sein, sondern auch die Zensoren über die Ziele unserer Politik auf dem Laufenden halten, ihnen Richtlinien geben soll. Die Zentralbehörden haben selbst an einheitlicher und gerechter Ausübung der Zensur das weitestgehende Interesse. Also alles das, was Abg. Fischer an dieser neuen Einrichtung von vornherein glauben vermessen zu müssen, ist vorzulegen; nicht nur die Herausgabe von Anweisungen, sondern auch die Möglichkeit der Kontrolle. Das Kriegspresseamt soll auch mit der Presse in engerer Fühlung stehen. Davon ist neben der Vereinheitlichung der Zensur auch eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen ihr und der Presse zu erwarten. Alle beteiligten Stellen sind redlich bestrebt, die Schwierigkeiten auf den Gebieten der Presse und des Vereinslebens, soweit es in unserer Macht liegt, zu beseitigen. Wir haben dieses Bestreben um so mehr, als wir der großen Mehrheit der gesamten deutschen Presse ohne Unterschied der Parteien das Zeugnis ausstellen können, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen bestrebt gewesen ist, sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. (Beifall.) Das stelle ich hiermit ohne Einschränkung fest und gebe mich der Hoffnung hin, daß auch weiterhin die guten Beziehungen zwischen der Presse, der Regierung und ihren Organen durch diese neue Einrichtung noch verbessert werden.

Abg. Dr. Obkircher (natl.):

Angeht die Zukunftsamt, mit der das Ausland unsere Verhandlungen verfolgt, sollte man den Eindruck vermeiden, als ob wir allzuviel zu klagen hätten. Gewiß ist das Gesetz über den Belagerungszustand veraltet, seine Verbesserung ist aber eine Arbeit für die Zeit nach dem Kriege. Die außerordentlichen Verhältnisse, unter denen wir heute leben, machen auch außerordentliche Maßnahmen erforderlich. Wir scheinen freilich die Verwaltungsbehörden den Militärbehörden gegenüber zu sehr in den Hintergrund getreten zu sein. Der § 9b (Wahrung der öffentlichen Sicherheit) wird von den Militärbehörden zu weit ausgelegt. Man bestraft neuerdings sogar die Herstellung von Schlagzähnen durch Hausfrauen mit Gefängnis auf Grund des § 9b. Die Verhängung so vieler Gefängnisstrafen für kleine politische Vergehen hat zu schweren Mißständen geführt. Die Haushaltskommission beantragt deshalb eine entsprechende Änderung des Gesetzes. Ich hoffe und wünsche, daß die Regierung dem Gesetzentwurf zustimmt.

Staatssekretär Dr. Visco:

Es entspricht nicht der Gepflogenheit der Regierung, zu Initiativanträgen das Wort zu nehmen. Ich will aber erklären, daß ich gern bereit bin, die Annahme des vorliegenden Antrages zu empfehlen. (Beifall.)

Ein von den Abgg. Spahn (Z.), Baffermann (natl.) und Müller-Reinigen (Wp.) gestellter Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Dittmann (Soz.):

zur Geschäftsordnung: Durch die Annahme des Schlußantrages, den ich als eine Mobilität bezeichnen muß (Präsident Dr. Raempf ruft den Redner wegen des Ausdrucks „Mobilität“ zur Ordnung), bin ich verhindert worden, alle die berechtigten Beschwerden aus Rheinland-Westfalen über die Handhabung des Belagerungszustandes und der Zensur vorzubringen. Ich habe den Eindruck, daß man dem Lande die Wahrheit verbergen will. (Unruhe.)

Die Anträge der Kommission werden angenommen. Der Antrag Schiffer (natl.), der an Stelle von Gefängnisstrafen in vielen Fällen Haft- und Geldstrafen einführen will, wird in 2. Lesung angenommen.

Als Präsident Dr. Raempf zur dritten Lesung übergehen will, meldet sich Abg. Dittmann (Soz.) zum Wort.

Abg. Baffermann (natl.) erhebt hierauf Widerspruch gegen die dritte Lesung.

Der Antrag Albrecht und Genossen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Antrags Erzberger (Z.), der einen Gesetzentwurf vorschlägt, wonach die Familienunterstützung während dreier Monate über den Zeitpunkt hinaus weiter gewährt wird, von dem an Hinterbliebenenrente gezahlt wird.

Abg. Dove (Wp.) wendet sich gegen die gestrige Rede des Abg. Stadthagen.

Abg. Stadthagen (Soz.) betont demgegenüber, daß der Antrag Erzberger tatsächlich keine Verbesserung des bestehenden Zustandes bedeute, da nach dem bestehenden Gesetz jede Witwe einen Rechtsanspruch auf die Fortzahlung der vollen Kriegsunterstützung auch bei Empfang der Hinterbliebenenrente habe.

Reichssekretär Dr. Vefferich: Auch ich muß feststellen, daß der Antrag Erzberger eine ganz wesentliche Verbesserung bringt. Er stellt für die Gesamtheit der Hinterbliebenen die Doppelzahlung sicher. Der Abg. Stadthagen scheint einen mageren Prozeß einem fetten Vergleich vorzuziehen.

Der Antrag Erzberger wird in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Staatssekretär Dr. Delbrück verliest die allerhöchste Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 30. November 1915 vertagt wird.

Präsident Dr. Raempf erbittet und erhält die Ermächtigung, Zeitpunkt und Tagesordnung für die nächste Sitzung festzustellen. Er schließt die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er betont, daß der Reichstag auch diesmal in voller Einigkeit die Mittel bewilligt habe, die erforderlich seien, um Deutschland mit Hilfe unserer tapferen Krieger dem Siege entgegenzuführen. Bei dieser Gelegenheit teilt der Präsident mit, daß der Reichskanzler jetzt selbst beantragt hat, dem Reichstage die Inschrift zu geben: „Dem Deutschen Volk!“ (Beifall.) Präsident Dr. Raempf schließt mit einem dreifachen Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland.

Schluß der Sitzung 4 Uhr.

Aus der Partei.

Das Kriegsprogramm der deutschen Sozialdemokratie.

Unter dieser Ueberschrift knüpft das Harburger „Volksblatt“ nachfolgenden Kommentar an die von der Reichstagsfraktion und vom Parteiausschuß festgelegten Leitsätze:

„Diese in gemeinsamer Beratung gefaßten Beschlüsse wird man als das Kriegsprogramm der deutschen Sozialdemokratie anprechen müssen. Ganz frei von jeder, das feindliche Ausland verlegenden Wendung spricht die Erklärung aus, daß als Ziel dieses Krieges einmal die völlige Unversehrtheit deutschen Bodens hervorzuheben muß und daß von einer Zurückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich keine Rede sein kann. Das war zwar bisher schon eine sozialdemokratische Selbstverständlichkeit; aber es ist gut, wenn es die Franzosen in Form dieser programmatischen Erklärung noch einmal erfahren.“

Die Forderung des gleichen Rechtes für die Belästigung in allen kolonialen Gebieten schließt in sich, daß Deutschland auch auf der Wiedererlangung der durch den Krieg verlorenen kolonialen Gebiete bestehen muß und daß auch auf diesem Gebiete die Sozialdemokratie hinter der Regierung steht. Dieser Passus in der Erklärung ist um deswillen bemerkenswert, weil er nach unserer Auffassung bei den zukünftigen Aussprachen in der Partei über unsere Stellung zur Kolonialpolitik im allgemeinen eine Rolle spielen wird. Denn daß wir als Folge dieses Krieges auch unsere bisherige Stellung zur Kolonialpolitik einer Nachprüfung unterziehen werden müssen, erscheint uns selbstverständlich. Unsere bisherige, zum mindesten zweideutige Haltung zu dieser Frage erheischt für die Zukunft eine größere Klärung.

Von ganz besonderem Interesse ist der Passus über die Freiheit der Meere, die Verrückung des Seehandelsrechts und die Internationalisierung der wichtigeren Seehandelsstraßen. Damit erhält die offizielle Rundgebung der deutschen Sozialdemokratie eine bestimmte und scharfe Wendung gegen England, das bisher fast alle Verkehrsstraßen in den europäischen Gewässern beherrscht und um die Erhaltung und Erweiterung dieser Vorrechte zur See eigentlich überhaupt den Krieg führt. Wir begrüßen es ganz besonders, daß sich die obersten Instanzen unserer Partei, Reichstagsfraktion und Parteiausschuß, gerade in dieser Frage unzweideutig ausgesprochen haben.

Zu Punkt 4, der von Aneignung fremder Gebietsteile handelt, hätten wir gewünscht, daß sich die Instanzen der Partei in weniger bestimmter Weise ausgesprochen, sondern Möglichkeiten offen gelassen hätten, durch die auch abweichende Meinungen in der Partei in dieser Frage zu ihrem Rechte kommen. Wir meinen, daß die Frage, ob Aneignung fremder Gebietsteile oder nicht, erst nach bringend beiprochen werden kann, wenn der Krieg militärisch seinem Ende zugeht, das heißt wenn sich infolge der Kriegslage die Linien der künftigen Entwicklung besser abzeichnen lassen. Vorerst sind wir noch nicht so weit. Insofern hat daher die Regierung recht, wenn sie die Erörterung derartiger bestimmter Kriegsziele zurzeit noch nicht will. Unsere bisher wiederholt ausgesprochene Forderung nach Freigabe der Diskussion über „Kriegsziele“ war bestimmt durch die maßlosen Forderungen bürgerlicher Eroberungspolitik; denn, was der einen Seite recht war, sollte der anderen billig sein, d. h. es sollten auch von diesen abweichende Meinungen zu Worte kommen dürfen.

Zurzeit kann die Frage, ob Annexionen oder nicht, von der Sozialdemokratie nicht mit einem bestimmten Ja oder Nein beantwortet werden, weil es zwischen einem Ja oder Nein verschiedene Zwischenstufen gibt, auf denen eine Verständigung nicht unmöglich ist. Wir können also den Punkt 4 der Erklärung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion nicht restlos unterschreiben und stehen damit in der Partei, wie wir genau wissen, nicht allein da.“

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 312 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Stappen-Inspektion der 9. Armee.
Infanterie usw.: Garde: 5. Garde-Reg. a. F.; 6. Garde-Inf.-Reg.; 1. Garde-Inf.-Reg. (i. d. Garde-Inf.-Reg.); Gren.-Regimenter Alexander, Franz und Elisabeth; Garde-Pfü.-Reg.; Garde-Schützen-Bat. Lehr-Inf.-Reg. Gren.-Bata. Inf.-Bata. Pfü.-Regimenter Nr. 1, 2, 4 (i. d. Garde-Inf.-Reg. Nr. 1), 9, 13 (i. d. Garde-Inf.-Reg. Nr. 1), 16, 17, 19, 22, 27, 28, 38 (i. d. Garde-Inf.-Reg. Nr. 1), 39, 41 (i. d. Garde-Inf.-Reg. Nr. 1), 43, 46, 47, 51, 52, 54, 55, 56, (i. d. Garde-Inf.-Reg. Nr. 1), 58, 63, 65, 67, 73, 76, 78, 80, 83, 85, 91, 92, 93, 97, 111, 115, 116, 130, 131, 140, 141, 143, 144, 145, 146, 153, 156 (i. d. Garde-Inf.-Reg. Nr. 1), 164, 165, 166, 168, 169, 181, 182 (i. d. Garde-Inf.-Reg. Nr. 1), 184, 185, 186, 188, 189, 190, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Inf.-Regiment Nr. 3 (f. Inf.-Reg. v. Kramsta), Nr. 8 und Geiger. Feldbataillone Meiser und Schwarz des Detachements Plantier und Nord-Ost aus Thorn (f. Inf.-Reg. v. Kramsta). Brig.-Ersatz-Bataillone Nr. 16 (f. Inf.-Reg. Nr. 361), 25, 26, 27 (alle drei f. Inf.-Reg. Nr. 369), 39, 40 (beide f. Inf.-Reg. Nr. 368), 41, 42, 49 (alle drei f. Inf.-Reg. Nr. 365), 50 (f. Inf.-Reg. Nr. 368), 55, 79 (f. Inf.-Reg. Nr. 370), 80 (f. Inf.-Reg. Nr. 364), 83 (f. Inf.-Reg. Nr. 371), 86 (f. Inf.-Reg. Nr. 364). Landw.-Brig.-Ersatz-Bataillone Nr. 25, 26, 27 (alle drei f. Landw.-Brig.-Ersatz-Bataillone Nr. 1). Landw.-Inf.-Bataillone: I. Allenstein, I. Braunsberg (f. Landw.-Inf.-Reg. Geiger), I. Diederhosen, I. Königsberg, I. Saarlouis (f. Inf.-Reg. v. Kurnatowski), Solingen. Landst.-Inf.-Ersatz-Bataillone: Nr. 3 Hamburg und Holzminden. Jäger-Bataillon Nr. 2; Ref.-Bataillone Nr. 3 und 5. Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 184 (f. Inf.-Reg. Nr. 172), 190 (f. Gren.-Reg. Nr. 4); Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 14 Graudenz; Ref.-Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 4 Metz (f. Inf.-Reg. Nr. 365).

Kavallerie: Nachrichten-Abt. der 2. und 3. Kav.-Division; Garde-Kavallerie; Kürassiere Nr. 7; Dragoner Nr. 1, 5, 9, 13, 19; Husaren Nr. 4, 6, 7; Ulanen Nr. 7 und 13; Ref.-Ulanen Nr. 3; Jäger zu Pferde Nr. 8.

Feldartillerie: Regiment Nr. 6, 22, 31, 69, 70; Ref.-Regiment Nr. 15 und 18; 2. Ers.-Abt. der Feldart.-Regiment Nr. 33 und 34.

Fußartillerie: 1. Garde-Reg.; Regiment Nr. 6 (f. Feldart.-Reg. Nr. 6) und 10; Schwere Feld-Geschütz-Batterie Nr. 245.

Pioniere: I. Garde-Bat.; Regiment Nr. 18, 19, 24, 25, 29; Bataillone: I. Nr. 2, II. Nr. 3, III. Nr. 4, IV. Nr. 5, I. Nr. 6, I. und II. Nr. 9, I. Nr. 11, I. Nr. 16, I. Nr. 17, I. und II. Nr. 21, I. und II. Nr. 27; Komp. Nr. 308; Ref.-Kompagnien Nr. 46, 50, 52, 78, 83; 1. Landw.-Komp. des 5. Armeekorps.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Betriebsamt Antwerpen. Festungs-Kernspr.-Abt. Nr. 25; Kernspr.-Doppelzug Nr. 121; Festungs-Kernspr.-Abteilungen Diederhosen und Marienburg. Feldluftschifftruppe. Kraftfahr-Bat. Kraftwagenkolonne des 8. Reservekorps; Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 53 der 11. Armee.

Train: Train-Abt. Nr. 5; Train-Ers.-Abt. Nr. 14; Brücken-train der 1. Inf.-Div. Magazin-Fußparkolonne Nr. 59 der 3. Garde-Inf.-Div.; Fußparkolonne Nr. 11 der 11. Armee, Nr. 8 des 1. Nr. 1 des 4. Nr. 11 des 18. Armeekorps, Nr. 109 des 81. Reservekorps und Nr. 147; Festungs-Fußparkolonne; Etappen-Fußparkolonne Nr. 1 der 9. Armee, Nr. 8 des 2. Armeekorps und Nr. 147. Feldbatterie-Kolonne der 8. Ers.-Div. Etappen-Gefschütz-Kolonne des 18. Armeekorps.

Munitionskolonnen: Inf.-Munitionskolonne Nr. 3 der 2. Armee und Nr. 3 des 17. Armeekorps; Art.-Munitionskolonne Nr. 6 des 2. Nr. 34 des 10. Armeekorps und Nr. 84 des 89. Reservekorps; Ref.-Art.-Munitionskolonne Nr. 55; Leichte Munitionskolonne der 8. Kavallerie-Div.; Etappen-Munitionskolonne Nr. 4 des 17. Armeekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 1. Nr. 2 des 4. und Nr. 1 des 17. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 44 der 4. und Nr. 49 der 49. Ref.-Div. Feldlazarett Nr. 3 des 15. Armeekorps; Ref.-Feldlazarett Nr. 15 der 3. Ref.-Div. und Nr. 115 des 41. Reservekorps.

Kriegsbeschäftigungsämter.
Probantamt der 2. Garde-Infanterie-Division.

Der Schluss der bayerischen Verlustliste Nr. 215 enthält Verluste des 4. Chevaulegers-Reg.; 4., 5., 10., 11. und 21. Feldart.-Reg.; Leichte Munitionskolonne, zuletzt zugewiesen der 2. Abt. des Württ. Feldart.-Reg. Nr. 116; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 9; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 6; Fußart.-Batt. Nr. 352; 1. Pionier-Bat.; Pionier-Komp. Nr. 19; Jäger-Abt. Nr. 8; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 3; 2. Pionier-Ers.-Komp. des 1. Pionier-Bat.; 2. Landst.-Pionier-Komp.; 1. U.-R.; Sanitäts-Komp. 2, 2. U.-R.; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 1; Verwundungen zu den Verlustlisten Nr. 1 bis 185 (Verwundete).

Die sächsischen Verlustliste Nr. 186 bringt Verluste der Inf.-Regiment Nr. 184, 181, 189; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 103, 242; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 101, 133; Ers.-Bat.; Ers.-Inf.-Reg. Nr. 6, Landw.-Inf.-Reg. Nr. 104; Fußart.-Regiment Nr. 12, 19; Ref.-Fußart.-Bataillone Nr. 12, 19; Landw.-Fußart.-Bataillone Nr. 19, 27, 38; Pionier-Bataillone: I. Nr. 12, 22; II. Nr. 12, 22; Pionier-Kompagnien Nr. 115, 183; 1. Pionier-Ers.-Komp.; 2. Pionier-Bat. Nr. 22; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 53; Landwehr-Pionier-Kompagnien 12, 19. Armeekorps, Korps-Brückentrain; 12. Armeekorps; Mittlere Rheinwerfer-Abt. Nr. 192; Ref.-Eisenbahn-Komp. Nr. 7; Etappen-Sanitäts-Depot der 3. Armee; Sanitäts-Kompagnien Nr. 3, 12. Armeekorps, Nr. 2 des 19. Armeekorps; Nr. 123; Feldbatterie-Kolonne Nr. 123; Ref.-Batterie-Kolonnen Nr. 1, 2, 12. Reserve-Armeekorps.

Das Straßenbahnunglück am Reichstagsufer vor Gericht.

Die erschütternde Katastrophe, die sich in der Nacht zum 22. April am Reichstagsufer abgespielt hat, fand gestern ihr gerichtliches Nachspiel. Vor der 3. Kammerschammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Unger hatte sich der Straßenbahnfahrer Robert Tesche auf die Anklage der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung zu verantworten.

Die Einzelheiten des furchtbaren Unglücks dürften noch in frischer Erinnerung sein, so daß nur folgendes hervorgehoben werden möge: In der Nacht zum 22. April, etwa gegen 12½ Uhr, fuhr der Wagen 2262 der Stadtringlinie I vom Brandenburger Tor kommend am Reichstagsgebäude vorbei, sprang an der Ecke der Straße Reichstagsplatz aus den Schienen und stürzte dann über die Mauerböschung am Reichstagsufer in die Spree. Der Führer des Wagens, der festige Angeklagte, und einige auf der Plattform stehende Personen konnten sich durch Abspringen retten, von den über 20 Insassen fanden fünf bei dem Unglück den Tod, andere wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Die Schuld an dieser Katastrophe wird dem Angeklagten Robert Tesche aus Reußland zugewiesen. Es wird ihm vorgeworfen, daß er als Fahrer sich der Kurve mit zu großer Geschwindigkeit genähert, den Strom nicht rechtzeitig ausgeschaltet und zu spät gebremst habe, so daß ihm die Gewalt über den Wagen vollständig verloren gegangen sei.

Der 28 Jahre alte Angeklagte war am 5. Oktober 1914 als Schaffner bei der Großen Berliner Straßenbahn eingetreten, hatte am 23. November die Fahrerprüfung bestanden und hat seit dem 1. Dezember 1914 selbständig Fahrerdienst. Dem Angeklagten steht Rechtsanwalt Dr. Weinmann zur Seite. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Binder vertreten.

Vernehmung des Angeklagten.

Der Angeklagte bestreitet seine Schuld. Er ist, nach seiner Befundung, gelernter Möbelpolier; in Bromberg ist er Bauarbeiter geworden und hat bei dieser Beschäftigung einen Unfall erlitten, bei dem ihm ein Sägestein auf den Kopf gefallen war und ihn so verletzten, daß er eine Invalidenrente bezieht. Seit 1908 ist er in Berlin, hat sich auch hier zunächst als Bauarbeiter ernährt und ist dann zur Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft gekommen. Nachdem er kurze Zeit als Schaffner Dienst getan, wurde er zum Fahrer ausgebildet; er hat in Weichenau acht Tage den Unterricht genossen, dann kam er acht Tage zu einem Lehrmeister, acht Tage zu einem Beifahrer, wurde von einem Inspektor und Ingenieur geprüft und übernahm dann als selbständiger Fahrer einen Wagen. Er hatte gleich am ersten Tage Unglück, indem er mit einem Gefährt zusammenstieß. Er kam danach auf eine andere Linie und fuhr auch da mit einem Rollwagen zusammen. Die Linie 1 hatte er, nachdem er schon etwa zwei Monate Fahrerdienste geleistet und mehrere Zusammenstöße mit allerlei Wagen gehabt hatte, nicht lange vor dem Unglückstage übernommen. Am dem Unglückstage

selbst hatte er den Wagen abends 8 Uhr auf dem Straßenbahnhof an der Brandenburg- und Wilschinerstraße-Ecke übernommen.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, daß er nicht wisse, wie er dazu gekommen, bei der Ecke der Vorortstraße die Kurve auf höchste Geschwindigkeit und dann kurz vor der Unglücksstelle die Bremse plötzlich auf „Rot“ zu stellen und den Sandstreuer in Funktion zu setzen. Was ihm eigentlich passiert ist, weiß er nicht; er vertritt, daß er immer die vorgezeichnete Geschwindigkeit innegehalten habe und sich keine Rechenschaft darüber ablegen könne, warum er gerade an diesem Tage an der kritischen Stelle die höchste Geschwindigkeit eingeschaltet habe. Auf weiteren Vorhalt des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte, daß er bei seiner Anstellung bei der Straßenbahn nichts von seiner schweren Kopfverletzung gesagt habe. Er will bei seiner Anstellung dem Vorsteher gesagt haben, er könne nicht fahren, denn er sei leidend und wisse nicht Bescheid in Berlin. Er will aber die Antwort erhalten haben: „Das hilft alles nichts; es müssen alle fahren.“ Vor der Anstellung sei er körperlich untersucht worden, aber auch bei dieser Gelegenheit habe er von seiner Kopfverletzung nichts gesagt. Noch 14 Tage vor dem Unglück habe er dem Vorsteher wieder gesagt, er könne nicht fahren. Der Vorsteher habe aber nur geantwortet: „er habe keine Zeit“ und habe ihn stehen lassen.

Der Staatsanwalt stellt fest, daß der Angeklagte, nachdem er zwei Monate lang Probe gefahren, doch schon am 1. Dezember als selbständiger Fahrer tätig gewesen, also bis zum Tage des Unglücks schon fast vier Monate hindurch selbständig gefahren sei. — Auf weitere Frage erklärt der Angeklagte, daß er vor Übernahme des Wagens an dem Unglückstage ein Glas Bier getrunken habe; ob schon dieses kleine Quantum Alkohol bei seiner geschwächten Gesundheit infolge der Kopfverletzung auf seine Dispositionskraft ungünstigen Einfluss ausgeübt habe, wisse er nicht. — Rechtsanwalt Dr. Weinmann läßt durch Befragen feststellen, daß der Angeklagte außer den von ihm geschilderten Unfällen noch andere erlitten habe; so hat er einmal einen Mann in der Brunnenstraße überfahren, er ist mehrmals auf andere Straßenbahnwagen von hinten aufgefahren und hat mehrfach Reparaturkosten und Straf-gelder bezahlen müssen. — Hiernach beginnt die Zeugenvernehmung.

Obst. Medizinalrat Dr. Straßmann bestätigte als Sachverständiger, daß der Angeklagte im Jahre 1904 eine schwere Kopfverletzung erlitten hat; er hat einen Schädelbruch davongetragen und die Gehirnhaut ist verletzt worden. Von diesem Unfall hat er nervöse Erscheinungen zurückbehalten, daneben besteht bei ihm eine erhebliche Intelligenzschwäche, die mit dem Unfall nicht im Zusammenhang steht. Er hat in der Schule schwer gelernt und ist bis zur 4. Klasse gekommen; ein Bruder von ihm befindet sich in der Idiotenanstalt in Döllsbach, die Mutter soll recht nervös sein. So besteht infolge erblicher Belastung bei dem Angeklagten eine geistige Mindertüchtigkeit, er leidet an nervösen Beschwerden, die an epileptische Erscheinungen erinnern. Wenn man diesen Zustand gekannt hätte, hätte er wohl niemals in einen solchen Betrieb eingestellt werden können. Denn er war dazu so ungeeignet wie möglich. Wenn er behauptet, gar keine rechte Erinnerung an die Vorgänge zu haben, so ist dies nicht ganz unwahrscheinlich, wenigstens ist es möglich. Es ist möglich, daß dem Angeklagten erst infolge der Erschütterung durch sein Abpringen vom Wagen nachträglich das Gedächtnis geschwunden ist, aber es ist auch nicht ausgeschlossen, daß bei ihm zur Zeit des Unglücksalles ein Zustand vorübergehender Dämmerung bestanden hat. Dieser Mann mit seiner beschränkten Intelligenz und verminderter Entscheidungsfähigkeit ist mit anderem Maß zu messen als andere Leute, und es liegen erhebliche Milderungsgründe vor. Er war sich selbst darüber klar, daß er ein Amt übernommen hatte, dem er nicht gewachsen war, und wenn einem solchen Mann von autoritativer Seite gesagt wird: „Sie müssen!“, dann fehlt ihm die Kraft, dagegen aufzutreten; er hatte auch wohl nicht die volle Klarheit, um sich die Konsequenzen klar zu machen. Ein geistig völlig klarer Mann hätte bei seiner Anstellung wohl zweifellos von seinem Unfall und der dabei erlittenen Kopfverletzung Mitteilung gemacht.

Der Schaffner Ernst Wehauer, der als Fahrgast die Unglücks-fahrt mitgemacht hat, bekundet, daß er dem Angeklagten zugerufen: „Mensch, Du fährst ja wie toll!“ Der Angeklagte ist mit sehr großer Geschwindigkeit am Reichstagsufer gefahren, er gab die Notbremse und griff nach dem Sandstreuer; es war aber regnerisches Wetter und der Wagen gehörte nicht mehr. Der Zeuge sprang im letzten Augenblick ab; als er wieder ganz zu sich kam, war der Wagen schon verschwunden.

Der Straßenbahn-Schaffner Schnäcke, der an dem Unglückstage als diensttuender Schaffner mit dem Angeklagten fuhr, bekundet, daß der Wagen von Anfang an mit der höchsten Geschwindigkeit gefahren ist. Verspätung lag nicht vor, der Angeklagte war auch nicht angetrunken. Er überfuhr an der Dessauer Straße eine Haltestelle, so daß sich eine dort haltende Dame lebhaft darüber beschwerte. Die Sommerstraße entlang ging's immer schneller, der Zeuge wollte dem Fahrer Mahnung anempfehlen, das Unglück war aber schneller, als seine Gedanken: es gab einen Ruck, im Wagen wurde es dunkel, er war im Ru an der Vordschwelle, der Zeuge rief in den Wagen: „Alles raus!“ und sprang ab. In dem nächsten Moment schon stürzte der Wagen in die Tiefe.

Der Zeuge Hugo Rigschke hat seine Frau als Opfer des Unglücksfalles beklagt. Er sah mit der Frau in dem Wagen. Vom fies das schnelle Fahren so auf, daß er äußerte: „Der Mann fährt ja wie die Feuerwehr!“ An der Unglücksstelle gab es plötzlich einen Ruck und der Wagen mit den Insassen lag im Wasser. Der Zeuge hat sich mühsam herausgearbeitet, obwohl er in die Signalleuchte geriet, die sich ihm so eng um den Hals legte, daß er noch lange Zeit einen roten Streifen im Wied aufweisen konnte. Als er wieder festen Fuß gefaßt, kamen zwei Pioniere auf Schienen und diesen hat er bei ihren Rettungsarbeiten geholfen. Seine Frau hat der Zeuge am andern Morgen im Leichenschau-hause als Leiche vorgefunden.

Auch dem Sattler Otto Altenburg, der mit dem Wagen in die

Spree hinuntergegangen ist, ist das sehr schnelle Fahren aufgefallen. Er ist durch einen Schiffer gerettet worden, hat zwei kleine Verletzungen davongetragen und steht im Traum noch immer die Schreden des Unglücksfalles vor sich.

Der Reimer Fuchs hat als Fahrgast gleich den Gedanken er-wogen, wie bei dem schnellen Fahren der Wagen wohl durch die Kurve kommen werde. Er ist mit in die Spree gesprungen, hat sich retten können und ist 4 Wochen bettlägerig gewesen, da ihm eine Rippe gequetscht, eine Rippe gebrochen und ein Muskel gerissen war.

Auch die Zeugin Frä. Rahmann ist bei dem Unglück mit einer Rippenquetschung davon gekommen. Die Zeugin hatte an der Ecke der Dessauer Straße auf den Wagen des Angeklagten gewartet, der aber in großer Geschwindigkeit die Haltestelle um mehrere Wagen-längen überfuhr. Als sie dem Schaffner ihren Anruf darüber ausdrückte, erklärte dieser: „Beschweren Sie sich beim Fahrer!“

Der Reimer Reinhold Rahmann hat sich durch Schwimmen aus der Spree gerettet und einen Verdenhof davongetragen.

Nach Vernehmung einiger Straßenbahnschaffner und Beamten, die nichts davon wissen, daß der Angeklagte angeblich mehrfach den Wunsch ausgesprochen habe, von dem Amt eines Fahrers befreit zu werden, beglaubigt der Sachverständige Eisenbahnbetriebs-ingénieur Wände, daß lediglich die große Geschwindigkeit schuld daran gewesen ist, daß der Wagen in der Kurve entgleiste. Die Bremse selbst war völlig imstande und hatte keinerlei Defekt. Der Angeklagte muß vor der Kurve langsam fahren, wenn er es nicht tut, so begibt er eine Pflichtwidrigkeit.

Nach den Gutachten der Oberingenieure Stader und Herrmann ist sowohl der Wagen in seiner ganzen Konstruktion als auch die Kurve in ihrer Lage den Bau- und Betriebsvorschriften völlig entsprechend gewesen.

Flüchtlings.

Nach Schluss der Beweisaufnahme führt Staatsanwalt Binder aus, daß der Angeklagte das Unglück verursacht und verschuldet habe. Zugabe, daß der Angeklagte eine verminderte Intelligenz haben mag, so wird er doch zweifellos die Intelligenz besitzen haben, um sich zu sagen: bei dem Einfahren in eine Kurve muß langsam gefahren werden. Der Angeklagte hat die fragliche Strecke schon 83mal gefahren, auch an dem Unglückstage mehrmals, und er wußte, daß an der betreffenden Stelle eine Kurve sich befindet, wo langsam zu fahren ist. Es mag zugegeben werden, daß der Angeklagte in Momenten der Gefahr der Gefahr nicht gewachsen ist und nicht den richtigen Entschluß fassen kann, hier handelt es sich aber um die sehr einfache Frage, ob sich der Angeklagte bewußt sein mußte, daß er eine Kurve nicht mit so großer Schnelligkeit nehmen dürfe. Daß er bei dem Unglücksfall sich in einem vorüber-gehenden Abwesenheitszustand befunden, ist nicht anzunehmen. Wahrscheinlich spielte der Alkoholgenuss eine Rolle. Der Angeklagte reagiert auf Alkohol sehr stark, und das ein Glas Bier, welches er vor der Abfahrt zu sich genommen, wird ihn zu dem allzu schnellen Fahren verleitet haben. § 51 St.G.B. liegt nicht vor, und so ist der Angeklagte wegen Transportgefährdung unter Ver-nachlässigung der ihm obliegenden Pflichten und wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu bestrafen. Was das Strafmaß betrifft, so ist zu berücksichtigen, daß es sich um ein ganz ungeheuerliches Unglück handelt, wie man es sich eigentlich kaum vorstellen kann. Diesem erschwerenden Umstande gegenüber müssen alle Milderungsgründe schweigen. Die höchste Strafe würden 5 Jahre Gefängnis sein; wenn man bedenkt, daß es sich um 5 Todesfälle und mehrere Verletzungen handelt, erscheine der auf 3 Jahre Gefängnis lautende Strafantrag gerechtfertigt.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Weinmann: Aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen müsse das Moment der Fahrlässigkeit, das darin liegen soll, daß der Angeklagte bei seiner Anstellung nicht auf die schwere Kopfverletzung hingewiesen, aufscheiden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen erscheine es nicht ausgeschlossen, daß der Angeklagte im Zustande geistiger Verwirrung vorübergehender Verwirrung bei dem Unglücksfall gehandelt hat. Bei einem solchen Manne, dessen Geisteszustand der Sachverständige geschildert habe, könne man nicht von einem Grade der Fahrlässigkeit sprechen, der als Pflichtwidrigkeit anzusprechen ist. Es handelt sich bei ihm nicht um bloßen Bildungsmangel, sondern es liegt ein krankhafter Zustand in Frage; bei einem so kranken Menschen ist in der Unterlassung des Langsamfahrens seiner ganzen Individualität nach eine Pflichtwidrigkeit nicht festzustellen. Der Angeklagte wäre in normalen Zeiten bei der großstädtischen Straßen-bahn wahrscheinlich niemals angestellt worden; er ist angestellt worden, obwohl er darauf hingewiesen hätte, daß er leidend sei. Zweckmäßig ist er auch bei der Anstellung nicht ordnungsmäßig untersucht worden, denn sonst wäre die äußerlich leicht erkennbare schwere Schädelverletzung gesehen worden. Außerdem hätte doch die Fülle von Zusammenstößen, die der Angeklagte verursacht hat, dahin führen müssen, daß er als für den Verkehr eines Fahrers nicht geeignet erkannt wurde. Der Verteidiger beantragte zum Schluss die Freisprechung, eventuell aber hat er, daß das Gericht sich nicht durch die schlimmen Folgen beeinflussen lasse und auf ein weit geringeres Strafmaß hinlenken möge.

Urteil.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten im Sinne der Anklage zu 3 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft. Es handelte sich um einen Unglücksfall, der mit Recht die ganze großstädtische Bevölkerung in Aufregung versetzt hat und der von dem Angeklagten in der frivolsten Art und Weise herbeigeführt worden ist. Er hat ganz genau gewußt, was er tat, indem er durch das rasend schnelle Fahren in freivölkischem Leicht-sinn das Leben der ihm anvertrauten Menschen aufs Spiel setzte. Was er schwierigen Situationen auch nicht gewachsen sein: hier lag eine solche gar nicht vor. Die Schwierigkeit ist erst von ihm selbst durch seinen Leichtsinns herbeigeführt worden. Nur mit Rücksicht auf den von dem Angeklagten erlittenen Schädelbruch hat das Gericht davon Abstand genommen, auf die höchste Strafe zu erkennen.

Preiswerte Einsegnungs-Anzüge



Guter Sitz. Nur eigenes Fabrikat, daher höchste Leistungsfähigkeit. Beste Verarbeitung.

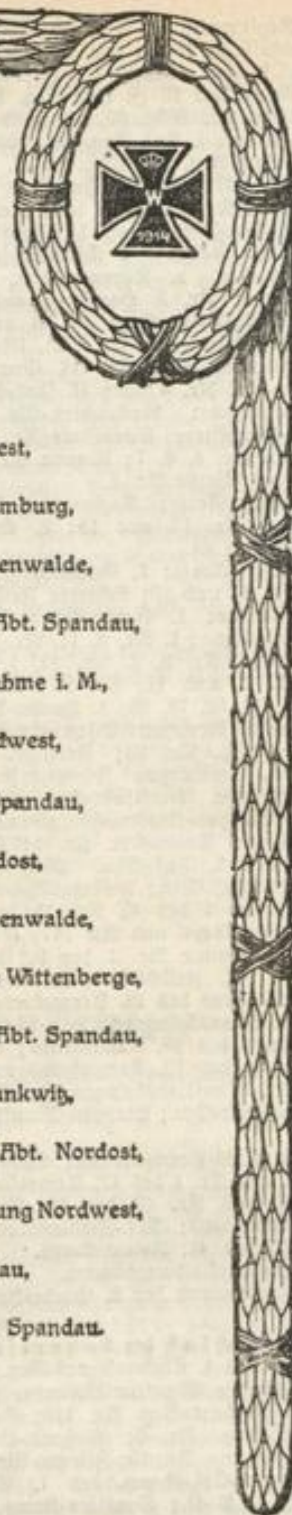
Brustumfang 72 76 80 84 cm

Blauer Cheviot	18, 19, 20, 21 M.
Blauer Serge-Cheviot	24, 25, 26, 27 M.
Geripptes blaues Kammgarn	28, 29, 30, 31 M.
Marengo-Cheviot	32, 33, 34, 35 M.
Blauer Kammgarn-Cheviot	38, 39, 40, 41 M.
la Blauer Kammgarn-Cheviot	41, 42, 43, 44 M.
la Blauer Melton-Cheviot	56, 57, 58, 59 M.

Leineweber

BERLIN C

Roßstr. 34 Röllischer Fischmarkt 4-6 Fischerstr. 1.



In treuer Pflichterfüllung starben den Heldentod für das Vaterland im ersten Jahre des gewaltigen Krieges unsere Angestellten

Wehrmann Otto Altenkirch,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Spandau,
Wehrmann Alex Anders,
Böttcher der Abteilung Spandau,
Wehrmann Andreas Antkowiak,
Flaschenbierfabrik der Niederlage Posen,
Musketier Kurt Beer,
Beamter der Abteilung Nordost,
Wehrmann Wilhelm Berger,
Mälzereiarbeiter d. Mälzerei Frankfurt a. O.,
Leutnant E. Beuster,
Beamter der Abteilung Fürstenwalde,
Gefreiter Johann Boschinski,
Arbeiter der Niederlage Zehlendorf,
Wehrmann Ernst Brückner,
Flaschenbierfabrik der Abteilung Spandau,
Offizierstellvertreter E. Degener,
Verwalter der Niederlage Glogau,
Unteroffizier Richard Freund,
Brauer der Abteilung Fürstenwalde,
Unteroffizier Friedrich Greiter,
Maler der Abteilung Nordost,
Wehrmann Anton Gross,
Stallmann der Niederlage Lichtenrade,
Wehrmann Johann Gruber,
Heizer der Abteilung Spandau,
Reservist Fritz Hammel,
Mitfahrer der Abteilung Nordost,
Wehrmann Carl Hein,
Mälzereiarbeiter d. Mälzerei Frankfurt a. O.,
Wehrmann Josef Heissenhuber,
Brauer der Abteilung Spandau,
Musketier Heinrich Hennig,
Mitfahrer der Abteilung Nordwest,

Wehrmann Otto Herrmann,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Spandau,
Leutnant F. Hilburger,
Betriebskontrollleur der Abteilung Nordost,
Wehrmann Otto Huwe,
Fahrer der Abteilung Nordost,
Wehrmann Hermann Jebe,
Fahrer der Abteilung Nordost,
Wehrmann Paul Jokisch,
Mitfahrer der Niederlage Frankfurt a. O.,
Unteroffizier Paul Klug,
Hauptkassierer des Central-Bureaus,
Musketier Albert Köhn,
Arbeiter der Abteilung Fürstenwalde,
Reservist Ernst Kunz,
Buchhalter der Niederlage Stettin,
Jäger Gustav Lehmann,
Mitfahrer der Niederlage Lichtenrade,
Feldküchenfahrer Karl Lemke,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Nordwest,
Wehrmann Willi Lemke,
Hofarbeiter der Niederlage Zossen,
Musketier Anton Lüdtker,
Tischlereiarbeiter der Abteilung Nordwest,
Wehrmann Friedrich Müller,
Reservist der Abteilung Spandau,
Unteroffizier Hermann Posner,
Brauer der Abteilung Fürstenwalde,
Wehrmann Arthur Quader,
Sattler der Abteilung Spandau,
Wehrmann Friedrich Riesebeck,
Fassfabrik der Abteilung Nordwest,

Unteroffizier Maximilian Risse,
Brauer der Abteilung Nordwest,
Gefreiter Johann Rübke,
Maschinist der Niederlage Hamburg,
Grenadier Willy Schadel,
Beamter der Abteilung Fürstenwalde,
Wehrmann Richard Schubert,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Spandau,
Gefreiter Gustav Schuck,
Bierfabrik der Niederlage Dahme i. M.,
Pionier Hermann Schulze,
Mitfahrer der Abteilung Nordwest,
Wehrmann Fritz Schulz,
Hilfsarbeiter der Abteilung Spandau,
Wehrmann August Schwarz,
Mitfahrer der Abteilung Nordost,
Wehrmann Otto Schwarz,
Arbeiter der Abteilung Fürstenwalde,
Wehrmann Karl Schwieder,
Fassbierfabrik der Niederlage Wittenberge,
Wehrmann Josef Tattera,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Spandau,
Jäger Erich Thöme,
Buchhalter der Niederlage Lankwitz,
Ersatz-Reservist Hermann Tittelfitz,
Flaschenkellereiarbeiter der Abt. Nordost,
Wehrmann Ernst Tschauder,
Schlossereiarbeiter der Abteilung Nordwest,
Wehrmann Franz Ussat,
Brauer der Abteilung Spandau,
Wehrmann Max Wenzel,
Reservist der Abteilung Spandau.

Ihr Gedächtnis werden wir stets in Ehren halten!

Patzenhofer Brauerei.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise.**
5. Abt. Bez. 535.
Im Dienstag, den 21. August,
verstarb unser Genosse und
früheres Parteimitglied, der
Bauer
Otto Metzke
Hauptallee 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. August, vor-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle in Schildhorn, Bahnstation
Brunenwald, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß am 25. August unser Kollege,
der Bauer
Otto Metzke
auf tragische Weise aus dem Leben
geschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. August, vor-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes, der Ramen-
lofer im Brunenwald (Schildhorn)
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sektion der Putzer.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß am 25. August unser
Kollege
Oskar Müller
an Herzleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonabend, den 28. August,
nachmittags 5 Uhr, von der Halle
des Georgen-Kirchhofes in Weihen-
fer, Köpferstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Auf dem Wege zum Kriegs-
schauplatz verstarb am 12. August
d. J. in einem Lazarett an einer
tödlichen Krankheit unser lieber
Kollege, der Maschinenmeister
Max Kluth
Rafter-Brang-Garde Grenadier-
Regiment Nr. 2.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Hofbuchdruckerei
Julius Sittenfeld.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der Dreher
Bruno Thießen
Lenaufstr. 26,
am 25. August gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. August, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuföhner Gemeinde-
friedhofes, Martendorfer Weg, aus
statt.
Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Mechaniker
Wilhelm Meyer
Auguststr. 22,
am 25. August gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 30. August, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes,
Freienwalder Straße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Klempner
Ernst Lerche
Friedrichshagen,
am 23. August gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Erbsverwaltung.

Am 24. August starb plötzlich
und unerwartet mein lieber Mann,
unser guter Vater, Sohn und
Bruder
Otto Metzke
im 28. Lebensjahre. 22765
Dies zeigt tiefbetäubt an
Klara Metzke als Frau
nebst Kindern.
Familie **Heinrich Metzke.**
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 29. August, nach-
mittags 11 Uhr, von der Leichen-
halle des Schildhorn-Kirchhofes,
Bahnhofsstation Brunenwald, aus statt.

Nach langem, schwerem Leiden
verstarb am 25. August unsere
liebe Mutter
Friederike Lorique
geb. Brauer
im Alter von 50 Jahren.
Dies zeigt tiefbetäubt an ihr
Sohn
Karl Stroh nebst Frau.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. August, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Jerusalemer Kirchhofes aus
statt.

Am 24. Juli 1915 fiel bei einem
Sturmangriff durch Brustschuß
mein lieber Mann, unser einziger
Sohn, Bruder, Schwager und
Onkel, der Landsturmmann
Wilhelm Kielblock.
Dies zeigt im tiefsten Schmerz
im Namen der Hinterbliebenen an
Frau **Minna Kielblock**
nebst Sohn **Walter.**
Ganz einfach war Dein Leben,
Du dachtest nie an Dich,
Für Frau und Kind zu sorgen,
Doch Du als höchste Pflicht
Du liebst sie ganz unermüdetlich,
Denn bleibst Du ihnen unvers-
gehl.

**Verein der Stereotypen und
Galvanoplastiker Berlins u. Umg.**
Im Kampfe fürs Vaterland
haben ferner ihr Leben die
Kollegen
Otto Haberland
am 20. Juli 1915
und
Karl Baatz
am 6. August 1915.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

Am 11. August fiel in den
Kämpfen unser langjähriger
Kämpfer, der Landsturmmann
August Hoffmann.
Wir beklagen in ihm den Ver-
lust eines gewissenhaften Mit-
arbeiters, dessen persönliche Eigen-
schaften ihn uns unvergeßlich
machen.
Berliner Genossenschaftsbäckerei
Eingetragene Genossenschaft mit
beschr. Haftung.

Dankagung.
Anlässlich der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters,
des Tischlers
Adolf Vogt
sagen wir für die vielen Beweise
unserer Teilnahme und für die reichen
Beiträge allen Freunden und
Bekannten, insbesondere den Herren
Göbel und den Kollegen der Tischlerei
Bannmann u. Hoffmann, ferner dem
Ortsvorstand des Deutschen Holz-
arbeiter-Verbandes unseren herz-
lichsten Dank.
Frau Emma Vogt und Kinder,
Doppstr. 11.

Auswahl
nach aussenhalb gegen An-
zahlung. Umtausch gestattet.

Sonntag 8-10 geöffnet.

Für starke Figuren
Passendes
in allen Abteilungen.

Nur noch bis Dienstag abend.

Gummimäntel,	Kostüme	Gummimäntel,
blau, reseda u. and. Farben, darunter Prachttische, 16.-	Neueste Herbstmodelle, darunter nicht kopierte Einzel-Modelle, sonst fast alles neu, blau, kirchlich, braun, top, reseda, in Kammgarn, Tuch, Samt, Seide, bis Dienstag abend 48.- 75.-	Kamm, feinst. Gummier, alle Farb., darunter Modelle, 22.-
Setagummin- Seidenmünte, ges. gesch. blau, dunkellila, top, sehr weite Schnitte (Modelle) 34.-	Einfache praktische Kostüme, auf Seide gefüttert, beste Stoffe und gediegene Arbeit, bis Dienstag abend 20.- 32.-	Koverkot- Mäntel, bis 100 lang, nur noch einzelne Mo- delle in vorn. Ausführung. 10.-
Lodenpelerinen, 130 lang, für 10.- Wasserdichte Lodenmünte, 15.-	Zurückgesetzte, aber sauber ausgef. Frühjahrs- u. Sommer-Kostüme, regelrecht. Preis zum Teil d. 4fach, f. 15.- Schwarze Tuch- u. Seidenmünte, kurz u. lang, prachtl. Ausführung, regelrecht. Preis zum Teil d. 4fach, f. 20.- gute, sehr weiche Stoffe aus erst. Fabrik, 18.- Seidenplüsch Fütter, sonst mind. dopp. so teuer 105.- Deutschlands, darunter herrlich. Original-24.- Astrach.-Krimmer, Wolplüschmünte, best. Hinfut. 48.-	Lodenkostüme, wasserd. f. 27.- Modellröcke u. Seide, schw. u. farb., 12.-, 20.-
Ulster	Pelzmäntel lang und halblang, echte feinste Felle, gediegene Kürschnerarbeit, Persischer, Seabiscam, Electric rasch, Orenburger, Fohlen, darunter Modelle, die in nächster Zeit weit über das Doppelte kosten werden, für 900.-, 600.-, 300.-, 175.- Einzeln kurze Plüsch- und Pelzjacken bis Dienstag abend 55.- Trauermagazin. Allergrößte Auswahl. Ansichtsendungen sofort. Zentr. 7893. in geschm. z. voll. niedl. Ausf. sehr billig.	

Westmann

I. Mohrenstr. 37a (Kolonnaden) II. Große Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Beachten Sie meine 7 Schaufenster.

Oskar Wollburg

56 u. 57 Brunnenstraße 56 u. 57.
Konfektionshaus für Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Zur Jugendweih

Schwarze, weiße, farbige Kleider
aus Popeline, Satinluch, Gabardine, Sammet
14.50 19.75 28.- 39.-
Beim Einkauf ein Spitzentuch gratis.
Backfisch-Kostüme und -Paletots
in nur sechs Formen
6.75 9.50 13.75 22.-

Besondere Abteilung für Trauer-Bekleidung.
Größte Auswahl in
Kostümen, Mänteln, Röcken, Blusen, Hüften etc.

Beachten Sie meine 7 Schaufenster.

Sonntags von 5 bis 10 Uhr geöffnet.